

Kleine dringliche Anfrage Graf

vom 28. September 1972

Oeffentliche Ordnung im Jura

Nach Artikel 2 BV gehört die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern zu den vordringlichen Aufgaben des Bundes.

Im Berner Jura sind Ruhe und Ordnung in Frage gestellt.

Die Besetzung der Schweizerischen Botschaft in Paris schädigte das Ansehen unseres Landes im Ausland.

Die Proklamation einer autonomen Regierung verstösst gegen unsere Bundesverfassung.

Ungestrafte Anschläge gegen permanente militärische Anlagen, Raubzüge gegen militärisches Eigentum, Diebstahl von Munition und Uebermittlungsgeräten stellen die Glaubwürdigkeit unserer Landesverteidigung in Frage.

Das Leben rechtschaffener Staatsbürger und ihr Eigentum sind bedroht. Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen, um diesen anarchistischen Zuständen ein Ende zu setzen?

Antwort des Bundesrates

Nach der geltenden bundesstaatlichen Kompetenzausscheidung ist die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung primär Sache der Kantonsregierungen. Der Bund kann subsidiär Massnahmen treffen, falls die Kräfte der Kantone nicht ausreichen (Art. 16, 85 Ziff. 7 und 102 Ziff. 10 BV). Schon aus staatspolitischen Gründen macht der Bund von diesen Befugnissen nur mit Zurückhaltung Gebrauch.

Solche Erwägungen drängen sich auch mit Bezug auf den Berner Jura auf. Wohl gibt es Vorkommnisse, die allgemein zur Wachsamkeit mahnen; der Bundesrat sieht aufgrund der gegenwärtigen Lage im Jura jedoch keine Veranlassung zu speziellen Massnahmen.

Das strafrechtliche Verfahren gegen die "Béliers", die am 13. Juli 1972 die Schweizerische Botschaft in Paris besetzt hatten, wird eingeleitet.

Die am 10. September 1972 angekündigte "jurassische Oppositionsregierung", von der schon in früheren Jahren die Rede war, ist bisher nicht in Erscheinung getreten. Der Bundesrat schenkt der Entwicklung die notwendige Beachtung.

11.10.1972

(XXXIX - 5) - 210

Soweit die Anschläge gegen militärische Anlagen und gegen fremdes Eigentum der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen (Art. 340 StGB), sind sie zum Teil schon geklärt oder werden von der Bundesanwaltschaft in Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeiorganen noch untersucht. Zur strafrechtlichen Verfolgung und Beurteilung anderer strafbarer Handlungen sind die kantonalen Gerichte zuständig (Art. 343 StGB).

Die Bedrohung von Privatpersonen ist unter keinen Umständen zulässig. Die kantonalen Polizeiorgane treffen die erforderlichen Massnahmen, damit der Schutz des Bürgers gewährleistet ist.

241 Dringliche Kleine Anfrage Villard vom 28. November 1972  
Demonstrationen und Polizei

---

Das gewalttätige Vorgehen der Polizei im vergangenen Juni gegen Demonstranten der Gruppe "Bélier" und gegen Personen, die mit der Kundgebung nichts zu tun hatten, hat die Spannung erhöht. Die letzte Kundgebung der Béliers in Bern vom Samstag, den 25. November, wäre ohne bemerkenswerte Zwischenfälle verlaufen, wenn die Polizei einer bernischen Kampfgruppe Einhalt geboten hätte, die - wie ich selbst beobachten konnte - die Jurassier angriff, als sie am Auseinandergehen waren.

Nur weil sich die Teilnehmer der Gruppe Bélier nicht herausfordern liessen, konnte eine regelrechte Schlacht vermieden werden, die schwere Folgen hätte haben können.

Der Bundesrat wird daher gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Der Bundesanwalt hat mehrmals den Willen der Regierung bekräftigt, alle Gruppen, die die Gewaltanwendung empfehlen, zu bekämpfen. Weshalb sind daher die "Freiwilligen" der Kampfgruppe, die die öffentliche Ordnung gestört und sowohl junge Jurassier als auch Zuschauer der Kundgebung angegriffen haben, nicht einvernommen worden?
2. Weshalb war die Bundespolizei, die vor linksstehenden Gruppen immer auf der Lauer ist, nicht über die vorsätzlichen Gewalt-handlungen im Bild, die in einem namenlosen Flugblatt von den Gegendemonstranten oder ihren Helfershelfern soviel wie angekündigt worden waren?
3. Zeigt das zumindest merkwürdige Verhalten der Berner Polizei, die den Angreifern freien Lauf gelassen hat, nicht, dass sie unfähig ist, ihre Aufgabe zu erfüllen? Ist die Haltung einer Polizei nicht ungesetzlich, wenn es sich herausstellt, dass ihr "Vorgehen" eine Kampfgruppe begünstigen sollte, die mit der Zustimmung der für die öffentliche Ordnung Verantwortlichen zu handeln scheint?
4. Hält es der Bundesrat nicht für nötig, eine Untersuchung über diese schweren Fälle anzuordnen, wenn sich zeigt, dass die Polizei und die für die Gewalttaten Verantwortlichen unter einer Decke stecken? Die politische Rechnung und die Gewalttätigkeiten der Berner Polizei im vergangenen Juni können das Nichteinschreiten der Polizei gegen Rohlinge, die von ihrem Hass gegen den nach Selbstverwaltung strebenden Jurassiern angetrieben wurden, keineswegs rechtfertigen.
5. Gefahren drohen der Zukunft. Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass der Bund vermitteln sollte, nachdem die Regierung des Kantons Bern durch ihre neuen Vorschläge bewiesen hat, dass sie unfähig ist, das Problem zu lösen? Glaubt er nicht, dass die Frage ernsthaft angepackt werden muss, bevor schwerere Ereignisse und eine Zunahme der Gewalttätigkeiten die Lage noch verschärfen?

18.12.1972

(XXXIX - 6) - 241



Antwort des Bundesrates

Der Bundesanwalt kann und darf einschreiten, wenn Straftaten verübt werden, die der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen, also beispielsweise bei Delikten gegen die Eidgenossenschaft, bei Sprengstoffdelikten, bei Gewalt und Drohung gegen Bundesbehörden und -beamte. Die Wahrung der öffentlichen Ordnung, die Bewilligung von Demonstrationen und das Einschreiten gegen unfriedliche Manifestanten ist Sache der Kantone und der Gemeinden und ihrer Polizeiorgane, nicht der Bundespolizei. Es besteht in dieser Hinsicht auch kein Weisungsrecht der Bundesanwaltschaft. Bei der Kundgebung vom 25. November 1972 und vom Juni des gleichen Jahres sind, soweit bekannt wurde, keine der Bundesgerichtsbarkeit unterstehenden Straftaten verübt worden, weshalb die Voraussetzungen für einen Eingriff der Bundesanwaltschaft nicht gegeben waren.

Der Bundesrat hat sich in der Jurafrage bisher stets grosse Zurückhaltung auferlegt, hat aber die Entwicklung mit Aufmerksamkeit verfolgt und jeden möglichen Dialog gefördert. Vom Bericht des Regierungsrates des Kantons Bern vom 19. September 1972 über die Bildung von Regionen und die Ausgestaltung des Jurastatuts hat er ebenso Kenntnis genommen wie von den ersten Reaktionen, die dieser Bericht ausgelöst hat. Er hält jedoch dafür, dass es nunmehr Sache des Empfängers des Berichtes sei, nämlich des Bernischen Grossen Rates, dazu Stellung zu beziehen. Im übrigen ist er der Ansicht, dass die Form der Dringlichen Kleinen Anfrage kaum eine der Vielschichtigkeit des Problems entsprechende Antwort ermöglicht.

## Nationalrat, Sitzung vom Conseil national, séance du -

problème. Le Conseil fédéral, dès lors, est invité à intervenir fermement pour débloquer la situation et forcer une solution valable.

### *Schriftliche Begründung — Développement par écrit*

«Il existe en Suisse un petit peuple dont, au Congrès de Vienne en 1815, l'arbitraire des diplomates disposa, selon les rudes et impitoyables usages de l'époque, sans le consulter, comme sans égards aucuns ni pour son passé, ni pour ses préférences.

»Au mépris d'une existence propre et indépendante plusieurs fois séculaire, les populations jurassiennes furent annexées au canton de Berne à l'instant même où les pays de Vaud et d'Argovie étaient élevés à la dignité si enviable d'Etats souverains de la Confédération helvétique.

»Le Congrès de Vienne commit là une erreur et une faute doublée d'une injustice envers les habitants du Jura.

»Le Jura fait appel à votre amour de la liberté, à votre esprit d'équité et à votre respect de ce droit naturel et sacré qu'est le droit à l'indépendance.»

Ces déclarations du conseiller national Xavier Jobin furent applaudies il y a cinquante-quatre ans, le 14 février 1919, dans le cadre d'un débat du Conseil national sur la motion Scherrer-Füllemann concernant la révision totale de la constitution fédérale (cf. Bull. stén. p. 260-261) et nul autre représentant du Jura ne vint les contredire.

Avant cette date comme après celle-ci, les Chambres fédérales et l'opinion publique eurent trop souvent l'occasion de suivre l'évolution de la question jurassienne, pierre de touche du fédéralisme suisse s'il en est et problème de structure politique n° 1 de la Confédération helvétique.

Dès 1815 et en particulier ce dernier quart de siècle, le canton de Berne a eu toute latitude pour établir un diagnostic du problème et y porter remède. Or la «succession de heurts et de conflits» dont est tissée l'histoire des relations entre les peuples constitutionnellement reconnus de l'ancien canton et du Jura indique assez l'impéritie bernoise historique en l'espèce.

Loin de s'apaiser, le conflit s'aggrave constamment, le mouvement autonomiste présente une garantie de durée avérée (le Rassemblement jurassien a fêté son 25e anniversaire) et l'impatience populaire est grande, allant même jusqu'à des actes de violence déplorables et dangereux alors que la persistance du conflit n'est pas sans avoir des conséquences graves et parfois dramatiques tant dans la vie publique que dans la vie privée des Jurassiens.

La parution, en novembre dernier, du «Rapport du Conseil-exécutif bernois sur la création de régions et l'aménagement du statut du Jura» a encore durci la situation. Dans le Jura, il a été généralement accueilli avec une vive déception et considéré même comme une provocation humiliante alors que l'ensemble de la presse suisse a estimé qu'il ne peut apporter une solution politique au problème.

Quelle que soit la procédure que poursuivra Berne en la matière, son plan est d'ores et déjà un échec reconnu (cf. les réactions du PDC jurassien et de la Troisième Force. etc.). La régionalisation — panacée — ne se fera pas avant des décennies sinon un siècle et, au lieu de favoriser l'unité jurassienne, elle est de nature au contraire à provoquer l'écartèlement et l'éclatement du

### 11 473. Motion Wilhelm.

#### Jurafrage — Question jurassienne

*Wortlaut der Motion vom 28. November 1972*

Die jüngste Entwicklung der Jurafrage erzeugt eine wachsende Unruhe und zeigt, dass der Kanton Bern das Problem nicht allein lösen kann. Der Bundesrat wird daher ersucht, entschlossen einzugreifen, um einen Ausweg zu finden und eine wirkliche Lösung zu erzwingen.

*Texte de la motion du 28 novembre 1972*

Les derniers développements de la question jurassienne provoquent une inquiétude croissante et démontrent que le canton de Berne ne peut résoudre seul ce



Jura. Par ailleurs, si Berne met en application son additif constitutionnel de mars 1970, avec à la clef la création d'un canton jurassien aux frontières et conditions encore indéfinies, il en résulterait des tensions supplémentaires assurément inconnues à ce jour.

En novembre 1972 également, les autorités bernoises ont précisé que leurs propositions constituaient le maximum des «concessions» possibles, et l'un de ses porte-parole a jeté sur le feu une huile provocatrice et dangereuse en s'opposant d'avance à l'intervention fédérale dans la question jurassienne, intervention qui devrait appuyer Berne exclusivement (cf. déclaration Ory à la TV).

C'est pourquoi notre conclusion est toute d'inquiétude car l'heure est plus grave encore qu'il n'y paraît.

La Confédération dès lors, loin de faire marche arrière ou de se cantonner dans la réserve en estimant qu'il s'agirait encore d'une affaire intérieure bernoise, doit empoigner le problème jurassien avec fermeté, imagination, courage et un sens aigu du fédéralisme suisse originel.

1919, l'*Appenzeller Zeitung* écrivait: «Les intérêts spécifiques suisses doivent prévaloir sur les intérêts particuliers des Bernois et, à ce point de vue, on ne peut faire aucune objection contre la création d'un canton du Jura.» En relevant qu'il y avait une lacune dans la constitution fédérale qui n'indique pas la voie à suivre pour la création d'un nouveau canton, la commission Petitpierre admettait implicitement qu'une telle procédure était de la compétence de la Confédération et que l'additif bernois ne saurait y suppléer.

La Suisse certes ne saurait faire de différenciation entre les peuples qui la composent, peuples égaux en dignité essentielle. Ce que veulent les Jurassiens, c'est être élevés à l'aune démocratique suisse, c'est être maîtres chez eux, posséder une influence sur leurs propres affaires et échapper à une tutelle qu'une majorité étrangère à leur peuple fait peser sur eux. Un juridisme figé et une fausse politique de prestige ne sont plus de mise alors que la paix confédérale et le renom de la Suisse sont en péril.

La Confédération doit enfin considérer le peuple du Jura comme l'égal du peuple bernois. En conséquence, le Conseil fédéral est invité à débloquent avec réalisme politique une situation intenable autant qu'injuste et à forcer une solution valable dans la justice et la liberté.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates  
Rapport écrit du Conseil fédéral*

Le 7 octobre 1970, l'Assemblée fédérale accordait sa garantie à un additif de la constitution du canton de Berne, relatif au Jura. Accepté le 1er mars 1970 à une large majorité, dans le Jura comme dans l'ancien canton, ledit additif porte que des consultations pourront être organisées dans le Jura, aux fins de déterminer «si la partie jurassienne du canton de Berne dans son ensemble ou certaines de ses régions entendent constituer un nouveau canton, se rattacher à un autre canton ou continuer à faire partie du canton de Berne».

La population du Jura se voyait ainsi reconnaître le droit de disposer d'elle-même. Les organisations séparatistes ont si bien mesuré la portée de l'innovation qu'elles l'ont naguère présentée comme une victoire. Lors des débats sur la garantie fédérale, M. Wilhelm a émis des réserves à propos de l'article 8 de l'additif du 1er mars 1970 qui régit la participation aux scrutins. Il

n'a pas négligé pour autant la haute signification que revêtait la consécration expresse du droit à l'autodétermination.

Depuis lors, le Conseil-exécutif du canton de Berne a publié son rapport du 19 septembre 1972 «Sur la création de régions et l'aménagement du statut du Jura». Ce texte est actuellement soumis à l'examen de trois commissions parlementaires. Il est prévu que le Grand Conseil bernois lui-même en délibérera au cours de sa session du mois de novembre prochain. C'est dire en d'autres termes que la procédure fixée par l'article 22 de l'additif constitutionnel du 1er mars 1970 suit son cours.

Il est vrai, pourtant, que la situation actuelle est inquiétante, et l'avenir incertain. Nul n'ignore, en effet, que les propositions du Conseil-exécutif du canton de Berne se sont heurtées et se heurtent encore à une opposition catégorique des mouvements séparatistes. Selon les termes d'une résolution adoptée par son assemblée des délégués du 21 janvier 1973, le Rassemblement jurassien «refuse d'entrer en matière, invite les députés du Jura à faire de même et répète que seule la création d'un canton du Jura peut résoudre la question». Les députés séparatistes jurassiens suivent effectivement ce mot d'ordre en refusant de s'associer, au sein des commissions parlementaires dont ils font partie, à l'examen du rapport du 19 septembre 1972. Réunie à nouveau le 3 juin 1973, à Porrentruy, l'assemblée des délégués du Rassemblement jurassien et des groupements affiliés a réaffirmé qu'à son avis, le projet de statut élaboré par le Conseil exécutif du canton de Berne «ne conduit à aucune solution». La résolution qu'elle vient de publier invite «les partis politiques à ne pas entrer en matière sur les propositions gouvernementales». Dans une lettre destinée au Conseil fédéral, le Parti démocrate-chrétien du Jura écrivait de son côté que «la procédure en cours ne peut conduire à aucun résultat» et que «l'intervention de la Confédération reste donc le seul moyen de sortir de l'impasse».

La motion présentée par M. le conseiller national Wilhelm tend précisément à provoquer l'intervention du Conseil fédéral dans le règlement de la question jurassienne. Son auteur ne fournit d'ailleurs aucune indication au sujet des bases, de la nature ou des modalités de l'intervention qu'il demande. Il s'en remet à l'imagination des autorités fédérales pour imposer une solution que l'adjectif «valable» sert seul à préciser.

En réalité, le Conseil fédéral ne détient pas le pouvoir d'imposer une solution. La constitution fédérale, on le sait, ne fixe pas la procédure à suivre pour séparer d'un canton une partie de sa population et de son territoire et en faire un nouveau canton. C'est pourquoi le canton de Berne a pris l'initiative de compléter sa constitution par l'adjonction d'une procédure d'autodétermination. Cette procédure bénéficie de la garantie de la Confédération. Le Conseil fédéral ne saurait en écarter l'application de sa propre autorité. Ce n'est pas tomber dans le «juridisme» que de le constater. Si vague qu'elle soit — le juridisme de l'un, c'est en général le bon droit de l'autre — cette expression ne peut pas viser, dans un Etat de droit, la simple observation des normes constitutionnelles.

Sans doute faut-il ajouter que notre droit constitutionnel n'est pas immuable. Nonobstant la garantie fédérale de l'additif constitutionnel bernois du 1er mars 1970, la possibilité reste de compléter la constitution fédérale, que ce soit par une disposition générale sur la fusion ou la scission de cantons ou par une règle qui



aurait plus spécialement trait à la question jurassienne. C'est une autre question — de nature politique celle-là — que de savoir si une initiative en ce sens serait promise au succès. De toute manière, M. Wilhelm ne propose pas aux Chambres fédérales de s'engager dans cette voie. Par conséquent, le Conseil fédéral ne peut éviter de lui répondre que le droit en vigueur ne permet pas cette «ferme intervention» que la motion en discussion tend à provoquer. Les conditions auxquelles l'article 16 de la constitution subordonne l'intervention fédérale ne sont pas remplies. Il n'y a pas matière non plus aux mesures de surveillance et d'exécution que la Confédération est autorisée à prendre à l'égard des cantons lorsque leurs autorités méconnaissent le droit fédéral. Il est vrai que la Confédération peut entreprendre en tout temps des démarches amicales aux fins d'aider les cantons à résoudre leurs problèmes. Ainsi est-il admis que les autorités fédérales peuvent toujours offrir leurs bons offices ou leur médiation dans les conflits internes des cantons. Le Conseil fédéral doit se réserver d'user des facultés qui lui appartiennent. Dans le cas particulier de la question jurassienne, il n'omettra pas de favoriser, autant qu'il le pourra, les rapprochements propres à faciliter une solution.

Quoi qu'il en soit, les plus récents développements de la question jurassienne devraient avoir prouvé qu'une solution satisfaisante hors d'une négociation entre les partis et mouvements intéressés n'est pas possible. Le Conseil fédéral a recommandé le dialogue chaque fois qu'il en a trouvé l'occasion. Un tel problème ne peut être résolu sans qu'à un moment donné, les adversaires même les plus irréductibles n'engagent la discussion. Il importe, due reste, de s'entendre sur le sens à donner dans notre contexte au mot «dialogue». Ce qui nous paraît indispensable, c'est qu'une franche discussion soit entamée sans conditions préalables entre les principaux responsables; c'est aussi que les partenaires énoncent clairement les objectifs qu'ils poursuivent, les voies et moyens qu'ils recommandent d'utiliser, les concessions qu'ils sont disposés à faire pour le bien commun.

A ce point de vue, le Conseil fédéral déplore que les députés séparatistes croient devoir pratiquer une politique d'absence, une politique de la chaise vide. Il ne lui appartient pas, bien sûr, de se prononcer sur les mérites et les défauts des propositions que le Conseil-exécutif du canton de Berne a formulées. En les jugeant insuffisantes, les députés séparatistes usent de leur liberté d'opinion. Elus par le peuple pour concourir à la formation de la volonté des organes de l'Etat, ils se devraient pourtant de saisir l'occasion qui leur est offerte de faire valoir leurs propres convictions. Le Conseil fédéral les engage à siéger dans les commissions parlementaires auxquelles ils appartiennent, à entamer la discussion avec leurs collègues d'autres bords politiques, à faire connaître au gouvernement bernois les corrections et les compléments qui devraient être apportés, selon eux, au projet de statut.

S'il est vrai que la situation actuelle n'est pas rassurante, la cause principale en tient, de l'avis du Conseil fédéral, au raidissement des opinions, des attitudes en présence. C'est au Grand Conseil du canton de Berne qu'il appartiendra de statuer sur le projet de statut du Jura. Tant et aussi longtemps qu'il ne se sera pas prononcé, il n'y aura pas de raisons de refuser la discussion du projet. Ni le fait que d'aucuns le tiennent pour insuffisant, ni le fait que d'autres y voient plutôt le maximum des concessions possibles ne devraient empê-

cher les députés au Grand Conseil bernois d'assumer leur rôle de parlementaires — c'est-à-dire de parler et de présenter des propositions constructives.

La population suisse dans son ensemble et le Conseil fédéral avec elle souhaitent que la question jurassienne trouve bientôt une solution conforme aux impératifs de la légalité et de la démocratie. Ils n'admettraient pas que des décisions de nature dictatoriale, des menaces ou des actes de violence prétendent influencer ou évincer la volonté du peuple. Malgré la vivacité des propos parfois tenus dans le Jura, le Conseil fédéral garde la conviction que la population jurassienne vit dans les mêmes sentiments.

Le Conseil fédéral, loin de perdre l'espoir d'un règlement satisfaisant de la question jurassienne, ne trouve aucune excuse à ceux qui laissent entendre avec une certaine complaisance qu'un recours à la violence pourrait tôt ou tard s'imposer ou se justifier. En réalité, nos institutions et nos forces politiques offrent à qui veut les chercher les moyens de rétablir la paix au Jura.

Or les ressources de la démocratie sont loin d'être épuisées. Pour qu'elles apparaissent en toute clarté, il est indispensable que les divers partis et mouvements du Jura entreprennent un dialogue trop longtemps différé. Abstraction faite de toutes considérations juridiques, cette voie conduira plus sûrement à des progrès que celle d'une ferme intervention du gouvernement de la Confédération.

Le Conseil fédéral ne négligera aucune occasion de faciliter, par ses bons offices, les contacts qu'il juge indispensables.

**Le président:** Le Conseil fédéral recommande de rejeter la motion. M. Wilhelm s'y oppose. En conséquence, la discussion est ouverte. Je rappelle à mes collègues que, dans ce cas, le temps de discussion est limité à dix minutes.

**Schürch:** Herr Wilhelm will den Bundesrat veranlassen, eine Lösung zu erzwingen. Wie kann man eine Lösung, die eine politische Lösung sein muss, in der Schweiz erzwingen? Durch eine Bundeszwangsexekution oder durch eine eidgenössische Intervention, was dasselbe ist. Die Voraussetzung für einen solchen Eingriff wäre, dass der Kanton Bern eine eidgenössische Verpflichtung nicht erfüllt oder dass er nicht mehr in der Lage wäre, die verfassungsmässigen Rechte zu wahren und Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Politische Lösungen, Herr Wilhelm, werden doch bei uns normalerweise nicht erzwungen, sondern erarbeitet und ausgehandelt, sei es durch Gespräch, das gelegentlich in einem akzeptablen Kompromiss enden kann, sei es durch die Konfrontation gegenüberstehender politischer Meinungen an der Urne und der darauffolgenden Unterzeichnung der unterlegenen Partei unter den Mehrheitsentscheid. Beides, Herr Wilhelm, lehnen Sie ab. Der Kanton Bern offeriert ein Autonomiestatut für eine Region Jura, wobei man darüber streiten kann, ob dieses Autonomiestatut genügt oder nicht genügt, und er offeriert die Möglichkeit eines eigenen Kantons. Sie fordern für den Jura mehr Autonomie, aber eine autonome Region Jura wollen Sie nicht. Sie erklären: Wir treten auf diese Vorlage nicht ein, Sie treiben die Politik der leeren Stühle, Sie wollen nichts wissen von diesem Autonomiestatut, aber nicht etwa weil Sie keine Autonomie wollen, sondern offenbar einzig und allein deswegen, weil dieser Vorschlag im Rathaus von Bern unter Mit-



wirkung der jurassischen Regierungs- und Grossräte ausgearbeitet wurde. Sie fordern einen Kanton Jura, aber darüber abzustimmen, weigern Sie sich. Sie fordern ein Abstimmungsverfahren, das den eidgenössischen Vorschriften widerspricht — Sie wissen das —, und um eine andere Auffassung durchzubringen, haben Sie sich nach Oesterreich und anderen Ländern umgesehen und einige Rechtsgelehrte gefunden, die Ihnen den Gedanken nahegebracht haben, dass nur diejenigen Einwohner des Juras über diese Frage abstimmen dürfen, die seit mindestens 3 Generationen dort ansässig sind. Ich frage Sie, Herr Wilhelm, ob Sie stimmberechtigt sein werden oder nicht. Auf der anderen Seite sollen diejenigen Bürger, die einen Heimatschein aus einer jurassischen Gemeinde besitzen, ganz unbeschadet, wie lange sie im alten Kanton oder in der übrigen Schweiz oder im Ausland leben, mitstimmen können. Sie gehen nach dem Prinzip vor, das Sie in Ihrer Motionsbegründung sehr deutlich gemacht haben — ich zitiere Sie in der deutschen Uebersetzung —: «Wie immer Bern weiter vorgehen wird, so steht das Scheitern seines Plans zum vorneherein fest.» Da Sie, Herr Wilhelm, und Ihre Freunde alles zum voraus wissen, kann man mit Ihnen nicht mehr reden, leider. Sie lehnen die Demokratie ab.

Es bleibt die dritte Möglichkeit, die Möglichkeit des gewaltsamen Umsturzes, übrigens die einzige Möglichkeit, die dann wirklich und sicher zu einer Bundesexekution führen wird. Wollen Sie vielleicht diesen Weg mit Hilfe von Herrn Kollega Ziegler beschreiten, der kürzlich den Béliers die doppelte Legalität empfohlen hat, diejenige Theorie, die in seiner eigenen Partei abgeblitzt ist? Für Herrn Nationalrat Ziegler gibt es fundamentale Rechte, z. B. das Recht auf Schutz von Leib und Leben — ich nehme an, auch des Leibes von Herrn Kollega Gehler —, die Anerkennung des Mehrheitsentscheides — ich nehme an, auch des Mehrheitsentscheides nach eidgenössischer Regelung im Jura. Diese Rechte sind zu wahren. Dann gibt es nach Herrn Ziegler noch sekundäre Rechte, Rechte — ich zitiere ihn aus einer Rede vor den Béliers —, die bloss einer Klassen- und Ausbeutergesellschaft dienen, z. B. Verkehrsregeln oder das individuelle Eigentum. Was unter diese zweite Legalität fällt, das darf man ohne weiteres verletzen, denn damit dient man der höheren Gerechtigkeit. Ich möchte fragen, was Herr Wilhelm zu dieser Theorie sagt. Oder sind Sie vielleicht der Meinung unseres Kollegen Villard, der uns kürzlich, nachdem er an einer persönlichen Erklärung gehindert wurde, erklärt hat, als rhetorische Frage an den Bundesrat «Attend-on le déclenchement de violences que semblent chercher à provoquer certains adversaires d'un Jura autonome?» Mit anderen Worten, Herr Villard: Herr Gehler ist schuld, dass er zusammengeschlagen wurde. (Villard: Attendons-nous... Es ist eine Frage.) Sie können nachher das Wort haben, gegenwärtig habe ich das Wort. Ich frage Sie, ob das die These ist, dass das Opfer, der Angegriffene, Schuld ist, weil er den armen Frustrierten so provoziert hatte, dass er eben dreinschlagen musste. Das ist das Sündenbockdenken, mit dem operiert wird, und eine solche Geistesverfassung kann man sich nur erklären durch ein wirkliches «drame jurassien», und dieses «drame jurassien» ist das Drama der Zerrissenheit im Jura selber. Es ist das Drama, dass das Rassemblement jurassien nun endlich auch in der eidgenössischen Öffentlichkeit erkannt wird als das, was es ist, nämlich eine sehr aktive, übrigens durchaus intelligent geführte Bewegung, die aber nicht alle Jurassier vertritt. Das ist

das Drama, dem wir beiwohnen. Es ist ein jura-internes Problem vor allem, lange bevor es ein Problem zwischen Jura und Bern und lange bevor es ein Problem zwischen Bern und der Eidgenossenschaft ist. Haben sie z. B. die Würdigung des Ergebnisses der Volksabstimmung vom 20. Mai vorgenommen? Wollen Sie dann noch erklären, dass es keine Gegensätzlichkeit zwischen Nord- und Südjura gibt? Ich persönlich als Bürger bedaure das, ich stelle es aber fest, und Sie sollten vielleicht zunächst einmal versuchen, im Jura Einigkeit zu schaffen, bevor Sie auf das eidgenössische Podium treten. Sie fürchten mit Recht eine Explosion des Jura, wenn Sie so weiterfahren. Kann man anders als durch Zusammenarbeit, durch Aufbau, durch Zusammenarbeit innerhalb einer autonomen Region, überhaupt diejenige Kohärenz im Jura herbeiführen, die notwendig ist, damit ein gemeinsamer Wille entsteht, dem auch die Eidgenossenschaft Rechnung tragen kann? Sie, die politischen Chefs, und gar diese Oppositionsregierung sollten Hand bieten zum Gespräch, statt die Gewalt zu schüren und dann vor ihrer Verantwortung abzudanken, indem sie diese Verantwortung schlicht und einfach der Bundeszentralgewalt überweisen wollen. Ich glaube, ein solcher Appell von eidgenössischer Tribüne ist nun fällig. Der Jura braucht keine zehn Jahre mehr, wie Ihre Oppositionsregierung sie verlangt, bis der Geduldsfaden endgültig gerissen ist. Es ist etwas schwer, nicht an den Ausspruch Adolf Hitlers zu denken: «Gebt mir zehn Jahre Zeit.» Verschonen Sie uns doch mit diesen Tönen! Der Jura braucht in sich selbst Gesprächspartner, die das gegenseitig gestörte Vertrauen wieder aufbauen wollen. Ich bin überzeugt, dass Sie auch heute diese Partner bei den politischen Parteien finden können. Dann werden Sie auch in Bern — sowohl im Bundes-Bern wie auch im kantonalen Bern — die vernünftigen Gesprächspartner finden, mit denen Sie bisher nicht gesprochen haben. Solche gibt es nämlich schon lange. Man kann ihnen nicht verargen, dass sie versuchen, den brodelnden Topf vor der Explosion so lange zu bewahren, als gewisse Jurassier nicht aufhören, sich selber gegenseitig zu zerfleischen. Sie tun damit nur ihre Pflicht im Interesse aller, nicht nur der extremistischen Jurassier.

Ich bin der Auffassung, dass diese Motion abgelehnt werden muss.

**M. Gassmann:** Personne ne s'étonnera dans ce Conseil que j'émette ici un avis diamétralement opposé à celui que vient de défendre devant vous M. Schürch.

Les grandes puissances qui dansaient à Vienne en 1815 ont, entre deux valse, joué un bien vilain tour à la Suisse, lorsque, d'autorité, elles ont annexé le Jura au canton de Berne, qui n'en voulait d'ailleurs pas. Si, par ce marchandage, Argovie et Vaud ont gagné leur indépendance, le Jura y a perdu la sienne. Et depuis, toute l'histoire de ces deux peuples enserrés dans un carcan étatique unique est jalonnée de heurts et de révoltes. Avec ou sans la bénédiction confédérale, l'armée est entrée plus de dix fois au Jura pour y rétablir l'ordre. Il y a trois ans à peine, des troupes avaient été mises de piquet à la place d'armes de Bure; 40 000 cartouches de guerre avaient été distribuées aux soldats. L'interpellation de M. Schwarzenbach aura donc au moins, hélas! le mérite suivant: la Confédération devra choisir son mode d'intervention: ou la médiation, ou la force; et pour utiliser le procédé de M. Schwarzenbach — je ne voudrais pas qu'il soit seul à figurer au générique de l'histoire du Jura — je cite ceux qui, eux aussi, avec



M. Schwarzenbach, ont signé son interpellation. Il s'agit de MM. Oehen, Fischer, Reich, Zwygart, König, Müller-Zurich, Jaeger-Bâle, Bächtold — de Berne évidemment —, Graf, Breny — le Vaudois — et Salzmann.

Depuis 1947, dans le Jura, la révolte est ouverte et la marche vers l'indépendance est irréversible. Des étapes importantes ont été franchies. En 1950, le peuple jurassien est reconnu constitutionnellement. Grâce aux combats incessants du Rassemblement jurassien qui, dans le Jura, mène la lutte avec l'aide enthousiaste, non violente mais efficace, du groupe «Bélier» qui dérange épisodiquement les bonnes consciences des notables que nous sommes, le Jura peut, en vertu des dispositions constitutionnelles garanties par le Conseil national, être élevé au rang de 23e canton suisse, à l'égal d'Appenzell, de Neuchâtel ou du Tessin. La question n'est donc plus de savoir si le Jura sera autonome mais comment et quand il le deviendra. C'est ici que la Confédération devrait jouer son rôle. C'est à elle qu'incomberait la tâche d'inviter à la même table de négociations, et dans les délais les plus brefs, le canton de Berne, d'une part, et les porte-parole du peuple jurassien, notamment ceux dont dépend la solution du problème, d'autre part, afin de déterminer en commun, sans préalable, les voies et moyens qui mèneront à l'autonomie politique du peuple jurassien. Cette déclaration, je suis autorisé à la faire, en plein accord avec le Rassemblement jurassien.

Le problème jurassien est devenu un problème suisse. Il met en cause les fondements mêmes des institutions fédérales et les principes sur lesquels elles ont été créées et se sont développées, en particulier le consentement mutuel qui a uni les peuples des cantons dans une Confédération puis dans un Etat fédératif. Le fédéralisme est aussi l'un des principes fondamentaux sur lesquels s'est développée la Confédération et il exige la recherche de solutions qui assurent à chaque membre de la communauté le respect de son autonomie et de sa personnalité.

Le peuple jurassien, reconnu par la constitution bernoise et, bien que divisé, fait partie de la communauté helvétique qui ne peut se désintéresser de son destin.» J'ai cité ici les déclarations d'un quarteron de révolutionnaires: MM. Petitpierre, Wahlen, Graber et Broger. Un seul parmi eux n'est pas, n'a pas été ou n'est pas encore conseiller fédéral. Tous ont été appelés «sages».

En proposant de refuser la motion Wilhelm, le Conseil fédéral réduit à néant, pire, il désapprouve les considérations et les conclusions de la commission Petitpierre. Elle semblait, il est vrai, éprouver depuis un certain temps, quelques difficultés de respiration. La voilà achevée par ceux-là même qui l'auront créée. Nous prenons note au passage de cet acte de décès.

La Confédération ne veut donc pas s'occuper du problème jurassien. Pas un mot dans les grandes lignes du programme du gouvernement; pas un mot dans le rapport de gestion du Conseil fédéral. Il appartient donc aux cantons de veiller à la sauvegarde d'un fédéralisme qui ne devrait pas s'arrêter aux portes des cantines. Je lance donc un appel aux cantons confédérés afin que, conscients du danger que fait peser la question jurassienne sur le lien confédéral, ils prennent eux-mêmes l'initiative d'une mission de médiation, de sollicitude bienveillante — pour reprendre une expression que l'on retrouve dans l'histoire suisse — conformément d'ailleurs à la mission historique de certains d'entre eux qui, en proposant leurs bons offices, ont su régler dans le

passé, par le dialogue et la compréhension mutuelle, des problèmes très graves qui mettaient en cause l'unité de la Suisse. Bâle, Schaffhouse, Appenzell ont joué ce rôle dans l'histoire. Voici d'ailleurs ce que contenait le «pacte» conclu entre Bâle et la Confédération au moment de son admission au sein de cette Confédération. Il était dit ceci: «Et si jamais par malheur, il arrivait que la discorde éclatât entre nous, Confédérés, dans un ou plusieurs cantons, ce dont Dieu nous préserve éternellement, alors la ville de Bâle s'efforcera, par les représentations de ses députés, d'étouffer ces querelles et, au cas où elle n'y parviendrait pas, elle ne devra cependant prendre parti ni pour les uns, ni pour les autres mais se tenir à l'écart et hors de la lutte tout en continuant ses bons offices, ainsi qu'il est dit plus haut, pour y mettre fin.»

Bâle n'aurait donc plus de députés prêts à mettre leur savoir, leur science civique, leur bon-vouloir, leur souci de paix au service du fédéralisme? Et Schaffhouse et Appenzell, et les représentants d'Argovie ou de Vaud, (je pense ici à M. Baechtold, qui tient des discours à Delémont), ces cantons, qui doivent leur indépendance aux Jurassiens, alors pas un geste, pas un mot d'encouragement? Et le Tessin et les Grisons, qui doivent lutter jour après jour pour maintenir — et pour combien de temps encore? — leur identité et leur génie propre? Alors, rien à faire, rien à dire au peuple du Jura sous tutelle depuis cent cinquante ans?

Les arguties juridiques doivent maintenant céder le pas aux arguments politiques. La révolte du peuple jurassien est parfaitement légitime. Il faut lutter contre la raison d'Etat lorsqu'il s'avère que celle-ci prime l'équité et la justice.

**Le président:** Monsieur le conseiller national, j'attire votre attention sur le fait que le temps de parole qui vous est imparti est écoulé.

**M. Gassmann:** J'en ai encore pour deux minutes, Monsieur le président.

**Le président:** Si je laisse chaque député dépasser le temps de parole qui lui est imparti, nous n'en finirons jamais. Je vous accorde bien volontiers une minute comme je l'accorderai à tous vos autres collègues, mais pas d'avantage.

**M. Gassmann:** Je vous comprends parfaitement et vous en remercie.

La situation actuelle fait que le gouvernement bernois, s'il est encore le gouvernement légal, n'est donc déjà plus le gouvernement légitime du Jura.

Je termine par une citation du professeur Aubert, qui écrit: «Le fédéralisme a deux patries. Les traditions, c'est-à-dire les légendes, les annales, les faits, les monuments, les morts. Voilà ce qui fait la patrie.»

Eh bien! le Jura est ma première patrie. Vous ne m'en voudrez donc pas d'avoir mis un peu de passion à la défendre, mais je le ferai jusqu'à ce que le Jura soit libre.

**M. Gehler:** M. le conseiller national Wilhelm demande au Conseil fédéral de forcer une décision en ce qui concerne le problème jurassien. En clair, cela signifie que, par une procédure non conforme à la constitution du canton de Berne et à celle de la Confédération, et par-dessus la tête des citoyens et citoyennes jurassiens,



seuls habilités à se prononcer sur l'éventuelle création d'un canton du Jura, le Conseil fédéral devrait user de pouvoirs discrétionnaires et décréter ou faciliter du moins la création d'un canton du Jura.

Je rappelle au motionnaire que, dans notre Etat fédéral, la constitution fait loi, que le peuple dispose, que les cantons sont des entités politiques libres et indépendantes dans les limites de la constitution fédérale.

Jamais requête aussi peu respectueuse des normes démocratiques n'a été présentée dans cet hémicycle depuis 1848. C'est un fait que, depuis des années, certaines populations jurassiennes, abusées par une propagande sans scrupule, croient que le Conseil fédéral ou les Chambres fédérales disposent d'un pouvoir magique et qu'ils sont à même, s'ils le veulent bien, de forcer une décision dans le problème jurassien.

Il importe aujourd'hui que ces croyances superstitieuses soient confrontées à la réalité. C'est pourquoi, Monsieur le conseiller fédéral, je vous prie instamment de dissiper tout malentendu, de parler un langage clair et ferme. Toute réponse équivoque ne pourrait que provoquer la confusion et alimenter la violence.

Nous attendons du Conseil fédéral qu'il affirme que la constitution d'un éventuel canton du Jura dépendra de l'unique volonté des citoyens et citoyennes du Jura et que les dispositions constitutionnelles bernoises permettant le plébiscite devront être respectées scrupuleusement.

Nous prions également le représentant du Conseil fédéral d'apporter toute clarté dans ce qui pourrait être et devrait être, le cas échéant, l'intervention de la Confédération: entre autres les bons offices tels qu'ils ont été pratiqués jusqu'à ce jour, la haute surveillance sur le plébiscite pour en assurer le secret, la liberté, la validité, l'intervention du pouvoir fédéral lorsque l'ordre est menacé dans un canton, lorsque l'unité d'un canton est mise en cause, lorsque la constitution cantonale ou la constitution fédérale, ou toutes les deux, ne sont plus respectées.

Nous attendons également que vous affirmiez *urbi et orbi* que le pouvoir fédéral n'a pas de compétence, n'a jamais eu la compétence de faire modifier les structures politiques d'un canton ou de sa constitution lorsque celles-ci sont conformes à la constitution fédérale.

Monsieur le motionnaire, vous demandez par votre motion une solution de force au Conseil fédéral. Au nom de nos institutions, au nom de la démocratie, au nom de tout ce que nous honorons dans ce pays depuis l'avènement de l'Etat fédéral de 1848, je vous demande instamment de retirer votre motion. Si vous n'êtes pas désireux de le faire, je prie l'assemblée de la rejeter.

**Mme Nanchen:** Si j'interviens dans ce débat, ce n'est pas pour apporter ma solution-miracle au problème jurassien. De nombreuses personnes, combien plus autorisées que moi, s'y sont déjà cassé le nez. Je voudrais simplement venir témoigner ma solidarité aux Jurassiens qui luttent pour leur autonomie. Leur lutte, je la comprends. C'est la lutte d'une minorité qui réclame que justice lui soit faite. Tout comme l'ont fait les femmes, certaines d'entre elles tout au moins, qui se sont battues pour obtenir les droits politiques.

Comparaison n'est pas raison, je le sais. Mais vous me permettrez de mettre en parallèle ces deux mouvements d'émancipation: celui des femmes et celui des autonomistes jurassiens. Qu'ont de commun ces deux

mouvements? Jusqu'en février 1971, la situation politique faite aux femmes a formé pendant des décennies une tâche sombre sur la surface polie de la démocratie helvétique. Le problème jurassien, quant à lui, constitue un abcès dans notre système fédéraliste. En outre, le combat féministe et le combat séparatiste sont tous deux l'expression de la revendication profonde de catégories sociales qui s'estiment lésées par l'ordre démocratique établi.

Certes, on peut contester le bien-fondé de cette revendication. De quoi se plaignent les Jurassiens, diront certains? Cette région du canton de Berne est respectée dans ses particularités culturelles et linguistiques. Le français y est langue officielle; le système scolaire est différent de celui de l'ancien canton; certaines lois contiennent des dispositions particulières au Jura; bientôt le Grand Conseil lui octroiera un certain statut d'autonomie. Le Jura a même la possibilité constitutionnelle de décider par un vote populaire s'il veut devenir un canton ou non. De quoi se plaint-on donc? Tout simplement de ce que ce canton du Jura, en dépit de toutes les promesses formelles, ne parvienne pas à voir le jour. Au moment du débat public sur l'opportunité d'accorder le droit de vote aux femmes, les opposants au suffrage féminin — et ils étaient nombreux à l'époque, rappelez-vous la votation fédérale de 1959 — pensaient que rien ne légitimait une telle revendication. «D'ailleurs, qui la formule?», disait-on à l'époque. «Une poignée de suffragettes insatisfaites sexuellement. Pourquoi compromettre nos compagnes dans l'arène politique? Elles ont dans leur foyer un autre rôle à jouer plus conforme à leur nature.» Quel long combat ont dû mener les femmes et les hommes animés d'un profond sentiment de justice et qui avaient compris que, quels que soient les rôles traditionnels liés au sexe, l'égalité des droits politiques était une simple question d'équité.

Que le peuple jurassien puisse se constituer en canton, c'est aussi une question d'équité. Si les femmes et les autonomistes jurassiens poursuivent à mon sens le même objectif, la reconnaissance dans les faits de leur majorité politique, ils ne disposent pas des mêmes moyens pour le réaliser. Les femmes, contrairement aux Jurassiens, n'avaient aucun droit à l'autodétermination; nous dépendions du bon vouloir des hommes et ce fut, probablement notre chance. Si la totalité des femmes suisses avaient eu à se prononcer sur un plébiscite formulé de la manière suivante: «Voulez-vous disposer des droits de vote et d'éligibilité?» combien d'entre elles auraient répondu positivement? Les «non» l'auraient peut-être emporté. Souvenez-vous, les militantes des organisations féministes ne représentaient qu'une frange étroite de la population féminine et elles se heurtaient à l'opposition de bien des milieux féminins eux-mêmes.

C'est que de nombreuses personnes, aussi lésées soient-elles par la situation sociale qui est la leur, préféreraient s'en tenir au statu quo qu'elles connaissent, plutôt que d'affronter un avenir qu'elles redoutent à cause de sa nouveauté. Et il faut bien reconnaître qu'on peut trouver des satisfactions à rester sous tutelle. Quelqu'un vous prend en charge, pense à votre place, vous évite toute décision importante. La responsabilité fait peur. Tout comme certaines femmes avaient peur au fond d'elles-mêmes de devenir politiquement adultes, peut-être qu'un certain nombre de Jurassiens craignent, de façon peu consciente sans doute, d'accéder à la majorité politique qu'entraînerait une issue favorable du plébiscite. Je pense ici aux Jurassiens de langue française et



non aux ressortissants alémaniques domiciliés dans le Jura et dont l'antiséparatisme a d'autres fondements.

Ne peut-on pas expliquer, en partie du moins, l'impasse dans laquelle se trouve actuellement la question jurassienne par la résistance qu'une partie de la population du Jura oppose à la perspective d'un changement de statut? Ceux qui sont engagés dans le combat pour la créations d'un canton du Jura représentent la frange du peuple jurassien consciente de la nécessité de faire triompher le droit du Jura à l'autonomie. Ils s'efforcent depuis des années de convaincre leurs concitoyens de la justesse de leur cause. La réalité démontre que la partie n'est pas facile à gagner.

Avant que la situation dans le Jura ne se dégrade davantage, qu'elle ne se dégrade au point de justifier l'intervention de l'armée, je pense qu'il est nécessaire qu'une médiation confédérale contribue à résoudre le problème jurassien.

**Schaffer:** Herr Kollega Wilhelm hat ein demokratisches Mittel gewählt, um das Juraproblem auf eidgenössischer Ebene zu aktualisieren. Das ist sein gutes Recht. Ich bin auch überzeugt, dass er persönlich, im Gegensatz zu zahlreichen Fanatikern im Berner Jura, Gewaltanwendung ablehnt. Es kommt immer wieder zu Terror- und Gewaltakten kleineren und grösseren Ausmasses, wobei sich vor allem junge Leute hervortun und abreagieren. Es wäre sehr interessant, die Gewalttätigkeiten in den letzten Jahren einmal gesamthaft zu erfassen und zu ergänzen durch die vielen, uns nicht bekannten Darstellungen über die zahlreichen Repressalien, Drohungen und Beleidigungen, denen viele Mitbürger im Jura ausgesetzt sind. Auffallend ist, dass die Führer der Separatisten sich nie klar von Gewalttätigkeiten distanzieren, wohl weil diese zu einer gewissen Zermürbungstaktik gehören. Daraus lässt sich auch die Negation erklären, welcher von dieser Seite gehuldigt wird. Man vermisst nämlich von den Separatisten ein auf demokratischen Grundlagen fussendes Vorgehen, wie beispielsweise auf ihre Ziele hintendierende Verfassungsinitiativen auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene.

Dass das Juraproblem in unserem Land mit einer grossen Reserviertheit betrachtet wird, kommt nicht von ungefähr. Nicht nur die Demonstrationen im Ausland stossen auf Verständnislosigkeit, sondern auch Aktionen im Inland, vor allem wenn die Trikolore höher im Kurs steht als die Schweizer Fahne. So wird man, sofern es zu einer Verfassungsabstimmung auf eidgenössischer Ebene kommen sollte, die Stimmberechtigten unseres Landes kaum für eine den Separatisten zusagende Lösung erwärmen können. Bis jetzt ging praktisch jegliche Initiative von der «verpönten» Berner Regierung aus. So soll bekanntlich das Jurastatut mit seinen Regionalisierungstendenzen vom Grossen Rat behandelt werden. Alsdann wird es gemäss dem mit rund 90 000 gegen 14 000 Stimmen gutgeheissenen Verfassungszusatz möglich sein, bei den Jurassiern ein Plebiszit über die Frage durchzuführen, ob und in welchem Ausmass sie einen eigenen Kanton bilden möchten. Die Deutschberner sind also nicht kleinlich. Unter den bestehenden Voraussetzungen tritt die Mehrheit aus demokratischen Ueberlegungen für das Selbstbestimmungsrecht der Jurassier ein. Bewusst hat man sich nicht zur Erklärung durchgerungen: Lasst die Jurassier gesamthaft gehen. Unsere welschen Mitbürger sind nämlich alles andere als einig.

Das Problem wäre verhältnismässig einfach zu lösen, wenn der Jura eine politische Einheit darstellte oder zwischen den einzelnen Teilen des Juras ein genügender Zusammenhang bestünde. In diesem Falle könnte in einer einzigen Volksabstimmung entschieden werden. Alle sieben Amtsbezirke hätten sich dann einem Mehrheitsentscheid zu fügen. Der jurassische Landesteil ist aber vielfältig. Von einem Gebiet zum anderen sind erhebliche, in Sitten und Volksmeinung verwurzelte Unterschiede festzustellen, die in den kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen seit mehr als einem Jahrhundert auffallend in Erscheinung treten. Eines der tiefgründigsten Probleme liegt also darin, dass nach meiner Auffassung drei Amtsbezirke überwiegend eine Autonomisierung des bernischen Juras anstreben, während die Strömungen in den vier anderen Amtsbezirken entgegengesetzt verlaufen. Bei diesem Sachverhalt müsste eine nur im Gesamtjura durchgeführte Volksbefragung dazu führen, dass gewisse Volksgruppen dem Willen anderer Bevölkerungsteile unterworfen würden, sofern nicht die Möglichkeit eingeräumt würde, dass majorisierte Gebiete in einer anschliessenden zweiten Abstimmung über die Trennungsfrage selbständig beschliessen könnten. Es widerspräche dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit und damit der Demokratie, wenn wesentliche Teile des Juras, die mit überwiegender Mehrheit beim Kanton Bern bleiben möchten, gegen ihren Willen einem neuen Kanton einverleibt würden.

In den Kantonen Wallis und Freiburg besteht bekanntlich trotz Zweisprachigkeit eine Einheit. Auch kulturelle Grundwerte unterliegen Veränderungen. Die Mentalität der Bevölkerung ist in einem grossen Kanton wie Bern nicht nach Sprache, sondern nach Regionen, also nicht einfach nach Jura und altem Kantonsteil differenziert. Wenn etwa von einer bernischen Bevormundung des Juras gesprochen wird, müsste man diese Bemerkung generalisieren, denn die deutschsprachigen Berner unterstehen den gleichen Gesetzen. Aber ich persönlich fühle mich bis jetzt nicht bevormundet. Ich verstehe den Bundesrat, wenn er die Motion ablehnt. Warten wir vorerst einmal die Verhandlungen des bernischen Grossen Rates über das Jurastatut und die wohl folgende Volksabstimmung ab.

Zum Schluss nochmals: Es steht den Separatisten absolut frei, mit legalen Mitteln Volksentscheide über ihre Zielsetzungen herbeizuführen.

**M. Villard:** Je ne me fais pas d'illusions... Pendant les dix minutes qui nous sont accordées je n'aurai pas le temps de dire ce que je voudrais vous dire. Je m'exprimerai sur le respect du droit à une vie autonome pour le Jura. Il ne s'agit pas de faire l'historique de la question, mais de tenter d'amener dans le débat, si véritablement il y a débat — je conçois un vrai débat un peu autrement que cela ne se passe d'ordinaire dans ce Parlement! — quelques éléments qui me paraissent importants. Et je m'efforcerais d'approcher le problème de fond, qui est plus grave qu'on ne le pense et qu'on ne le dit parfois, car il concerne la base même de l'existence du pays où nous vivons. Il n'y a pas si longtemps que la Suisse a été profondément divisée entre les tendances centralistes et fédéralistes. La Suisse moderne est issue des luttes des années 1830 à 1848, et quelles luttes, Messieurs, vous qui reprochez au Rassemblement jurassien, au groupe Bélier de descendre dans la rue et de manifester, je vous le rappelle!... La Suisse a dû faire des concessions, il est vrai, à l'idée centraliste mais, heureusement, elle est



demeurée fédéraliste. Personnellement, je m'en réjouis car le fédéralisme, délesté de certains abus, est loin d'être négatif. Il fait partie des conditions nécessaires à une démocratie vivante dont j'ai essayé de parler l'autre jour. Notre petit pays si divers a fait ainsi, à cette époque, un choix décisif. La Suisse n'est guère concevable sans le système fédéraliste. Un bon auteur a dit justement «Le fédéralisme, c'est la Suisse même.» On l'oublie un peu trop parfois et même dans mon parti, où des amis sont rebutés par certains échecs — celui de mars dernier est difficile à digérer, c'est vrai — échecs qu'il faut imputer non au fédéralisme mais à un pur esprit réactionnaire.

Certes, l'organisation fédéraliste telle qu'elle existe aujourd'hui n'est pas sans défaut, nous le savons. Elle constitue parfois, avec par exemple cette majorité des cantons, nécessaire dans les votations constitutionnelles, un obstacle à certains progrès sociaux importants. Mais ce n'est pas tant ce système dans lequel nous vivons qui en est responsable. C'est surtout le fait de puissantes manipulations qui faussent l'exercice de la démocratie véritable. L'organisation fédéraliste comporte cependant d'évidents avantages qu'on néglige parfois d'apprécier à leur juste valeur. Elle assure une certaine autonomie à des groupes de population qui, malgré l'exiguïté du territoire qu'ils habitent, sont fort différents les uns des autres. Cette autonomie est un bien précieux.

«L'ennui naquit un jour de l'uniformité», c'est une profonde vérité dont il faut se souvenir. Heureusement qu'il existe encore, dans cette Suisse, le Jura qui nous réveille de temps en temps, qui nous montre le chemin de l'avenir, conformément aux traditions les plus valables du pays. Les particularités, les us et coutumes, les altitudes des citoyens propres à chaque canton ou région doivent être respectés. La diversité s'explique par la géographie et l'histoire, et c'est le respect de ces particularités, le respect du droit à une vie autonome, qui est l'aspect le plus important dans ce problème. Mariage forcé..., mariage de raison?! En 1815, cela pouvait à certains sembler être un mariage de raison. Mais comme ce mariage de raison se révèle être un échec total, il faut déplorer qu'il n'y ait pas moyen de divorcer! Pas moyen parce qu'il y a à Berne des gens qui pensent selon cette fameuse inscription qu'on pouvait lire dans un restaurant qui a été démoli d'ailleurs: «S'isch gäng e so gange, s'wird gäng e so sy.» Eh bien! ce n'est pas vrai! Cela va changer, et nous travaillerons à changer cette situation... Mais si nous pouvions trouver une solution à l'amiable, dans ce respect du droit à une vie autonome, combien ce serait plus réjouissant pour notre pays! L'Etat qui est le nôtre a trouvé une formule dans laquelle réside sa force cachée, mais bien réelle: c'est le fait d'être une Confédération. Le secret d'ailleurs de sa durée ne doit pas être cherché ailleurs. Il réside dans la structure même de cet Etat, et si nous voulons qu'existe, que vive une Suisse de l'an 2000, il ne faut pas l'oublier. Je m'étonne toujours d'ouïr ce concert d'imprécations à l'égard des Jurassiens qui réclament un canton, un Jura libre. En quoi cette idée, exprimée avec force, et tout en restant dans la voie de la légalité, par le Rassemblement jurassien — je ne parle pas des groupes impatientes qui travaillent dans l'ombre, comme il s'en trouve toujours en semblable occasion — en quoi cette perspective doit-elle tant nous choquer?

Je ne répondrai pas à M. Schaffer concernant le terrorisme. On oublie à dessein de faire la différence entre un mouvement légal qui s'exprime ouvertement et des actes commis dans l'ombre. On accuse parfois les

Béliers d'être aussi des terroristes. J'ai connu les trois chefs du groupe Bélier; ils sont venus chez moi ou je les ai rencontrés à plusieurs reprises. Et de quoi avons-nous discuté?... (cela vous fera peut-être sourire!) ... mais, du problème de la non-violence! Et quels livres m'ont-ils demandé: Thoreau, Luther King, etc. Voilà, ce n'est pas tout ce que je voulais vous dire, loin de là!... Or je regrette de voir que mon temps de parole se termine...

Gardons-nous des idées toutes faites! Beaucoup de gens chez nous sont pris dans un rythme de travail et de vie si trépidant qu'ils perdent l'habitude de réfléchir par eux-mêmes et qu'ils s'en tiennent aux opinions qu'on leur sert quotidiennement. Ceux qui, comme moi, ont habité le Jura, ceux qui aiment ce beau pays au charme particulier, ceux qui le voient, comme disait le poète et juge fédéral, Virgile Rossel «avec les yeux de leur cœur» ne se laissent pas prendre à ces pièges grossiers qui ne sont que des attrape-nigauds. Quand on a ricané en prononçant le mot «séparatiste» ou «Bélier», quand on a vitupéré contre leurs manifestations, quand on s'est exprimé comme M. Schürch ou comme M. Schaffer, on n'a pas beaucoup contribué à sortir le pays d'une sorte de torpeur — parce que ce malaise actuel réside justement dans ces problèmes non résolus.

Pour conclure je me contenterai de dire que la question que le Jura pose à tous les Suisses n'est pas négligeable. C'est, comme on l'a dit, «la question la plus haute et la plus générale du fédéralisme». Là c'est le nœud du problème. Personnellement, je suis persuadé qu'on n'avancera guère vers une solution tant qu'on ne l'aura pas compris. Dans le fond, tout cela revient à savoir si le fédéralisme dans ce pays est encore vivant ou s'il est mort. S'il est mort, alors n'en parlons plus car cela signifie qu'il n'y a pas de solution au problème du Jura. Si le fédéralisme est vivant, s'il est capable de se revivifier, de se renouveler, alors il n'y a pas de doute, il saura résoudre le problème jurassien.

**M. Mugny:** Tout à l'heure, en entendant nos collègues MM. Schürch et Schaffer, je me suis dit qu'on risquait de dévier un peu du débat, c'est-à-dire d'aborder le fond du problème jurassien et non pas la question qui nous est posée, c'est-à-dire celle de la motion de notre collègue M. Wilhelm et de la médiation fédérale qu'il propose. Dans ce problème, on a intérêt à ne pas trop se porter d'accusations les uns aux autres. Ces accusations sont toujours inutiles, elles blessent, elles laissent des traces, elles invitent à la réplique, font monter l'irritation, les barrières, l'incompréhension, elles suscitent des maladresses et des méfiances, creusent des fossés et rendent les solutions plus difficiles. Nous sommes en présence d'un état de fait, c'est-à-dire qu'il y a deux communautés, que j'appellerai l'ancien canton et le Jura, qui ne veulent plus vivre ensemble, ou du moins l'une d'entre elles ne veut plus vivre dans cet Etat unique qu'est le canton de Berne. On se trouve ainsi dans une situation analogue à celle d'un ménage où cela ne va plus très bien. Des voisins, des parents, des amis, parfois l'avocat ou le juge, essaient d'arranger les choses, et parfois en effet les choses s'arrangent, mais parfois aussi elles ne s'arrangent pas et on en arrive à la séparation. En politique il en est de même, quand le peuple jurassien, ou du moins une partie importante de ce peuple, ne veut plus vivre en communauté avec le peuple de l'ancien canton, il faut en tirer les conséquences. Du reste, le gouvernement bernois a précisément prévu l'alternative de la séparation dans ses dispo-



sitions constitutionnelles auxquelles la réponse du Conseil fédéral fait allusion. La porte est donc ouverte. Une procédure démocratique peut s'engager, des solutions nouvelles peuvent être trouvées. Il n'est donc pas nécessaire de recourir à la violence, à l'affrontement. Il y a, dans notre démocratie fédérale, je le précise, une seule légalité; on n'est pas dans un pays à double légalité, et cette seule légalité nous suffit amplement.

Dans l'affaire jurassienne, on s'achemine, je pense, vers la création d'un canton du Jura. C'est la solution normale, réaliste, qui finira probablement par s'imposer. Quel sera ce canton du Jura, quelle sera son étendue, quelles seront ses frontières, sa capitale? Ce sont là des problèmes sur lesquels nous n'avons pas à nous prononcer. Mais dans le cadre de la procédure à suivre, il subsiste un problème important à résoudre: c'est celui du fameux article 8 de l'additif constitutionnel du 1er mars 1970. Il s'agit, vous le savez, du temps de domicile requis pour avoir le droit de vote; il s'agit aussi du droit de vote des Jurassiens de l'extérieur. Je ne prétends pas résoudre ce problème, ni apporter une solution. Celle-ci devra d'abord être négociée entre les parties intéressées. Ce qui est certain, c'est qu'il faudra la négociation, faute de quoi toute la procédure démocratique prévue à l'additif constitutionnel risquerait d'être inefficace.

Il faudra donc probablement une procédure spéciale pour ce qu'on peut appeler le plébiscite sur l'avenir du Jura. Ce plébiscite aboutira à une modification de notre constitution fédérale, modification durable ou temporaire. Mais il faudra bien que les autorités fédérales se prononcent à ce sujet. Il y a là, à mon avis, un problème central qui ne sera pas facile à résoudre et sur lequel les parties auront vraisemblablement de la peine à se mettre d'accord. On ne risque pas beaucoup de se tromper en prévoyant que l'intervention du Conseil fédéral, sa médiation ou ses bons offices, appelons-les comme on voudra, seront nécessaires pour proposer aux parties une solution raisonnable et acceptable.

Pour en arriver là, il serait à mon avis nécessaire de procéder à une étude approfondie, étude juridique, sociologique, démographique. Ne serait-ce pas le moment de l'entreprendre? Menée par un collègue d'experts désignés par la Confédération, d'entente si possible avec les autorités du canton de Berne et les organisations jurassiennes, cette étude contribuerait dans une large mesure à débloquer la situation comme le souhaite notre collègue M. Wilhelm. Elle n'empêcherait pas sur la souveraineté du canton de Berne mais contribuerait, au contraire, à donner sa pleine efficacité à l'additif constitutionnel du 1er mars 1970. C'est sur ce point précis, me semble-t-il, que l'autorité fédérale pourrait maintenant porter son effort. Une étude comme celle que je suggère ne préjuge en rien de l'avenir du Jura, ni de l'issue d'un plébiscite éventuel. Elle permettrait simplement d'éclairer le problème et aux parties de négocier ce point délicat sur une base objective, ce qui ne serait déjà pas si mal.

Dans sa réponse à la motion de notre collègue M. Wilhelm, le Conseil fédéral dit, à la dernière ligne: «Le Conseil fédéral ne négligera aucune occasion de faciliter, par ses bons offices, les contacts qu'il juge indispensables.» Il me semble qu'il faudrait faire un pas de plus et peut-être commencer une étude telle que je la souhaite, en accord avec les parties. Ce serait probablement déjà le moyen de réunir les parties autour de la même table. Dans ce sens-là, il me semble que nous

pourrions aller un peu plus loin que la proposition du Conseil fédéral et je vous propose de transformer la motion de notre collègue, M. Wilhelm, en un postulat qui serait transmis au Conseil fédéral dans le sens que je viens de développer.

**Hofer-Bern:** Ich möchte mich kurz mit einigen Aspekten der Begründung befassen, die Herr Wilhelm zu seiner Motion gegeben hat, da sie mir einige Ungereimtheiten zu enthalten scheint, die nicht unwidersprochen bleiben können, soweit sie nicht vom Bundesrat bereits behandelt worden sind.

Um es kurz zu sagen: Die Begründung von Herrn Wilhelm enthält eine geschichtliche und eine politische Fälschung, die innerlich aufs engste zusammengehören. Die geschichtliche Fälschung besteht in dem, was man als den «Mythos des tausendjährigen Staates», «le mythe de l'état millénaire» bezeichnen könnte. Es ist dies übrigens nicht der einzige Geschichtsmythos. Herr Gassmann hat einen anderen genannt, nämlich den Mythos von der zehnmaligen militärischen Besetzung des Juras. Ich weiss nicht, ob er den Ersten und den Zweiten Weltkrieg auch dazu rechnet. Dieser «Mythos vom tausendjährigen Staat» des Erzbischofs von Basel ist nämlich notwendig, um die Dinge so darzustellen, als ob 1815 den Jurassiers Einheit und Freiheit geraubt worden wären oder, wie es Professor Adolf Gasser, Basel — ich betone Basel, und nicht Bern — in einem historischen Gutachten formuliert hat, als ob durch die Angliederung an Bern 1815 das «uralte Staatsvolk der Jurassiers» nach fast tausendjährigem Bestand willkürlich seiner politischen Autonomie beraubt und versklavt worden wäre. Professor Gasser sagt dann wörtlich: «Als Verfassungshistoriker muss ich eine solche These als wissenschaftlich unhaltbar scharf zurückweisen und sie rundweg als einen Mythos bezeichnen.» Und er zeigt dann im einzelnen, was dieser Staat gewesen ist: nämlich ein autoritär geleiteter Staat, ein System eines Beamtenstaates, zuletzt eine absolute Monarchie, ein volks- und autonomiefindliches Regime, dessen widerspenstige Untertanen von französischen Söldnern und reichsdeutschen Zentralbeamten gewaltsam niedergehalten wurden. Das ist also das Bild, das Professor Gasser von diesem alten Staat entwirft. Ich darf vielleicht erwähnen, dass Professor Gasser eine internationale Autorität auf dem Gebiete der Gemeindefreiheit und Gemeindeautonomie ist.

Ueber die Lage von 1815, die ja auch von Herrn Wilhelm mit herangezogen wird und die von mehreren Rednern hier erwähnt wurde, und den angeblichen Willen des jurassischen Volkes, einen eigenen Kanton zu bilden, darf ich vielleicht auch einen recht unverdächtigen Zeugen zitieren, nämlich Gonzague de Reynold, Freiburger Aristokrat und bekannter Historiker. Er schreibt über die Situation von 1815:

«Que faisaient les Jurassiens? Ils se divisaient: Avaient-ils été jamais unis? Ces Messieurs de Porrentruy désiraient la réunion à la France. L'Ajoie et Sainte Ursanne souhaitaient le retour du Prince-Evêque. Delémont et Laufon voulaient se réunir à Bâle, Moutier et Grandval entendaient se réunir au Grand canton, Bienne voulait être un canton avec la Montagne de Diesse, la Vallée de St-Imier et La Neuveville. Mais celle-ci se regimbait; elle se refusait à se laisser embienner'. C'était la réapparition du vieux particularisme...»

Soweit Gonzague de Reynold über die Situation von 1815 und die Stimmung im jurassischen Volk. Vielleicht



ein noch unverdächtigerer Zeuge dürfte der jurassische Historiker Bessire sein, der in seiner «Histoire du Jura bernois et de l'ancien évêché de Bâle» den Satz schreibt, Seite 309: «On a dit aussi qu'un canton du Jura eût été le plus divisé des cantons suisses et avec raison.»

Warum erwähne ich all das? Weil daraus ersichtlich ist, dass die bedauerliche Zerrissenheit des jurassischen Volkes, über die hier schon mehrere Herren gesprochen haben, keineswegs ein Resultat irgendeiner verunglückten bernischen Politik ist, sondern eine Tatsache der Vergangenheit. Es gab und gibt keine einheitliche politische Willensbildung im Jura, wie es auch in dem vielberufenen alten Staat eben keine Freiheit gegeben hat.

Der Konflikt ist — wie schon andere gesagt haben — in erster Linie und primär ein Konflikt zwischen Jurassiern, und wer nicht von diesem Gesichtspunkt ausgeht, kann den Kern des Problems nicht erfassen. Ich muss das auch Herrn Mugny zum Vorwurf machen. Es geht nicht darum, dass zwei «communautés» nicht mehr zusammenleben wollen, sondern ein Teil dieser «communauté» will nicht mehr mit dem alten Kanton reden. Es stimmt auch nicht, Herr Villard, wenn Sie sagen: «... que les Jurassiens réclament un canton», das sind keineswegs «les Jurassiens». Ich bin erstaunt, wie man einfach darüber hinwegsieht, dass es nur ein Teil ist, der dieses will. Das ist nämlich wichtig, weil damit die politische Falsifikation zusammenhängt, wenn hier jemand auftritt und im Namen des jurassischen Volkes spricht, oder wenn Herr Gassmann sich als «porteur de parole du peuple jurassien» ausgibt. Die Herren können hier als Repräsentanten politischer Gruppierungen auftreten, das ist voll und ganz in Ordnung. Wie wir es ablehnten, in der Debatte über das Entwicklungshilfegesetz, dass gewisse Leute hier auftraten, als ob sie allein die Interessen des Schweizervolkes wahrnahmen, glaube ich, müssen wir uns dagegen wehren, dass hier so getan wird, als ob jemand ein Mandat des jurassischen Volkes besässe.

Die Abstimmungen der Vergangenheit, soweit man sie heranziehen kann, zeigen übrigens, dass diese Leute, die einen eigenen Kanton wollen, die «Separatisten», wie man sagt, aufgrund dieser Abstimmung jedenfalls nicht die Mehrheit darstellen. Die Statistik spricht hier eine deutliche Sprache.

Wenn Herr Wilhelm in seiner Begründung von «zwei verfassungsmässig anerkannten Völkern» spricht, dann ist das auch nicht exakt; denn das Gutachten der Herren Huber, Imboden und Python, alles keine Berner, stellte fest, dass damit Volk im kulturell-sprachlichen Sinn gemeint ist, dass aber im politisch-staatsrechtlichen Sinn der Kanton ein einziges Volk umfasst. Trotzdem hat man sich entschlossen, durch Verfassungszusatz von 1970, den Jurassiern die Möglichkeit zu geben, sich frei über ihre staatliche Zukunft auszusprechen. Aber gerade dieser Appell an das Volk, das die Separatisten angeblich vertreten, wird ja von ihnen bekämpft. Wer hat eigentlich Angst vor dem Volk und vor der Demokratie?

Wenn Herr Wilhelm schliesslich von Vormundschaft spricht, die eine fremde Mehrheit über den Jura ausübe, so ist doch das auch — entschuldigen Sie, meine Damen und Herren — eine demagogische Verzerrung. Herr Schaffer hat schon darauf hingewiesen. Ein Land, das alle seine regionalen Beamten und Funktionäre inklusive der Statthalter des Kantons, der Regierung, in freier Volkswahl bestimmt; ein Land, das in allen kantonalen Gremien, soweit ich sehe, stärker vertreten ist als seine Bevölkerungszahl es verlangt, womit ich einver-

standen bin, kann wohl doch kaum als bevormundet bezeichnet werden. Nur nebenbei sei erwähnt, dass der Kanton Bern oder das Bernervolk seit Jahrzehnten einen der beiden Ständeratssitze dem Jura reserviert.

Wer Oel ins Feuer giesst, wie Sie in Ihrer Begründung sagen, Herr Wilhelm, das dürfte wohl auch feststehen, darüber brauche ich mich nicht auszulassen. Das Uebel liegt doch heute allein darin, dass dogmatische und teilweise extremistische Gruppen allen anderen Jurassiern, die nicht so denken wie sie, ihren Willen aufzwingen wollen, statt zum Gespräch und zum Dialog bereit zu sein, von dem auch der Bundesrat spricht und den auch der Bundesrat dringend anrät. Ein freundeidgenössisches Gespräch ist der einzige Weg, der zum Ziele führen kann, das gerade wir Berner vom alten Kantonsteil wollen. Wir wollen eine freie und demokratische Selbstbestimmung für die Bevölkerung des Juras. Jede Entscheidung, die auf diesem Wege zustande kommt, wird von uns respektiert werden — aber nicht der Versuch, mit undemokratischen Methoden die eigene Meinung den anderen aufzuzwingen.

**M. Fontanet:** Notre collègue Jean Wilhelm a certes eu raison de déposer sa motion et, personnellement, si je n'en approuve pas tous les termes, j'appuie en tout cas le principe de son intervention.

Chacun de nous, en effet, ne peut être qu'inquiet du cours qu'a pris depuis plusieurs années l'affaire jurassienne. Je ne suis pas le seul de cette opinion; les orateurs qui se sont exprimés tout à l'heure l'ont démontré; le Conseil fédéral l'a dit en d'autres circonstances et il le dit dans la réponse à la motion de M. Jean Wilhelm.

Député d'un canton romand, Genève, l'affaire jurassienne me touche personnellement. Je ne puis pas être indifférent à ce problème, à cette sorte de dramatisation de la situation que vit notamment une minorité linguistique et culturelle à laquelle en tant que romand j'appartiens.

C'est pourquoi je crois qu'il est temps, je pense même sincèrement qu'il est urgent que la Confédération fasse preuve d'imagination — le cas jurassien, vous en conviendrez, Mesdames et Messieurs, est unique — pour intervenir, pour offrir ses bons offices, convaincre les parties d'accepter sa médiation.

J'admets volontiers les objections juridiques du Conseil fédéral à la motion de notre collègue Wilhelm. La constitution du canton de Berne contient des dispositions permettant même l'autodétermination, elle a été ratifiée par nos conseils. Elle doit être respectée, en bonne démocratie et cela d'autant plus que les règles qu'elle pose semblent à première vue à même de résoudre démocratiquement et dans la légalité le problème jurassien.

Mais, si l'on va au fond des choses, la solution proposée reste en grande partie théorique. Il ne faut pas se le cacher. Les deux rapports de la commission Petitpierre de 1969 et 1971, pour intéressants qu'ils furent, puisqu'ils ont débroussaillé en quelque sorte le terrain, sont en partie dépassés. Ils sont aujourd'hui inapplicables, car ils butent sur un problème très important qui est celui du droit de vote. Qui pourra voter dans le plébiscite prévu? Seuls les habitants du Jura? En tout cas eux, cela me paraît évident. Mais si les Genevois de mon canton habitant l'étranger, si les Tessinois de l'étranger peuvent participer aux scrutins cantonaux, si l'on parle de plus en plus dans notre pays d'accorder le



droit de vote aux Suisses de l'étranger dans certains domaines fédéraux, il ne serait pas raisonnable d'exclure du droit de vote qui fixe le sort de leur indigénat cantonal, les Jurassiens de l'extérieur qui le désirent.

C'est là le point central de la discussion, c'est ce que la Confédération devrait admettre, car la règle des trois mois pour pouvoir voter une fois que l'on est installé quelque part est une règle fédérale et la norme cantonale que nous avons ratifiée, mais qui ne pourrait jouer en l'occurrence. Il existe d'ailleurs un précédent historique intéressant, dont on pourrait s'inspirer. Avant la première constitution fédérale de 1848, le 30 avril 1848, après la révolution du 1er mars, le peuple neuchâtelois adopta sa constitution républicaine. Les citoyens neuchâtelois domiciliés hors du canton purent exercer leur droit de vote.

Le rapport du Conseil-exécutif du canton de Berne du 19 septembre 1972 sur la création de régions et l'aménagement du statut du Jura est une œuvre remarquable. Peut-être préfigure-t-elle la solution d'avenir de la Suisse de demain. Mais qu'en est-il pour le Jura? J'acquiesce au sentiment que tel ne peut pas être le cas; pour la simple raison que l'une des parties, celle qui veut l'indépendance, déclare n'y porter aucun intérêt et qu'il n'existe aucun moyen juridique d'obliger quelqu'un qui n'y a aucun intérêt d'en porter néanmoins un à un projet déterminé.

Mais il faut quand même que les fils soient retendus, il faut quand même que le dialogue soit institué. La Confédération le peut, elle devrait assumer ce devoir, pour autant cependant que nous aussi nous le voulions; mais pour autant que le Confédération fasse un geste en quelque sorte spectaculaire qui seul peut débloquer une situation qui est absolument cristallisée; la démonstration faite à ce propos par les orateurs tout à l'heure est assez évidente.

Par exemple, la Confédération pourrait suggérer ou insister pour que soit créé dans le Jura — sans partition, évidemment, parce qu'il ne faut pas créer l'irréparable de façon non démocratique — un Parlement avec des pouvoirs réels, notamment dans le domaine culturel, linguistique, d'instruction publique ou de police et qui soit autonome, avec son propre budget, ses propres impôts, ses propres députés; alors, obligatoirement, toutes ces parties du Jura que l'on dit tellement opposées seraient bien obligées de discuter, sinon de disputer et peut-être de trouver des solutions originales. Le dialogue y serait institué.

Nous aussi, Mesdames et Messieurs, volontiers nous offrons au monde nos bons offices. Ce matin encore, M. Graber nous disait que nous avons une tradition des bons offices. Lorsqu'il s'est rendu au Caire, notre ministre des affaires étrangères — car il faut bien le qualifier ainsi — aurait été bien heureux de pouvoir recevoir une mission de «bons offices» dans quelque lieu du monde déchiré par des conflits. Pourquoi la Confédération, puisqu'elle a malgré tout la possibilité de faire ce qu'elle veut dans le cadre de la loi, et dans son propre pays, n'impose-t-elle pas en fait ses bons offices, qu'elle offre facilement à l'extérieur? Il ne suffit pas de le faire théoriquement; le rapport du Conseil fédéral est certes un peu encourageant, il constitue déjà un progrès par rapport à ce que l'on aurait dit en d'autres circonstances il y a quelques années. Néanmoins, je pense qu'il faut que le Conseil fédéral aille plus loin, qu'il propose son propre plan, parce que c'est le rôle impératif de notre gouvernement et de notre Parlement que de mettre tout

en œuvre pour que, démocratiquement, une fois le problème bien étudié, la paix revienne dans le Jura.

**Gerwig:** Herr Wilhelm, ich möchte mich persönlich an Sie wenden. Ich glaube, wir stehen in einem ernsten und politischen Problem, politischer, als wir das sonst hier gewohnt sind. Ich fühle mich als Basler und als Staatsbürger eines vermittelnden Kantones dem Jura, seiner Eigenart, seinen Menschen, seiner Landschaft, seiner Schwierigkeiten sehr verbunden, und mein Engagement für das Volk ist stark.

Aus dieser inneren Anteilnahme heraus ergreife ich das Wort, aus der Sorge heraus, dass die so speziell geschaffenen, liebenswerten und für die Schweiz wertvollen Bewohner dieser Gegend bald in eine Situation kommen könnten, welche mit Irland zu vergleichen ist. Ich möchte Ihnen am Schluss meines Votums einen ganz persönlichen Vorschlag machen. Es geht mir nicht um Separatisten oder Antiseparatisten, sondern um die Zukunft dieses Landesteiles im Rahmen der schweizerischen Eidgenossenschaft. Mir läuft der Alarmruf Bundesrat Petitpierres vom Jahre 1971 noch kalt den Rücken herunter, der warnend vor zukünftigem Blutvergiessen gesprochen hat, und ich wiederhole diese Worte hier noch einmal, damit Sie sich später daran erinnern werden. Die Motion Wilhelm ist in dieser absoluten Form und wohl auch in ihrer Begründung kein Weg zur Lösung des Problems; sie bringt uns nicht weiter; aber die Ablehnung würde weiteres Oel ins Feuer des Konfliktes giessen, und deshalb möchte ich Herrn Wilhelm auch etwas anderes vorschlagen. Ich möchte ihn bitten, seine Motion zurückzuziehen. Ich möchte dies aber nicht billig tun, sondern ihm einen neuen politischen Weg aufzeichnen, durch den er sein Ziel einer eidgenössischen Mitwirkung am Juraproblem besser erreichen kann.

Zuerst jedoch noch eine Vorbemerkung zum Problem Jura/Eidgenossenschaft. Wir sind — um mit Herbert Lüthi in seiner bemerkenswerten Schrift «Ein Vorschlag für den Jura» zu sprechen — mit historischen, staatsrechtlichen, psychologischen, ökonomischen Untersuchungen und Gutachten zur bernisch-jurassischen Frage bereits zur Genüge und bis zum Ueberdruß versehen, so sehr, dass ich nach vergeblichem Studium der Dokumentation fast weniger weiss als vorher. Eines weiss ich aber, und in diesem Punkte gehe ich mit Kollege Wilhelm und mit dem Kollegen Fontanet einig: Das Juraproblem geht, ohne dass wir die uns gesetzten institutionellen Schranken vergessen dürfen, jeden verantwortungsbewussten Schweizer Bürger und damit auch die Gesamtheit der Bürger, den schweizerischen Staat an. «Es ist» — hier zitiere ich im folgenden unseren ehemaligen Kollegen Dr. Nicolas Jaquet — «eine eidgenössische Angelegenheit, sogar im besten Sinne des Wortes.» Das Problem erhält dadurch eine besondere Note, weil wir vor die Gewissensfrage gestellt werden, ob die Durchbildung unserer politischen Einrichtung den Anforderungen unserer neuen Zeit noch genügt, oder ob wir aus einer Erstarrung der Formen heraus Gefahr laufen, die wahre Grundlage unserer Demokratie zu gefährden. Die Jurafrage gehört zu den Dingen, die nur zu lösen sind — ich sage das auch Herrn Wilhelm —, wenn sich von jeder Seite Menschen zu Menschen finden, die frei von Macht, von Gewalt, von Prestigegebundenheit gesonnen sind, die Grundsätze, auf denen unser Staatswesen aufgebaut worden ist,



so zu untermauern, dass eben der eidgenössische Gedanke gewährleistet bleibt.

Der Gedanke einer eidgenössischen Vermittlung, wir können auch von Mithilfe sprechen, ist nicht neu, ist schon früher mehrfach im Parlament aufgetaucht. So hat sich alt Ständerat Blaise Clerc letztmals im Juni 1968 dazu im Geschäftsbericht geäußert. Wir sind in einer paradoxen Lage, Herr Fontanet hat sie aufgezeichnet. Während unsere Regierung zu Recht immer betont, dass sie zur Leistung guter Dienste für die Lösung örtlich entfernter Konflikte bereit sei, glaubt sie hier, institutionell absagen zu müssen, obwohl wir vor einem Drama unserer Innenpolitik stehen, vor vollständig erstarrten Fronten. Die konventionellen juristischen Wege sind alle schon beschritten oder vorgezeichnet, Plebiszite und Abstimmungen, so gut sie auch sind, sind im Tun, werden aber nicht aus der Sackgasse herausführen. Es werden immer, wie das Ergebnis auch sein wird, grosse Minderheiten majorisiert oder Majoritäten unter Druck gesetzt werden. Das Problem bleibt bestehen. So bestehend etwa die Regionalisierungsidee ist, die ein Muster für die Schweiz darstellen und Kantone modernisieren könnte, einen Fortschritt für den Jura bringt sie nicht, sie verlängert allenfalls das Leid. Die Flucht ins Recht — und das muss ich als Jurist sagen —, wie sie Jaquet nennt, wird vielleicht dazu führen, dass *summum ius* eine *summa iniuria* wird. Und ist es nun da vermessen, wenn wir gemeinsam versuchen, wie sich auch der Bundesrat überlegt, und er hat das auch getan, noch etwas dezidierter und konkreter, als das Herr Bundesrat Furgler getan hat, auf welche unkonventionelle Weise — wenn es konventionell nicht geht — durch die Eidgenossenschaft eine politische Lösung gefördert werden kann, wie wir hier im Saale helfen könnten. Wenn es Kollege Wilhelm ernst ist nach eidgenössischer Hilfe, dann müsste diese eidgenössische Hilfe benützt werden, das Gespräch wieder ernst aufzunehmen, dann müsste mit eidgenössischer Hilfe, die nicht durch die Motion so erreicht werden kann, unter den Jurassiern, und vorerst einmal nur unter den Jurassiern, ein gemeinsames Erdenken der Probleme vor sich gehen, um eine politische Klärung über den einzuschlagenden Weg zu finden, damit dann von dort aus das Verfahren der Rechtsetzung auf die gewonnenen Erkenntnisse dieses Denken ausgerichtet werden kann. Ich glaube, dieses Zusammendenken bedarf einer unabhängigen Persönlichkeit als Mediator des Bundes — da hat Herr Wilhelm grundsätzlich recht —, der Garant ist für eine vollständige Objektivität. Ich denke einfach laut: etwa eine Persönlichkeit im Format eines Karl Schmid. Der Bund ist verfassungsmässig beauftragt, über das gute Einvernehmen zwischen den Eidgenossen zu wachen; dieses Wachen würde — ich sage das zum Kanton Bern — keineswegs eine Einmischung in die Belange dieses selbständigen eidgenössischen Standes bedeuten.

Ich habe von Zusammensitzen gesprochen, das in der Form einer vom Jura selbst gewählten Versammlung stattfinden würde, wo die Jurassier unter sich wären — die Separatisten und die Antiseparatisten. Auch die Parteien, die ja dort immer so Angst haben, persönlich Stellung zu nehmen, könnten dort wieder einmal mitwirken, etwa im Sinne, wie es auch Herr Fontanet gesagt hat. Mit diesem Organ würde der Jura eine Repräsentation und eine Ausdrucksmöglichkeit finden, und ohne Mithilfe des Bundes ist das nicht möglich, wenngleich ich mir — ich sage das zu Herrn Gassmann — durchaus auch eine Vermittlung eines Kantons vorstellen könnte.

Ich kann hier nicht im Namen des Kantons Basel sprechen, aber ich glaube kein Geheimnis zu verraten und auch den Kanton Basel-Stadt nicht zu vergewaltigen, wenn ich sage, dass sich dieser Kanton für eine solche Hilfe zur Verfügung stellen würde.

Ich habe dargelegt, dass die Motion Wilhelm in ihrer Form nicht geeignet ist, den Weg einzuschlagen. Ich sehe deshalb einen anderen, denn ich befürchte, dass die Ablehnung der Motion Wilhelm zu einer Eskalation führen wird, die verhängnisvoll sein könnte. Auch eine Ablehnung hilft dem Problem nicht, das allzu ernst ist. Deshalb möchte ich Herrn Kollegen Wilhelm einen Weg vorschlagen, der es ihm erlaubt, heute, wo er gesehen hat, dass das Juraproblem hier im Rat durchaus differenziert behandelt wird, seine Motion zurückzuziehen, um sein Ziel dennoch und besser zu erreichen. Herr Kollege Wilhelm: Ich wende mich an Sie und möchte Sie bitten, nicht an Prestige und an Emotionen zu denken! Reichen Sie im Herbst eine parlamentarische Initiative ein mit dem Antrag, es sei durch einen Bundesbeschluss ein eidgenössischer Vermittler einzusetzen, mit dem Auftrag, alle denkbaren Lösungen zu versuchen, um ein gemeinsam mögliches Ziel zu erreichen. Eine gleichlautende Initiative könnte auch im Ständerat eingereicht werden. Gemäss gesetzlicher Bestimmung wird dann sofort ohne Diskussion eine Kommission des Nationalrates und des Ständerates eingesetzt, die dann das ganze Problem Jura/Eidgenossenschaft behandelt, bevor überhaupt der Vermittler da ist. Damit würde auf seriöse Weise das Problem Jura in den Rat des eidgenössischen Parlamentes, in unsere Mitverantwortung für das Wohlergehen der Schweiz getragen. Der Bundesrat hätte dann zusätzlich im Rahmen des gesetzlich geordneten Vernehmlassungsrechtes die Möglichkeit, hier mitzuwirken. Wir könnten das ganze Engagement von Herrn Bundesrat Furgler in den letzten zwei Jahren, das ich hier verdanken möchte, dort auch benützen. Die Diskussion in der Kommission wird neue Standorte erbringen. Die Kommission wird durch Hearings mit allen Beteiligten erfahren, was gewünscht wird, und sie wird mithelfen, ein Problem unseres Staates auf schweizerischer Ebene ohne Verletzung von Verfassungsrecht zu lösen, das jetzt schon schwere Schatten auf unser Land wirft und dessen Schatten unser demokratisches Zusammensein und den helvetischen Frieden noch mehr verdunkeln könnten.

M. Kohler Simon: Vous me permettez d'en rester à la motion et ne m'en point écarter, de me défendre de toute polémique et de toute vexation, si ce n'est pour affirmer que nul n'a le droit de prétendre au monopole et à l'exclusivité de l'amour de son pays.

L'occasion me sera peut-être donnée de m'expliquer de la situation cornélienne dans laquelle peut se trouver quiconque demeure attaché au pays de ses origines et de sa naissance et n'en assume pas moins des responsabilités délicates, au sein par exemple d'un exécutif, et dont le souci constant est d'atteindre une solution bâtie sur le respect de toutes les familles de pensée.

Au gré de la motion Wilhelm, sans qu'elle postule nécessairement l'examen de la question de fond, le Conseil fédéral serait saisi en dernier ressort du dossier jurassien. La question de son opportunité est donc posée tout comme celle du moment choisi. On sait en effet que le Grand Conseil bernois a inscrit l'affaire jurassienne à l'ordre du jour de sa session de novembre et qu'il entend lui vouer tout le temps nécessaire. Il lui appartiendra



alors de dire ce qu'il pense des propositions du Conseil exécutif. Quelles que puissent être les opinions qu'on en a, elles ont en tout cas le mérite à tout le moins de susciter la discussion et les débats qui s'ensuivront, susceptibles qu'ils sont d'apporter les retouches et modifications opportunes au projet, laisseront inmanquablement percevoir les ultimes intentions des interlocuteurs. Et selon l'issue de ces débats, le moment sera venu alors d'apprécier lucidement la situation, notamment par l'inévitable recours au plébiscite. C'est ma conviction profonde.

Car, Mesdames et Messieurs, et je parle ici en tant que Jurassien, c'est au Jura qu'il appartient de se prononcer sur son propre destin et le préalable primordial en cette affaire est qu'à la faveur de l'additif constitutionnel que vous avez d'ailleurs ratifié, son droit à l'autodétermination lui est garanti. Il lui donne le plein droit de disposer de lui-même et de décider de son statut futur. En d'autres termes, la procédure ordinaire, conforme aux institutions, est en cours. Malgré ses lenteurs, elle laisse ouverte toutes les possibilités, y compris celle de la création d'un 23<sup>e</sup> canton.

Faudrait-il dès lors, à quelques mois de la discussion au Grand Conseil, introduire une procédure extraordinaire aux aléas à peine perceptibles? Parce que des aléas, il y en a. Le Conseil fédéral s'y oppose. Or ce serait malheur que de laisser croire qu'un refus de la motion correspondrait à un geste d'hostilité à l'égard du Jura. Il faudrait éviter à tout prix d'en faire une relance des passions aux termes imprévisibles. Et la pire des choses serait que nous perdions, nous autres, de cette région, de ce pays, notre sang-froid et que nous en venions à oublier que nous sommes condamnés à vivre ensemble.

C'est parce que, comme notre collègue M. Fontanet, je suis de ceux qui aspirent ardemment à la paix revenue au Jura, de ceux qui pensent qu'il est absolument nécessaire qu'un effort constructif dans ce sens soit fait, je penche pour le retrait de la motion. J'estime que ce serait la sagesse même et moi aussi, collègue Jean Wilhelm, je crois sincèrement qu'en retirant votre motion, si difficile que cela puisse être, et je le comprendrais, vous feriez œuvre utile.

**Bircher:** Einleitend möchte ich sagen, warum ich mich legitimiert fühle, nach den Äusserungen meiner Parteikollegen Gassmann und Villard auch den anderen «son de cloche», der für sehr viele Berner Sozialdemokraten, und nicht nur für sie, repräsentativ sein dürfte, hier hören zu lassen. Ich war 1947 im bernischen Grossen Rat dabei, als die Jurafrage sich an einer ungeschickten Bemerkung und einem ungeschickten Beschluss des Rates neu entzündete. Ich habe seither in jenem Rat alle Peripetien, alle Lösungsbemühungen miterlebt. Ob Sie es glauben oder nicht: Der Durchschnittsberner hat eine Schwäche für die Jurassier, wenn auch begreiflicherweise nicht gerade für die Führer der Separatisten.

Wie sehen nun die letzten 20 Jahre aus der Sicht des Bernervolkes aus? (Ich rede hier nicht nur von den Bernern des alten Kantonsteils, sondern auch von einem Grossteil der Jurassier, jener Jurassier, deren Vertreter ihre Häuser mit Farbe verschmiert und sich selbst persönlich terrorisiert und angegriffen sehen.) Jedes Entgegenkommen von Regierung und Parlament des Kantons, jeder Versuch — es waren unzählige —, versöhnlich die Hand hinzuhalten, endete damit, dass die Vertreter des

Rassemlements auf diese Hand spuckten. Man wollte und will keine Verständigung. Lesen Sie die entsprechenden Teile der Antwort des Bundesrates; fragen Sie Herrn Wahlen, Herrn Petitpierre! Man wollte und will alles oder nichts — über die Köpfe der andersgesinnten Jurassier weg.

Wer für die Einheit des Kantons ist — mit erheblichen Zugeständnissen für die Minderheit, für die ich immer eingetreten bin —, ob im alten Kantonsteil oder im Jura, wird seit Jahren in einer gewissen Presse aufs grösste beleidigt und beschimpft. Jugendliche werden mit einem völlig verzerrten Geschichtsbild, mit ständiger Indoktrination, mit einem verfälschten Feindbild gefüttert und aufgeputzt. Man schickt sie — sie sind ja nicht schuld, sie sind verführt — zu immer neuen Provokationsunternehmen aus. Neuerdings sollen sie sogar auch Uniformhemden tragen.

In allerletzter Zeit zeichnet sich nun eine ganz bestimmte Taktik ab. Man will den Altbernern — und das gibt man zu — den Jura derart verleiden, dass sie sagen sollen: «Lasst sie laufen, die sollen gehen, wir haben genug!» Man spekuliert darauf, dass sie in ihrem Unmut vergessen, dass zahllose Jurassier nichts, aber gar nichts mit den Separatisten, den Béliers und ihren direkten und indirekten Hintermännern zu tun haben wollen, und dass deren Rechte nicht einer fanatischen Minderheit geopfert werden dürfen. Ich erspare Ihnen eine detaillierte Schilderung des Klimas, das im Berner Jura durch jene Leute geschaffen wurde, welche sich hier beklagen und das Eingreifen des Bundes verlangen mit dem Unterton: «Sonst kann halt Gewalt nicht ausgeschlossen werden!» Von einer gewissen Presse, die manchmal an den Ton des seinerzeitigen «Stürmer» erinnert, wird eine bedenkliche Unduldsamkeit, ja wird Hass geschürt. Wie man Andersdenkende psychisch und physisch zu zermürben versucht, haben Sie ja am Beispiel eines Ratskollegen verfolgen können.

Die Vertreter der Separatisten kommen nun an diese Tribüne und appellieren an die Hilfe des Bundes. Hilfe wozu? Weil einem Teil der Jurassier das in Gang befindliche kantonale Verfahren nicht gefällt, das durchaus verfassungs- und gesetzeskonform ist, soll der Bund eingreifen. Sie haben es schon gehört: Ein Verfassungszusatz des Kantons Bern mit dem weitestgehenden Minderheitsstatut, das überhaupt existiert, schafft eine Möglichkeit des Plebiszits im Jura für oder gegen das Verbleiben im Kanton. Ich verweise auch hier auf die bundesrätliche Antwort. Dann wird im November vom Grossen Rat ein Vorschlag zur Schaffung von Regionen und für ein Jurastatut behandelt. Für Herrn Wilhelm steht schon vor Einleitung der Geburt fest, dass es sich um ein totgeborenes Kind handeln wird; darüber ist hier nicht zu diskutieren. Aber eines steht fest: Weil das Rassemblement und seine Freunde die Behandlung des Statuts sabotieren, liegt ganz gewiss kein Grund für den Bund vor, in die demokratische Willensbildung eines Kantons einzugreifen. Soll jene Hälfte der jurassischen Delegation des bernischen Grossen Rates, die an den Kommissionsarbeiten teilnimmt, vom Bund desavouiert werden? Freund Gerwig muss ich sagen: All das, was er da in Aussicht stellte, ist bereits seit Jahren versucht worden. Es gab eine Kommission der 24; es gab die vier Weisen, die jahrelang über diesem Problem gebrütet haben, und ich glaube nicht, dass weitere Kommissionen die Sache weiterbringen werden. Ich kann nur die Schlussfolgerungen des Bundesrates — die ich Sie sehr



genau zu lesen bitte — unterstützen und Sie ersuchen, ihnen zu folgen.

Die Begründung der Motion durch Herrn Wilhelm hat mir eine Stilblüte in Erinnerung gerufen, die im «Nebenspalter» stand (nehmen Sie es mir bitte nicht übel, wenn ich ein wenig Humor hereinbringe, nachdem da zum Teil recht hohe Worte gefallen sind): «Die Katze, die da aus dem Sack gelassen wurde, entpuppte sich als faules Ei.»

Ich möchte Sie ersuchen, dieses Ei, auch wenn es als Postulat eingefärbt werden sollte, zurückzuweisen.

**M. Baechtold-Lausanne:** Mon cher collègue Gassmann, vous m'avez rappelé que j'ai pris la parole jadis à Delémont; je tiens à vous dire que je n'ai pas peur de m'exprimer ici. Si je ne m'étais pas inscrit, c'est que, d'emblée, j'avais observé que beaucoup de personnes l'avaient déjà fait.

Peut-être avez-vous deviné, Messieurs, que je suis d'origine suisse allemande. Les hasards de la vie ont voulu que ma famille, partie de Schaffhouse, fasse un crochet par la Tchécoslovaquie et la France avant de s'installer dans le canton de Vaud. Avec ces diverses origines, je ne suis peut-être pas si mal placé pour m'exprimer sur ce problème.

Peut-être n'a-t-on pas ici tous les éléments d'information nécessaires. Peut-être la procédure utilisée par M. Wilhelm va-t-elle être repoussée. Dans ce cas, elle devra renaître sous une forme ou une autre — une initiative par exemple — car le problème du Jura bernois existe; inutile de vouloir se boucher les yeux et le Conseil fédéral a dit dans deux passages essentiels de sa réponse, savoir «que la situation actuelle est inquiétante et que la population suisse, dans son ensemble, désire que la question jurassienne trouve bientôt une solution». J'ai souvent entendu dire que les séparatistes jurassiens portaient atteinte à l'équilibre politique suisse, qu'ils étaient en contradiction avec le système de notre pays, qu'ils menaçaient l'entente confédérale, laquelle a donné des résultats positifs pendant des siècles, bref, que leur vœu d'être séparés de Berne allait à l'encontre de nos principes suisses. Je vais vous choquer; je pense que c'est le contraire qui est vrai. Sur le plan des principes, notre équilibre suisse tient à notre fédéralisme. C'est vraisemblablement parce que nous sommes cantons romands, cantons du centre, grands cantons, cantons italien et grison, et précisément parce que nous sommes chacun protégés par notre individualité cantonale propre, que nous arrivons à vivre ensemble. Et c'est précisément au nom du fédéralisme que, constatant que pour des raisons que je ne veux pas discuter ici des régions d'un même canton sont profondément divisées par des questions de mentalité, de culture et d'affinités, je pense qu'il faudrait les séparer.

Si nous étions dans un pays non fédéraliste, comme la France, par exemple, une telle incompatibilité ne pourrait se régler que par une sécession. Dans ma jeunesse, j'étais partisan du Mouvement fédéraliste mondial, et, dans cet ordre d'idées, on peut dire que si l'Algérie, au lieu d'être un département français, avait été le canton d'une Confédération française, elle ferait encore peut-être partie de la France. Nous, Suisses, nous avons précisément le remède à une situation telle que celle qui se pose actuellement dans le Jura: notre fédéralisme. Il y a quelque temps, voyez-vous, le correspondant de la *Neue Zürcher Zeitung* en pays vaudois, parlant de ceux qui s'intéressent à la cause séparatiste

dans le canton de Vaud, s'étonnait de leur initiative, relevant qu'ils n'avaient guère de chances d'enthousiasmer et de passionner les foules vaudoises sur ce sujet. Il croyait faire une découverte. Or je pense que, précisément, il est bon que les cantons romands ne se passionnent pas nécessairement pour la cause des séparatistes mais bien pour le problème du Jura. Ce serait tout à fait contraire à l'esprit suisse, selon moi, que de voir les cantons romands appuyer le mouvement des séparatistes jurassiens et les cantons suisses allemands prenant le parti du vieux canton de Berne. Ce serait le cas si nous étions un pays centralisé comme la Belgique, mais, dans notre pays, une telle solution serait absurde et contraire à toute notre histoire. J'imagine qu'un Schaffhousois — je m'appelle bien Baechtold — ou qu'un Suisse de Schwyz ou des Grisons peuvent parfaitement avoir, sur le sujet du fédéralisme et du Jura bernois, les mêmes opinions qu'un Vaudois. Je vois parfaitement l'équipe des Confédérés que nous sommes, Suisses allemands, Suisses italiens ou Suisse romands, dire à nos amis bernois, au sens large: «Si vous n'arrivez pas à vous entendre entre régions, séparez-vous avant de vous haïr et peut-être de vous battre.» Si une discussion doit avoir lieu ici, c'est bien dans cette salle fédérale; et si j'ai pris la parole, Monsieur Gassmann, à Delémont, ce n'était pas comme représentant vaudois, c'était comme conseiller national.

Il est clair que si le mouvement séparatiste ne s'appuyait pas sur l'ensemble des autres Confédérés, Suisses romands, Suisses italiens et Suisses allemands, il scierait sa position.

Et maintenant, je dirai un dernier mot au sujet de la solution de la séparation — car c'est bien à elle que vous pensez, Monsieur Wilhelm, quand vous demandez au Conseil fédéral de débloquer la situation. Cette solution ne devrait donc pas nous faire peur, précisément parce que «séparation» dans notre système suisse signifie «fédéralisation». Ce que je crains, ce qui m'effraie, c'est au contraire le maintien du statu quo, c'est-à-dire la coexistence haineuse.

L'autre jour, nous venions de siéger en commission au-dessus du lac de Thoun. Je regardais le lac et une Bernoise qui avait entendu que j'étais Romand me dit avec beaucoup de dignité: «C'est beau, hein! ce paysage. Nous n'avons pas besoin du Jura pour être fiers de notre canton.» Cette réflexion, toute désabusée qu'elle était, était significative et mon vœu c'est qu'on demande bientôt des deux côtés la séparation, car si l'on veut mettre fin à des dizaines d'années de discorde, c'est, hélas! la seule solution — du moins c'est ma conviction. On ne ressoudera pas les intéressés et nous perdons notre temps ici — je regrette de le dire, hélas! — en discutant «séparation» ou «non-séparation». Ce problème est malheureusement aujourd'hui dépassé. La seule question est celle des moyens, des modalités, des méthodes de cette séparation.

C'est dans ce sens que j'appuie la motion de notre collègue Wilhelm.

**M. Chevallaz:** Je tiens à souligner ce qui nous paraît, à nous Romands, particulièrement douloureux dans cette affaire. C'est la profonde division du peuple jurassien en séparatistes et en antiséparatistes, les uns et les autres profondément attachés à leur petit pays, profondément sincères, profondément acharnés. C'est le climat de passion qui s'est développé entre citoyens d'un pays qui nous est proche et qui nous est cher. Division, je le



souligne, que ne sauraient effacer des interventions venant du dehors, ni des procédures juridiques les plus ingénieuses ni, reconnaissons-le aussi, le seul jeu des majorités. Le mal du Jura est moins dans son statut politique que dans cette division. La solution finale sera moins dans la séparation ou dans le maintien du statu quo, que dans le retour à une réelle cohésion jurassienne.

En attendant, je me bornerai, à l'appui de la réponse du Conseil fédéral à la motion Wilhelm, aux constatations suivantes:

Nous ne contestons pas le droit des Jurassiens — s'ils en marquent, d'une manière démocratique, la volonté — de former un canton séparé en tout ou en partie.

Je considère aussi que l'additif constitutionnel bernois du 1er mars 1970, auquel nous avons donné notre garantie, engage un processus démocratique dans le cadre de notre Etat de droit et de nos institutions, assurant aux Jurassiens, en bloc ou par district, le droit de choisir leur sort, le droit à l'autodétermination.

Nous exprimons le vœu que cette votation ait lieu dans des délais assez rapprochés. Nous entendons surtout que cette consultation s'effectue dans les pleines conditions de la liberté démocratique. Cela implique sans doute que l'ordre devra être tenu avec toute la fermeté nécessaire, la protection des citoyens assurée, comme leur liberté d'expression, à l'encontre de toute menace, de toute contrainte ou de toute violence.

Mais beaucoup plus et beaucoup plus loin qu'un recours à la gendarmerie, une telle consultation exige de la part des parties affrontées le respect des règles du jeu démocratique. Ce sont d'abord des règles de comportement et d'attitude, mais nous voudrions qu'elles soient aussi et surtout une manière de penser et une manière de sentir entre gens du même sang. Nous n'ignorons pas combien, en de longues années d'affrontements, le potentiel de passion s'est accru de part et d'autre et combien se sont comptabilisés et démultipliés ressentiments et griefs. Nous ne sommes pas là pour en juger. Mais comme il ne saurait guère y avoir d'autre décision démocratique que la consultation prévue et garantie par nous, il est nécessaire que chacun, que chaque parti s'impose l'effort d'égard au prochain, de respect de la diversité d'opinions, sans lesquels il n'y a pas de démocratie, sans lesquels il n'y aura jamais de Jura retrouvant son unité, mais une foire d'empoigne interminable dans un canton séparé ou dans le statu quo.

Ce comportement de modération et de raison exige, nous le savons, de la part des responsables politiques un effort considérable de maîtrise d'eux-mêmes, d'abord, et de maîtrise de leurs troupes, ensuite, car il est plus facile de souffler sur le feu politique que de le modérer. Mais nous devons bien affirmer ici qu'une cause se déconsidère par ses excès et qu'elle se valorise par la fermeté dans la modération. Nous attendons donc encore, en dernière analyse, de nos amis jurassiens cet effort nécessaire de maîtrise, cet effort pour retrouver d'abord un peu de leur cohésion et régler si possible entre eux leurs problèmes sans l'intervention d'un arbitre fédéral. C'est parce que nous voulons garder cette confiance dans le Jura tout entier, c'est parce que nous avons cet espoir de son unité retrouvée, que nous estimons la motion Wilhelm inactuelle, en souhaitant que sa nécessité ne s'impose jamais si ce n'est que comme *ultima ratio* pour régler, hélas, le sort d'un peuple qui n'aurait pas pu trouver son unité. Il faut laisser s'accomplir la procédure démocratique en cours.

Nous approuvons la réponse du Conseil fédéral, mais c'est des Jurassiens eux-mêmes et non de l'autorité fédérale que viendra la réconciliation par mutuelle estime.

**Bächtold-Bern:** Mein lieber Kollege Wilhelm, vor einigen Jahren haben wir uns im Jura in Ihrem Heim freundschaftlich über das Juraproblem unterhalten. Wir hofften damals noch beide, dass eine Lösung gefunden werden könne. Heute scheinen Sie diese Hoffnung aufgegeben zu haben und verlangen einen eidgenössischen Schiedsspruch. Wie mein Kollege Gilbert Bächtold bin ich in dieser Sache nicht vorbelastet; meine Vorfahren sind vor 400 Jahren von Bern ausgewandert — ich weiss nicht warum —; ich bin im Kanton Schaffhausen geboren und aufgewachsen, habe lange Zeit in Zürich gelebt und bin dann vor ungefähr 30 Jahren reumütig nach Bern zurückgekehrt.

Es wurde hier bereits erwähnt, dass Vorwürfe heute nichts nützen, sowenig wie Feststellungen über die Vorgeschichte des Juraproblems. Wenn eine Minderheit eine Verständigung nicht will, so ist auch die staatliche Autorität machtlos. Das beweist die Geschichte zur Genüge. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an einen Ausspruch von Ex-König Michael von Rumänien: tausend militante Kommunisten hätten die Staatsform seines Landes fast über Nacht umgestürzt. Ich weiss, dass Sie das nicht wollen, Kollege Wilhelm; aber ich halte es mit Kollege Mugny: wir sollten die Türe nicht zuschlagen. Ich schlage mit ihm vor, bzw. stelle den Antrag, die Motion als Postulat zu überweisen, eben um die Türe offen zu lassen. Man sollte aber die Abklärungen innerhalb des Kantons Bern abwarten und dann wenn nötig die Vermittlung ganz unkonventionell versuchen, nicht mit einer Kommission; denn wir haben ja in den letzten Tagen festgestellt, dass wir bereits zu viele Kommissionen haben. Wir sollten also auf eine andere, unkonventionelle Art versuchen, eine Lösung zu finden, zum Beispiel mit einem Parlament von Freiwilligen aus ganz verschiedenen Kreisen. Ich erkläre mich hier schon bereit, mitzumachen. Wir haben es ja schon einmal versucht, in der sogenannten Kommission der 24, aber ohne Erfolg; es war eben eine Kommission. Aber Sie, Kollege Wilhelm, müssen selbstverständlich mitmachen, eine demokratische, menschliche Lösung zu finden. Sie müssen auch Ihre Leute für eine solche gewinnen.

**M. Wilhelm:** S'il fallait une preuve supplémentaire de l'importance et de la gravité de la question jurassienne, la longueur du débat d'aujourd'hui, le premier dans cette enceinte sur le fond du problème, la fournirait de toute évidence. Un débat où la passion et, malheureusement, la rogne et la grogne ne sont pas absentes, surtout du côté bernois où le désarroi est patent et où l'on sait bien, même sans vouloir l'avouer, que la machinerie cantonale «poudre aux yeux» qui a été mise en marche est d'ores et déjà grippée et condamnée, et qu'elle sert d'abord à retarder des échéances inéluctables. Que cette procédure bernoise continue et qu'une session du Grand Conseil soit même prévue en novembre prochain pour l'appliquer, tout cela ne change rien à l'affaire car elle ne conduit à rien cette procédure, sinon à une impasse, à un accroissement de l'insécurité en tous domaines, et même à des explosions fort dangereuses. Berne ne voulant rien lâcher, même pas sur le plan élémentaire des cercles électoraux, comment s'étonner dès lors d'un tel blocage? Le professeur Lüthy, il y a



plusieurs années, avait déjà mis en garde les autorités contre «ces solutions de rechange compliquées, tortueuses et peu convaincantes», succédant de celles qu'impose le système suisse actuel, soit la création d'un canton ou de deux demi-cantons. Une négociation dans ce sens s'impose donc et il faut mettre au point les moyens d'y parvenir, sur le plan juridique en particulier, domaine où la Confédération pourrait exercer une influence décisive.

Dans son rapport écrit publié ce matin, le Conseil fédéral me reproche de ne pas fournir d'indications au sujet des modalités de l'intervention fédérale requise, laquelle de toute manière n'aurait rien à voir évidemment avec telle autre intervention qui sent la répression militaire et qui est revendiquée par certains, même dans cette salle. Or c'est à dessein, précisément, que je n'ai pas voulu lier l'Exécutif fédéral, afin de lui laisser la plus grande liberté d'action possible. Mais il va de soi que, sur le plan de la définition du droit en particulier — Me Fontanet y a fait allusion excellemment tout à l'heure — le Conseil fédéral peut envisager toute forme d'intervention valable et efficace fût-ce vis-à-vis d'un grand canton tel que le canton de Berne, dès lors que le rétablissement de la justice et de la liberté dans tous les peuples de la Confédération, y compris celui du Jura, doit être un axiome premier de la politique fédérale.

Devant une situation aussi dramatiquement bloquée, comment le Conseil fédéral peut-il faire preuve, somme toute, d'un complexe de timidité et d'infériorité? Aurait-il peur de son propre courage, lequel marque, il est vrai, quelques progrès intéressants sous l'égide du conseiller fédéral Furgler auquel je rends hommage, mais ne saurait encore suffire pour échapper à l'impasse actuelle? En effet, plus le temps passe et plus cette impasse s'aggrave, si bien qu'un déblocage s'impose. La Confédération en possède les clefs et c'est sous sa seule égide que les deux monades à la Leibniz qu'on distingue de chaque côté depuis des décennies — deux décennies en tout cas — pourront être mises sur une même longueur d'onde. C'est avec le Conseil fédéral seulement que les deux peuples constitutionnellement reconnus du canton de Berne pourront enfin discuter d'égal à égal et non plus de David à Goliath, aux termes mêmes d'ailleurs du développement écrit de ma motion, développement qui a été rédigé il y a six mois maintenant, mais auquel je n'ai rien dû modifier depuis lors, ce qui est précisément un test de l'impasse dont on parle aujourd'hui.

Quant au débat qui vient d'avoir lieu, il est intéressant à plus d'un titre et je remercie la plupart des intervenants pour leur compréhension, pour leur ouverture aux problèmes. Les dix minutes prescrites, même au motionnaire, ne me permettent pas de répondre à chacun en détail. J'ai certes peu apprécié le maccarthysme, le manichéisme, le quasi-fascisme de plusieurs orateurs bernois ou pro-bernois: tous les disques les plus usés ont été entendus et je n'ai senti aucune nuance, aucune sympathie vis-à-vis d'un petit peuple qui a besoin, beaucoup plus que d'autres, d'amitié, d'affection, de compréhension surtout, car comprendre c'est la condition d'aimer; d'un petit peuple qui toujours plus est mis au ban de la Confédération sur la plupart des plans. Pensez aux routes nationales: avec Appenzell Rhodes-Intérieures, nous avons le privilège de ne pas en avoir un mètre!

Le propre des faibles est d'attaquer pour se défendre, et des faibles il y en a eu beaucoup ce soir, puisque même M. Schürch, par exemple, s'est abaissé à des

attaques personnelles sur ma famille, sur mes origines. Or si l'on choisit ses amis, on ne choisit pas sa famille et personnellement je suis fier de ma famille; l'important n'est pas l'étiquette du flacon mais ce qu'il y a dedans; l'important dans la vie n'est pas de qui on est né, mais pour qui!

A M. Schaffer, mon collègue du bureau, je dirai simplement que pour les Jurassiens, si leur capitale intellectuelle et culturelle est Paris, ils ne préfèrent pas du tout le drapeau tricolore au drapeau suisse. Bien au contraire. Ils veulent devenir un canton suisse, il n'y a à pas d'équivoque possible. C'est d'ailleurs leur droit strict, quelles que soient les simplifications hâtives et les conclusions hors cadre du professeur Hofer également.

Quant à la division des Jurassiens, on pourrait en parler longtemps. Mais la responsabilité bernoise en la matière est établie. En effet, cette division n'est pas le fait des Jurassiens, car ceux-ci étaient bien moins divisés en 1815 que les Suisses eux-mêmes avant l'annexion du Jura à Berne. C'est Berne, mettant en pratique le vieil adage *Divide et impera* — diviser pour mieux gouverner ou asservir — qui a créé de toutes pièces cette division des Jurassiens. Messieurs Kohler, Chevallaz etc., permettez aux Jurassiens de se gouverner eux-mêmes et tout rentrera dans l'ordre très rapidement, j'en suis convaincu.

Qu'en est-il du fameux droit que nous concède le canton de Berne? Pour n'en citer qu'un, vous savez qu'il y a toujours un siège de conseiller aux Etats qui est réservé au Jura par tradition, mais celui-ci est nommé par l'Ancien-Canton et il doit fournir des gages en conséquence. Ce ne sont pas les Jurassiens eux-mêmes qui le choisissent. Il y a là une maldonne qui existe et contre laquelle on ne peut rien faire, pour le moment du moins.

J'ai été très sensible aussi à l'intervention de notre collègue M. Gerwig, même si je souhaite bien sûr que sa comparaison avec l'Irlande par exemple ne soit jamais réalité. Sa proposition m'a tenté, je l'avoue; elle est très intéressante. Il y a là un petit ton paternaliste qui ne m'a cependant pas gêné dans la mesure où il traduisait un idéalisme de style Nicolas Jaquet que nous aimons bien dans le Jura et qui est un homme de réflexion et d'idéal.

Quant à la proposition faite, force est bien de constater *nolens volens* qu'une certaine phase a été atteinte, qu'un certain wagon est maintenant sur les rails, et qu'on ne peut guère modifier les choses, puisque M. Bircher, par exemple, a dit que même sous forme de postulat il refuserait cette motion. C'est pourquoi, tout compte fait, j'ai pris mes responsabilités sans aucun souci de prestige, d'orgueil ou de rentabilité parlementaire ou autre. Je vous demande simplement, à vous-mêmes, de prendre vos responsabilités à votre tour.

En bref, j'applaudis à toutes les bonnes volontés qui ont été témoignées ce soir et qui dénotent un progrès par rapport au blocage actuel. Je souhaite qu'une solution puisse être dégagée et que ce débat y ait contribué; car l'affaire jurassienne est si grave, pour l'avenir de la Suisse également, pour le bien commun au sens constitutionnel de ce terme, qu'elle ne peut pas être reléguée dans un tiroir, dans le style postulat par exemple.

La Confédération peut et doit intervenir. Le temps presse. Les prochains mois assurément, et peut-être malheureusement, le prouveront. Que chacun prenne ses responsabilités.



Bundesrat Furgler: Es kann nicht bestritten werden, dass das Juraproblem uns alle angeht, ist es doch so, dass in einer Eidgenossenschaft jeder Krankheitsherd auch scheinbar weit entfernte Organe, Stände, mittrifft. Wir sind also alle daran interessiert, Lösungen zu finden. Und das scheint mir die erste wichtige Erkenntnis, auch der heutigen Debatte, dass diese Eidgenossenschaft und in ihr jeder Stand, der schwierige Fragen zu lösen hat, dank der Bereitschaft zum Dialog über eine viel grössere schöpferische Kraft verfügt, als man das gemeinhin annimmt. Ich wage zu behaupten, dass dieser Staat dank dem Willen der grossen Mehrheit seiner Bürger in der Lage ist, auch das Juraproblem zu meistern. Wir müssen uns das zutrauen, und indem wir es tun, erklären wir eindeutig, dass in einer Demokratie, in einem Rechtsstaat, nie Platz für Gewalt ist, nie Platz für doppelte Legalität. Wir sind es uns selbst schuldig, eine offene Auseinandersetzung zu wagen, wenn es um entscheidende staatspolitische Fragen unseres Staates geht. Ich möchte hoffen — das ist gegenüber Herrn Wilhelm von Bürger zu Bürger gesprochen —, dass alle, die wirklich an der Lösung dieses Problems interessiert sind, welches Ziel — Erhaltung des Status quo, verstärkte Autonomie, oder Loslösung vom Kanton Bern — sie auch immer anstreben, diesen Mut zum Gespräch aufbringen und ihn unter Beweis stellen. Ich glaube, dazu sollte sich der Herr Motionär heute mit seiner Gruppe bereitfinden.

Es kann sodann nicht bestritten werden, dass im Jura ganz verschiedene Strömungen festzustellen sind. Ich hatte in diesen anderthalb Jahren meiner Amtstätigkeit Gelegenheit, im Auftrag des Bundesrates mit vielen Gruppen Kontakt aufzunehmen. Einigermassen fassbar geschlossen ist der Nordjura mit Bezug auf die Zielsetzungen, die von Herrn Wilhelm dargelegt worden sind. Es werden auch die Herren in diesem Saal, die aus dem Jura kommen, nicht bestreiten, dass der Südjura wesentlich mehr Tendenzen zur Lösung des Juraproblems aufzeigt, als Herr Wilhelm dies wahrhaben möchte. Das darf uns aber gar nicht erstaunen. Wir können nur geschichtsbezogen an die Lösung von Gegenwartsproblemen herantreten, wenn sie auch in der Zukunft Bestand haben soll. Wenn ich die Landeskarte aufschlage und die Haupttäler dieses uns allen so lieben Gebietes und Volkes betrachte, dann versteht sich fast von selbst, dass eben auch in diesem kleinen Raum der Schweiz verschiedene Strömungen — weil verschiedenartige Menschen dort leben — vorhanden sind. Die sieben durch Berg- und Hügelzüge voneinander getrennten Haupttäler prägten die Leute, die dort leben. Wenn ich etwa an das Tal von Moutier denke, mit der Oeffnung gegen Mittelland—Aaretal—Biel, dann ist es selbstverständlich, dass dort die Menschen anders politisieren als jene, die ganz im Nordzipfel, Richtung Frankreich, um ihre Existenz ringen.

Man könnte sich freilich die Frage stellen, wie denn eine Einheit zu erreichen sei, wo sich die Menschen deutlich zu verschiedenen Zentren hingezogen fühlen: ein solches ist Basel, ein geistiges und ein Wirtschaftszentrum, ein weiteres im Neuenburger Jura, in Richtung La Chaux-de-Fonds, ein weiteres im Laufental, mit einer noch zu definierenden politischen Grundhaltung. Ich fühlte mich um so mehr verpflichtet, auf diese Sachlage hinzuweisen, als der bernische Verfassungszusatz, der auch vom Herrn Motionär begrüsst worden ist, von sieben Amtsbezirken spricht, die den Jura bilden.

Man kann also nicht einfach einzelne dieser Amtsbezirke ignorieren oder gar streichen.

Wenn ich nicht darob erschrecke, dass hier eine Einheit nicht so leicht gefunden werden kann, so deshalb, weil ich eben an die schöpferische Kraft in unserem System glaube, an den schöpferischen Menschen, wenn er die Gelegenheit zum Gespräch sucht und benützt. Sind die Gesprächsaussichten so hoffnungslos? Ich bin allen dankbar, die den Versuch zum Sarkasmus unterdrückt haben, die sich bereit gefunden haben, so offen miteinander nach Lösungen zu suchen.

Ich darf in Erinnerung rufen: Es gibt an und für sich drei mögliche Ziele. Sie wurden bereits von der Kommission Petitpierre genannt, die hier auch erwähnt werden muss, weil auch sie den Willen des Bundesrates bezeugt, die guten Dienste nicht nur theoretisch, sondern de facto anzubieten. Diese Ziele sind die Trennung (Extremlösung) — vom Motionär verlangt —, die verstärkte Autonomie (eine Mittellösung) — die im Bericht der Berner Regierung, auf den ich noch zu sprechen komme, sehr ausführlich behandelt wird —, und die Beibehaltung des Status quo. Das sind die drei, ich möchte sagen, materiellen Möglichkeiten. Nun fordert der Herr Motionär den Bundesrat auf, er möge, ich zitiere, «forcer une solution valable».

Wie steht es aber mit dieser Aufforderung in bezug auf die Realisierbarkeit? Hätte der Bundesrat die rechtliche Möglichkeit, auftragsgemäss zu handeln? Der Bundesrat hat versucht, in der Antwort auf die Motion klar darzulegen, weshalb die Rechtslage ihm verbietet, dieser zwingenden Aufforderung des Motionärs nachzukommen. Ich möchte hier betonen, dass das nicht etwa eine Flucht ins Recht ist, wie Herr Gerwig beim Suchen nach anderen Lösungsformen es angedeutet hat. Auch wir wollen nicht, dass *summum ius, summa iniuria* sei. Aber ich halte dafür, dass gerade der Kleinstaat und der einzelne suchende Mensch in diesem Kleinstaat — und ein solcher ist doch Herr Wilhelm, ist doch die Gruppe, die er vertritt — alles Interesse daran haben, das Recht zu wahren, sich auf das Recht abzustützen, weil ja nur dank der Rechtsstaatlichkeit der Eidgenossenschaft im Frieden neue Lösungen gesucht und gefunden werden können, die Bestand haben, die auch von anderen respektiert werden. Ich bitte Sie um Verständnis, wenn ich auch jetzt gezwungen bin, aus eindeutigen rechtsstaatlichen Ueberlegungen zu bestätigen, was der Bundesrat bereits schriftlich formuliert hat, nämlich dass er derartige Aufträge nicht übernehmen kann, obwohl er sich sehr um das Problem kümmert.

Darf ich ganz kurz in Erinnerung rufen, dass Herr Wilhelm, als der Bevölkerung des Juras das Recht auf Selbstbestimmung zuerkannt wurde, den bezüglichen Verfassungszusatz persönlich als grossen Fortschritt bezeichnet hat. Man sprach von Sieg. Wohl erwähnte man einzelne Vorbehalte zu Artikel 8, der die Stimmberechtigung regelt, aber man hat den ganzen Verfassungszusatz *expressis verbis* anerkannt. Das ist eine erste bedeutende rechtliche Feststellung, die ich hier treffen muss. Wenn Sie Artikel 43 der Bundesverfassung, mit der bekannten Karenzfrist von drei Monaten, ändern wollen, dann muss — das hat Herr Wilhelm vielleicht übersehen — auch Artikel 8 des Verfassungszusatzes wiederum geändert werden, des Verfassungszusatzes, dem Sie hier im Parlament die eidgenössische Gewährleistung erteilt haben. Wir haben allen Grund, das selbst geschaffene Recht ernst zu nehmen. Eine andere Lösung gibt es



rechtsstaatlich nicht. Von der Respektierung unseres Rechts können uns auch ausländische Gutachter nicht dispensieren.

Nun hat der Regierungsrat des Kantons Bern in seinem Bericht vom 19. September 1972 über die Bildung von Regionen und die Ausgestaltung des Jurastatus verschiedene Ansatzpunkte aufgezeigt, die nach meiner Ueberzeugung auch von den Gesprächspartnern im Jura, die sehr rasch erklärt haben, nichts davon wissen zu wollen, neu überdacht werden sollten.

Sie finden, Herr Motionär, deutliche Ansatzpunkte, die Ihrer eigenen Zielsetzung entsprechen, hat sich doch die Regierung zu allen wesentlichen Punkten ausgesprochen. Ich erwähne vorab die Nationalratswahlkreise (Art. 73 BV), deren Aenderung in den Kompetenzbereich des Bundes fällt und worüber, wie Sie wissen, bereits ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt worden ist, worüber also ernsthaft nach Lösungen gesucht wird. Das wird auch von der Berner Regierung voll anerkannt. Ein weiteres Problem, das vor allem von den verschiedensten Gruppierungen des Juras immer wieder aufgegriffen worden ist, betrifft die Möglichkeit der Veränderung der Regierung, sei es durch Erweiterung, sei es auf jeden Fall durch Einsitznahme weiterer Gruppen, die bisher noch nicht an der Regierung beteiligt waren. Ich darf auf den Antrag 28 verweisen.

Der Respekt vor dem kantonbernischen Recht, vor den Hoheitsrechten auch des bernischen Parlaments, verbietet mir hier, die Verhandlungen vom kommenden November zu präjudizieren. Aber ich möchte ganz einfach sagen: So wie ich den Bericht, auch die Aufforderung an alle Mitglieder des bernischen Grossen Rates, dazu Stellung zu beziehen, verstanden habe, erwartet die Regierung des Kantons Bern keineswegs, dass ihre Anträge unverändert akzeptiert oder verworfen werden, etwa nach dem Motto «C'est à prendre ou à laisser». Sie lädt die mitverantwortlichen Parlamentarier, also auch alle aus dem Jura, vielmehr ein, den eigenen Standpunkt vorzubringen. Bietet sich hier nicht die Möglichkeit zu einem sehr substantiellen Gespräch? Ich erinnere in diesem Zusammenhang noch an ein weiteres wichtiges Problem, nämlich an den «Conseil jurassien», der in der Diskussion auch angesprochen worden ist und über dessen Kompetenzen der Bericht der Berner Regierung interessante Feststellungen enthält. Aus all diesen Gründen ist der Bundesrat der Meinung, dass der Zeitpunkt zur Deblockierung durch Aufnahme des Gesprächs eindeutig gekommen sei.

Unser Rechtsstaat kann nicht weiterentwickelt werden, wenn das Parlament schweigt. Ich könnte mir nicht vorstellen — auch bei allem Respekt vor völlig anderen Auffassungen einzelner Gruppen —, dass wir uns hier zu einer Praxis zusammenfänden, die darin bestünde, schweigend einander gegenüberzusitzen. Wesensmässig gehört doch zur schweizerischen Demokratie, zum eidgenössischen und zu den kantonalen Parlamenten die innere Verpflichtung des Parlamentariers, seine Ueberzeugung darzustellen. Ist es daher zuviel verlangt, wenn der Bundesrat in seiner bewusst konstruktiv gehaltenen Antwort — es ist nicht einfach ein Nein zum Motionär, weil ich dessen innerstes Anliegen, das Suchen nach neuen Lösungen zu verspüren glaube — zum Ausdruck bringt: Benutzen Sie bitte zuerst die Möglichkeiten, die das kantonbernische Recht anbietet. Das bedeutet freilich nicht, dass wir in den Ausstand treten; wie der Bundesrat sich schon bisher — ich darf erneut an die Kommission der guten Dienste erinnern — für gute

Dienste bereitgefunden hat, hält er sich auch weiterhin zur Verfügung. Ich habe jedes Gespräch, um das im Laufe der vergangenen anderthalb Jahre nachgesucht worden ist, mit Freude aufgenommen und stets versucht, es konstruktiv zu gestalten.

Es schien mir von Bedeutung, auf diese Ansatzpunkte im Bericht, dem sogenannten Vortrag des Regierungsrates an den Grossen Rat, hinzuweisen. Und es scheint mir noch bedeutsamer, unseren Mitbürgern im Jura heute sagen zu dürfen: Fortschritte in der Demokratie lassen sich nur durch die Anwendung unserer eigenen Rechtsnormen und vor allem durch das gegenseitige Gespräch erzielen. Niemand würde dabei das Gesicht verlieren, niemand. Wenn Herr Villard mit bewegten Worten auf den Föderalismus hingewiesen hat («s'il est encore vivant chez nous»), so habe ich das so verstanden, dass ein lebendiger Föderalismus auch des Gesprächs der verschiedenen Gruppen bedarf. Sonst trifft eben das zu, was als Möglichkeit aufgezeigt worden ist, nämlich dass er stirbt. «Innover», «créer», diese beiden Tätigkeiten sind jedem Parlamentarier nicht nur erlaubt, sondern in Auftrag gegeben, wenn er schwierige staatspolitische Fragen zu lösen hat. Im übrigen geht es selbstverständlich nicht an, dass man in unserem Föderativstaat, welcher Gemeinden, Kantone und den Bund mit klaren Rechtskompetenzen ausstattet, alle Mittelstufen überspringt und sich einfach an den Bundesrat wendet, damit er eine Lösung anbiete. Herr Wilhelm weiss — der Bundesrat hat das in seiner schriftlichen Antwort ausdrücklich festgehalten —, dass die Anwendung von Artikel 16 der Bundesverfassung an ganz bestimmte Voraussetzungen geknüpft ist, die nicht ignoriert werden dürfen. Eine Intervention läge nicht einmal im Interesse jener, die jetzt eine solche verlangen. Von Artikel 73 der Bundesverfassung habe ich bereits gesprochen; ich rufe noch einmal in Erinnerung, dass hier das Verfahren läuft. Aber ich füge in Klammern bei: Mit dem «Cercle électoral», einer immer wiederkehrenden Forderung aus dem Jura, ist nichts gewonnen, wenn Sie nicht auch über alle anderen entscheidenden Punkte im Dialog zu Lösungen kommen. Sie können nicht erwarten, dass man Bundesrecht ändert, ohne dass auf kantonbernischer Ebene über die Vorschläge der Regierung überhaupt gesprochen wird. Wir haben festgestellt, dass Bundesrecht für die eidgenössischen Räte entscheidend sei. Ferner, dass die eidgenössischen Räte dem Verfassungszusatz des Kantons Bern die Gewährleistung des Bundes erteilt haben. Aus dieser Garantierklärung ergäbe sich für den Bundesrat auch der Auftrag, dafür zu sorgen, dass im Falle der auch vom Motionär erwähnten möglichen Abstimmungen das Funktionieren des Abstimmungsmechanismus sichergestellt würde. Ich glaube, Einigkeit herrscht in diesem Saale auch darüber, dass die Schaffung eines neuen Kantons die Aenderung der Bundesverfassung zwingend voraussetzt.

Der vorerwähnte Artikel 16 darf, ich betone es noch einmal, nicht einfach isoliert bewertet werden. — Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Das eidgenössische Recht kennt zurzeit weder in der Verfassung noch in einem Gesetz einen Artikel, der die Trennung von Kantonen oder die Fusion mehrerer Kantone vorsähe. Die bezügliche Rechtslage ist Ihnen aus der Diskussion um die Vereinigung von Baselland und Basel-Stadt sicher noch in Erinnerung. Weil solche Normen im eidgenössischen Recht fehlen, hat der Kanton Bern den entsprechenden Verfassungszusatz beschlossen und damit auch die Möglichkeit geschaffen, die Herr Wilhelm anstrebt,



nämlich die Trennung des Juras vom Kanton Bern. — Wir haben (und da möchte ich mich an Herrn Gassmann wenden) mit Bezug auf diesen Artikel 16 BV doch festzuhalten, dass nach unseren Rechtsgrundsätzen ein Kanton verpflichtet ist, auf seinem Territorium selber für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Der Bund kann, als *ultima ratio*, erst handeln, wenn der Kanton dazu nicht mehr in der Lage ist. Es geht also nicht an, das primäre Recht und die primäre Pflicht des Kantons einfach zu ignorieren.

Liegen einmal ausserordentliche Situationen vor, die eine Intervention nach Artikel 16 BV notwendig machen, so kann der Bundesrat auch aus eigenem Antrieb handeln, wobei er selbst feststellen müsste, dass der Kanton nicht mehr in der Lage ist, Ruhe und Ordnung zu wahren. Dabei ginge es in erster Linie darum, möglichst rasch den normalen Rechtszustand wieder herzustellen. Aber einfach zu intervenieren, wie das in der Motion verlangt wird, würde der bestehenden Rechtslage widersprechen.

Daraus darf aber nicht auf Passivität der Bundesbehörden geschlossen werden. Es ist doch zu unterscheiden zwischen einer Intervention zugunsten eines Gliedstaates und den guten Diensten, die der Bundesrat in seiner Antwort an den Motionär erneut *expressis verbis* angeboten hat. Sie wissen, dass wir mit den interessierten Kreisen im Jura und zusammen mit der Regierung des Standes Bern in echt freundeidgenössischem Bemühen nach Lösungen suchen. Der Regierungsrat des Kantons Bern weiss, dass man an diesen Aussprachen in aller Offenheit um die schöpferische Kraft gerungen hat und auch weiterhin darum ringen wird, damit das Jura-problem endlich gelöst werde.

Ich lade deshalb — und damit komme ich zum Schluss — den Herrn Motionär ein, auch dafür zu sorgen, dass die Enteisung, die heute eingetreten ist, Früchte trage, damit in der kommenden Novembersession jene Kreise, die einen Kanton Jura gründen wollen, ihre Vorschläge eindeutig zur Darstellung bringen und am Gespräch teilnehmen; ebenso diejenigen, welche die erweiterte Autonomie wollen. Dann nämlich lässt sich nach Ausschöpfung der rechtsstaatlichen Möglichkeiten feststellen, welche Fortschritte bei der Lösung des Jura-problems erreicht wurden.

Dass der Bundesrat die Motion ablehnt, versteht sich aufgrund unserer eigenen Rechtsnormen. Der Bundesrat kann nicht zur Intervention gezwungen werden, wie Herr Wilhelm sie verlangt; aber der Bundesrat kann weiterhin die guten Dienste zur Verfügung stellen, und Herr Wilhelm kann weiterhin im rechtsstaatlichen Rahmen Lösungen anstreben. Doch glaube ich nicht, dass er, der sich ja selbst zu unseren parlamentarischen Gepflogenheiten bekennt, mithelfen darf, dass dort geschwiegen wird, wo man sprechen muss. Auf diese Weise tötet man unsere Demokratie. Diese Art Marschbefehl an eigene Gesinnungsfreunde ist — das ist meine persönliche Auffassung — in einer rechtsstaatlichen Demokratie kein erlaubtes Mittel.

Ein Letztes. Herr Gassmann und Herr Wilhelm sprachen auch von militärischen Besetzungen im Jura. Ich habe die Geschichte genau studiert, und ich nehme an, dass Sie das gleiche auch taten. Militärische Besetzungen hat es im Jura nicht gegeben. Dass aber im Jura eidgenössische Truppen Dienst geleistet haben, genau wie in Genf, in St. Gallen und in anderen Kantonen, das trifft zu und versteht sich auch von selbst. Wir erinnern uns übrigens alle, aus dem eigenen Erlebnis und auch

aus dem Erlebnis unserer Väter, wie sehr Dienstleistungen im Jura dazu beigetragen haben, dass Menschen aus allen Landesteilen den Jura und dessen Leute schätzen und lieben gelernt haben.

Ich benütze also nicht das Recht als Fluchtweg, sondern als selbstverständliche Grundlage für das Suchen nach Lösungen in einer schwierigen Frage, und ich erhoffe mir von Ihrer Mitwirkung, dass es uns gelinge, dieser Lösung näherzukommen. Ich bin überzeugt, dass der Stand Bern, dass die Eidgenossenschaft dazu in der Lage ist.

**Le président:** Nous nous trouvons en présence de trois propositions. Le Conseil fédéral vous propose de rejeter la motion. M. Wilhelm vous invite à la transmettre au Conseil fédéral, et M. Mugny propose de la transformer en postulat. Le Conseil fédéral s'y oppose.

Dans une première votation, le Conseil devra se prononcer sur la question de l'adoption de la motion. S'il la rejette, il sera appelé à se prononcer sur la transformation de la motion en postulat. Cette procédure vous permet de vous prononcer en toute liberté et le plus clairement possible.

**Bundesrat Furgler:** Um Missverständnissen vorzubeugen, fühle ich mich verpflichtet, Ihnen zu sagen, weshalb der Bundesrat die Annahme der Motion in der Form eines Postulats für unmöglich erachtet. Es ist ganz einfach der zwingende Text, der vom Motionär selbst gewählt worden ist. Durch das «forcer une solution valable» hat Herr Wilhelm die Möglichkeit einer Umwandlung zum vorneherein ausgeschaltet. Ich darf aber noch einmal daran erinnern, dass der Bundesrat nach wie vor seine «guten Dienste» anbietet.

#### Abstimmung — Vote

Für Annahme der Motion	13 Stimmen
Dagegen	95 Stimmen
Für den Antrag Mugny (Annahme als Postulat)	29 Stimmen
Dagegen	90 Stimmen

Schluss der Sitzung um 20 Uhr

La séance est levée à 20 heures



## 11 678. Interpellation Schwarzenbach. Berner Jura — Jura bernois

*Wortlaut der Interpellation vom 12. Juni 1973*

Seit Jahren herrscht im Berner Jura ein Klima des Meinungsterrors, und politische Gegner der Separatisten sind an Leib und Gut gefährdet. Trotz allen Anstrengungen hat die kantonale-bernerische Regierung den von einer kleinen Gruppe von Agitatoren geschürten, undemokratischen Extremismus in den letzten Jahren nicht abzubauen vermocht. Wir fragen den Bundesrat:

1. Sind die Voraussetzungen zur Anwendung von Artikel 2 der Bundesverfassung im vorliegenden Falle nicht gegeben?

2. Was gedenkt der Bundesrat in Erfüllung seiner Aufgabe laut Artikel 102 der Bundesverfassung im Falle Berner Jura zu unternehmen?

*Texte de l'interpellation du 12 juin 1973*

Un climat de terreur partisane règne depuis des années dans le Jura bernois, où les adversaires des séparatistes sont menacés dans leur existence et dans leurs biens. En dépit de tous les efforts entrepris, le gouvernement cantonal bernois n'est pas parvenu, ces dernières années, à avoir raison de l'extrémisme antidémocratique qui y est attisé par un petit groupe d'agitateurs. Le Conseil fédéral est invité à répondre aux questions suivantes:

1. Les conditions requises pour mettre en application l'article 2 de la constitution ne sont-elles pas réunies en l'occurrence?

2. Que compte entreprendre le Conseil fédéral, dans le cas du Jura bernois, pour exercer ses attributions et s'acquitter de ses obligations, conformément à l'article 102 de la constitution?

*Mitunterzeichner — Cosignataires:* Bächtold-Bern, Breny, Fischer-Bremgarten, Graf, Jaeger-Basel, König-Bern, Müller-Zürich, Oehen, Reich, Salzmann, Zwiggart (11)

**Schwarzenbach:** Artikel 2 unserer Bundesverfassung verpflichtet den Bund zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern. Artikel 102 umschreibt weiter detailliert die Befugnisse und Obliegenheiten des Bundesrates innert der Schranken der gegenwärtigen Verfassung. Absatz 3: «Er wacht über die Garantie der kantonalen Verfassungen.» Absatz 10: «Er sorgt für die innere Sicherheit der Eidgenossenschaft, für Handhabung von Ruhe und Ordnung.»

Diese Verfassungsartikel und deren Nichtanwendung oder Minimalanwendung von seiten des Bundes und des Bundesrates liegen meiner Jura-Interpellation vom 12. Juni 1973 zugrunde. Herr Nationalrat Wilhelm hat in seiner Motion vom 28. November 1972, die er in der Sommersession dieses Jahres begründet hat, ebenfalls um die Intervention des Bundesrates nachgesucht — ich zitiere: «... um einen Ausweg zu finden und eine wirkliche Lösung zu erzwingen.» Er hat gleichzeitig in seiner Motions-Begründung dem Rat unmissverständlich gezeigt, dass er unter «erzwingen einer Lösung» einen einseitigen Entscheid zugunsten der Separatisten versteht; denn nach Wilhelm und seinen Getreuen lautet die Parole: «Wie immer Bern» (gemeint ist der Kanton)

«in dieser Angelegenheit weiter vorgehen wird, so steht das Scheitern seines Planes von vornherein fest.»

Meine Aufforderung an den Bund respektive den Bundesrat, sich im Berner Jura einzuschalten, zielt keineswegs auf das Erzwingen einer politischen Lösung, sondern auf die Schaffung eines Klimas für die im Bereich der Separatisten lebenden Schweizer Bürger, das einen allfälligen politischen Entscheid auf demokratischer und verfassungstreuer Grundlage überhaupt erst ermöglicht. Seit Jahren herrscht im Berner Jura ein Missklima des Meinungsterrors, und politische Gegner der Separatisten sind bedroht und gefährdet. Herr Bundesrat Furgler hat in seiner Antwort auf die Motion Wilhelm mit grosser Zurückhaltung zu verstehen gegeben, dass es in Wirklichkeit nicht in der Macht des Bundes liege, eine politische Lösung zu erzwingen, da die in Artikel 16 der Bundesverfassung festgelegten Voraussetzungen für eine eidgenössische Intervention nicht erfüllt seien. Herr Bundesrat Furgler hat ferner im vergangenen Juni der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass eine mit den Erfordernissen der Legalität und der Demokratie vereinbare Lösung gefunden werde. Der Bundesrat könne nicht zulassen, dass der Volkswille durch diktatorische Entscheidungen, durch Drohungen oder Gewalttätigkeiten beeinflusst oder gar ausgeschaltet würde. Er könne auch keine Entschuldigung für jene finden, die mit einiger Selbstgefälligkeit durchblicken lassen, dass früher oder später die Gewaltanwendung sich aufdrängen oder sich rechtfertigen könnte. Das war am 20. Juni.

Ihre milde Zurückhaltung, Herr Bundesrat, liess sich vermutlich damit begründen, dass Sie kein Öl ins Feuer giessen wollten und dass Sie sich wohl in Uebereinstimmung mit dem Gesamtbundesrat noch immer der Hoffnung hingaben, die Zeit werde eine Lösung bringen, die dem Bund Interventionspflichten erspare. Wer freilich die drohenden Untertöne und die Herausforderung hörte, die aus Herrn Wilhelms Motionsbegründung sprachen — einen Passus habe ich bereits zitiert, etwa das Gerede vom erreichten Höchstmass der möglichen Zugeständnisse und von der steigenden Ungeduld des Volkes, von weiterer Verhärtung und von dramatischem Zuwarten —, dem war schon im Juni die Nachsicht des bundesrätlichen Sprechers mit den separatistischen Provokateuren nicht mehr ganz verständlich. In unserem Ratssaal sitzt ein Zeuge der unhaltbaren Zustände im separatistischen Bereich, unser Kollege Herr Nationalrat Gehler. Er sass in der letzten Session da mit frisch verbeultem Kopf, das Werk von Fäusten, die zeigen wollten, was ein Béliet ist. Handfeste Methoden sind in unserer eidgenössischen Geschichte vielleicht nicht einmalig. Einmalig aber ist, dass es bei uns eine ganze Region mit Zehntausenden von Schweizer Bürgern gibt, in denen der weithin sichtbare Terror und das Faustrecht herrschen, und dass keine Staatsgewalt und keine Justiz derartige Vorgehen gebührend sanktioniert. Bei den Separatisten kann sich Herr Zieglers Paradies der doppelten Legalität ungeahndet entfalten, und es ist wohl kein blosser Zufall, dass die gleiche Druckerei, die diese separatistischen Produkte herstellt, auch die maoistischen Pamphlete fabriziert. Es herrscht da eine merkwürdige, allerdings nicht mehr ganz ungewohnte Kollegialität zwischen den separatistischen Christdemokraten von der «couleur» unseres Kollegen Wilhelm und den Gauchisten zieglischer Observanz. Dass im Jura ein unheimlicher Terror von seiten der Separatisten herrscht und dass die nichtseparatistische Bevölkerung wirklich einge-



schüchtern ist, das habe ich in meinen jüngsten Presseprozessen gegen die Béliers erlebt. Anonyme, glaubhafte Aussagen über die herrschenden Zustände waren in Hülle und Fülle vorhanden, immer aber mit der Begründung oder Entschuldigung: «Wir bitten Sie, unsere Lage zu verstehen, wir können es weder riskieren, unseren Namen zu nennen, noch gar als Zeuge vor Gericht aufzutreten.» — Sagen Sie, wo gibt es das in der Schweiz sonst? Ist ein solcher Zustand nicht eine Schande und eine unverzeihliche Schwäche und Laxheit sowohl der kantonalen wie der Landesregierung, die zur Garantie der Sicherheit aller Staatsbürger doch verpflichtet sind. Drei Monate sind seit der Einreichung der Interpellation wieder verstrichen, und wem inzwischen die Augen über die Separatisten nicht aufgegangen sind, dem werden sie solange nicht aufgehen, bis etwas Irreparables geschehen ist. Wie kann es der Kanton, wie kann es der Bund — Herr Bundesrat — einfach hinnehmen, dass da in Delsberg eine provisorische Regierung mit dem «Staatschef» Béguelin an der Spitze gebildet wird.

Nur eine kleine Zwischenfrage, um die Sache vielleicht etwas anschaulicher zu machen, so ganz nebenbei: Wie würde Herr Bundesrat Furgler als Chef des Justiz- und Polizeidepartements reagieren, wenn beispielsweise morgen ich mit meinen elf Fraktionskollegen eine provisorische schweizerische Oppositionsregierung bilden würde, nicht einfach ein Schattenkabinett, sondern eine einsatzbereite Regierung? Würden der hohe Bundesrat und hoffentlich auch dieses Parlament nicht in einen berechtigten Sturm der Entrüstung ausbrechen und einen solchen Schritt ähnlich beurteilen, wie wenn auf helvetischem Boden unter den Augen der Öffentlichkeit ein Staatsstreich vorbereitet und proklamiert würde? Ich hoffe, Herr Bundesrat, wenn einem unserer Parlamentarier etwas Ähnliches einfallen sollte, würden Sie sich auf Artikel 2 der Bundesverfassung sofort besinnen und entschlossen, mit aller Schärfe und mit der ganzen Ihnen zur Verfügung stehenden Macht- und Rechtsfülle einschreiten.

Warum also diese unbegreifliche Toleranz und Schwäche gegenüber der lächerlichen provisorischen Separatisten-Regierung, die ja unverschämt, unverhüllt, anmassend, frech, «faux témoin», mit Gewalt und Blutvergiessen droht, wenn ihren undemokratischen Forderungen, eigentlichen Ultimativen, nicht vollumfänglich nachgegeben wird? Im Kanton Bern scheint man endlich erwacht zu sein, nachdem Rauchbomben und Farbbeutel Herrn Jaberg vom Rednerpult vertrieben haben. Möge die Erkenntnis des Standes Bern möglichst rasch auf das andere Bern übergreifen, das für die Ordnung und Sicherheit der gesamten Eidgenossenschaft verpflichtet ist! Ich wage es nicht, dem Bundesrat zu raten, wie er handeln soll. Dieser Entschluss ist die Sache der sieben weisen Männer, die für einmal sicher sein können, dass sie die grosse Mehrheit des Parlamentes und des Schweizervolkes hinter sich haben werden.

Es war doch ein recht toller Sommer, Herr Bundesrat: Besetzung der Schweizer Botschaft in Brüssel, gleichzeitige Besetzung der belgischen Botschaft in Bern in Zusammenarbeit mit auflüpfischen Wallonen. Man hätte gehofft, dass unsere Polizeiorgane auf bernische oder eidgenössische Weisung diese «Saubannerzügler» bei der Rückkehr an der Schweizergrenze mindestens gebührend empfangen würden, und dass sie bis zu einer Aburteilung vorübergehend ins Kittchen wandern, und zwar die ganze Gesellschaft. Aber nichts von alledem!

Mit stürmischer Begeisterung wurden sie von ihren lieben Freiheitskämpfern im Triumphzug an der Grenze abgeholt und besetzten so als kleine Heimatdreingabe noch die Präfektur in Delsberg. Unwilliges Kopfschütteln der hohen Magistraten über solch dreistes Gebärden, weiter aber nichts! Inzwischen wurden zwei Béliers beim Diebstahl von Sprengkapseln erwischt, die zu Anschlügen benutzt werden sollten, trotzdem sie sich offiziell auf Gewaltlosigkeit eingeschworen haben wollen. Weil nichts geschah, rein nichts als eine Strafklage, folgte nun der letzte Streich in Saignelégier, der nun wenigstens die Berner Kantonalregierung wachgerüttelt hat.

Es handelt sich im Jura nicht um einen demokratischen Prozess der Selbstbestimmung. In diesem Rat wurde im Juni deutlich gesagt, worum es sich handelt: Es handelt sich um eine Revolte. Herr Gassmann erklärte: «Depuis 1947, dans le Jura la révolte est ouverte. La révolte du peuple jurassien est parfaitement légitime.» Eine Revolte aber unterdrückt man nicht mit besänftigenden Worten, sondern mit gezielten Massnahmen. Am Fest des jurassischen Volkes haben die maskierten Béliers in ihrem Umzug einen Wagen mitgeführt — warum übrigens die Maskierung, wenn man nichts zu verstecken hat? —, der drei Schweizer Soldaten zeigte, die einen jurassischen Separatisten füsilierten, und darunter stand als Spruchband auf dem Wagen: «Le rêve de Schwarzenbach.» Nein, militärische Intervention, Anwendung von Waffengewalt, das ist nicht der «rêve de Schwarzenbach». Damit es nicht so weit kommen muss, habe ich meine Interpellation gestartet. Man lege endlich den zeichnenden Rädelsführern dieses Handwerk, man ziehe die Mitglieder der provisorischen Regierung zur Rechenschaft, man unterstelle sie jenem Strafgesetz, das für jeden Schweizer üblich ist, der Gut und Meinungsfreiheit eines Mitbürgers bedroht! Unsere Behörden haben ihre verfassungsmässige Pflicht erst dann erfüllt, wenn jeder Schweizer sich im Jura so frei und wohl und ungehindert bewegen kann wie in der übrigen Schweiz, wenn er das illegitime Machtmonopol der Separatisten gebrochen hat, damit eine freie Meinungsbildung und Abstimmung überhaupt möglich ist. Dann ist der Bundesrat seiner Pflicht nachgekommen, eher nicht.

Herr Bundesrat, ich frage Sie an: Ist der Bundesrat willens, ja ist er fähig, den ihm von der Bundesverfassung übertragenen Pflichten nachzuleben und zusammen mit dem Stand Bern Ruhe und Ordnung im Jura zu sichern?

**Bundesrat Furgler:** Herr Schwarzenbach hat zwei Fragen gestellt (ich zitiere); sie entsprechen nicht ganz dem, was er zuletzt als Frage formuliert hat: Erstens: Sind die Voraussetzungen zur Anwendung von Artikel 2 der Bundesverfassung im vorliegenden Fall nicht gegeben? Zweitens: Was gedenkt der Bundesrat zu tun in Erfüllung seiner Aufgabe laut Artikel 102 der Verfassung im Falle Berner Jura?

Ich unterscheide zwischen einem tatbeständlichen und einem rechtlichen Aspekt.

Es empfiehlt sich, vorerst zum Tatbestand Stellung zu beziehen. Auch wenn die Aussage des Herrn Interpellanten, im Berner Jura herrsche seit Jahren ein Klima des Meinungsterrors, bei realistischer Betrachtung als zu allgemein und zu absolut erscheint, kann nicht in Abrede gestellt werden, dass da und dort durch gezieltes Vorgehen versucht wird, die Bevölkerung einzuschüch-



tern. Im Vordergrund steht vor allem die Drohung mit Gewaltakten, wodurch Unruhe und Angst verbreitet werden. Auch stösst das öffentliche Auftreten kantonal-bernischer Magistraten im Jura, wie das jüngst der Fall war, gelegentlich auf Schwierigkeiten. Bekannt ist schliesslich, dass kantonal-bernische Behördemitglieder nicht einmal zu einem offiziellen Empfang in ihrer jurassischen Heimatgemeinde kommen konnten. Soweit strafbare Handlungen gegen das Leben oder das Eigentum vorliegen — hier möchte ich eine erste deutliche Markierung setzen —, greifen die in den Straf- und Strafprozessgesetzen vorgesehenen Verfahren Platz. Das heisst konkret, dass die Kantone bei unserem Staatsaufbau, wie der Herr Interpellant weiss, und nicht der Bund (Ausnahme: die der Bundesgerichtsbarkeit unterstehenden Delikte wie Sprengstoff und anderes mehr) die Strafverfolgung sicherstellen müssen, die für die Verwirklichung unseres Rechtsstaates unerlässlich ist. Ich setze diese Markierung deshalb, weil unter keinen Umständen der Eindruck entstehen darf, als ob dem Bundesrat diese Verteilung der Kompetenzen nicht bekannt wäre, als ob er nicht mit dem Interpellanten grösstes Gewicht darauf legte, dass strafrechtliche Tatbestände rasch geahndet würden.

Ich setze eine zweite Markierung: Ich bin persönlich zutiefst überzeugt, dass nicht nur in Bern, sondern ganz allgemein die Frage der Revision der Strafprozessordnungen unter dem Aspekt einer zeitgerechten Ahndung von Delikten an die Hand genommen werden sollte. Es gehört auch zum Rechtsstaat, dass man zeitgerecht strafen kann, in voller Berücksichtigung all dessen, was wir im Schuldstrafrecht zu wahren wissen, nämlich die Persönlichkeit mit all ihren Plus und Minus. Aber wenn auch einfache Straftatbestände erst nach einem Jahr, erst nach zwei Jahren geahndet werden, dann nagen wir mit dieser Methode — die heute durch die papierene Art der Strafprozesse fast unvermeidlich ist — am Rechtsstaat. Ich werde über dieses wichtige Problem in naher Zukunft mit den Justizdirektoren der Kantone sprechen.

Das hat aber nichts mit einer *Lex specialis* für den Jura zu tun, sondern das ist ein Grundproblem der Strafrechtsreform von morgen. Ich bin der Meinung, dass vor allem Delinquenten, die kleinere Dinge falsch machen, positiver beeinflusst werden mit Blick auf die Reintegration, wenn sie rasch einzustehen haben für Fehler, die sie begangen haben, als wenn sie während einem, zwei Jahren solche Dinge mit sich herumschleppen müssen.

Wir schenken diesem Problem unsere volle Beachtung, dürfen aber die kantonalen Kompetenzen nicht einfach streichen. Können Täter ermittelt werden — und dafür bürgt jede kantonale Regierung —, so werden sie ins Recht gefasst. Es wäre falsch verstandene Milde zu glauben, dass man mit dem Zudrücken beider Augen dem Betroffenen oder dem Staat als Ganzem helfen könnte.

Im übrigen gelten nun aber die Angriffe auf fremdes Eigentum keineswegs immer politischen Gegnern der Separatisten, wie der Herr Interpellant dies anzunehmen scheint. Zur Hauptsache werden sie vielmehr auf öffentliche, eidgenössische und kantonale Gebäude verübt: Sprengstoffanschläge, Brandstiftungen, Schmierereien. Der bezügliche Sachschaden ist beträchtlich, und ich halte mit dem Fragesteller dafür, dass selbstverständlich auch hier der Staat zum Rechten sehen muss.

Sie verspüren aus dieser Antwort, dass der Bundesrat die Bedeutung der vom Interpellanten namhaft gemachten Tatbestände keineswegs verkennt oder unterschätzt, auch nicht deren Schwere. Strafbare Handlungen, Gewaltakte, dürfen in unserem Staate nicht geduldet werden, und sie sind — das sage ich deutlich an die Adresse der Separatisten — auch in keiner Weise geeignet, die Lösung der Jurafrage zu erleichtern. Ebenso verfehlt wäre es aber nach Auffassung des Bundesrates, diese Tatbestände, die auf einzelne Gruppen zurückzuführen sind, falsch zu gewichten, zu verallgemeinern, einfach dem ganzen jurassischen Volk anzulasten und den Eindruck zu erwecken, als sei die bernische Regierung in ihrem Kantonsgebiet nicht willens, die öffentliche Ordnung sicherzustellen. Ich komme darauf zurück bei der rechtlichen Würdigung des Tatbestandes. Das, was Sie vom Bundesrat verlangen, besagt ja nichts anderes, als dass Sie von der Voraussetzung ausgehen, dass die Regierung des Kantons Bern nicht mehr in der Lage sei, Ruhe und Ordnung in ihrem eigenen Kantonsgebiet sicherzustellen.

Aus vielen Besprechungen und auch aus den laufenden Verfahren, die — ich wiederhole es — leider viel zu lange dauern, ist der Bundesrat zur Ueberzeugung gelangt, dass gar kein Grund zur Annahme besteht, die bernischen Behörden seien nicht fest entschlossen, auch inskünftig alles zu unternehmen, damit in ihrem Kanton Ruhe und Ordnung gewährleistet bleiben.

Ihre so plastisch geschilderten Vorfälle dieses Sommers (Brüssel, Bern) sind im Begriff, geahndet zu werden. Die Botschaftsbesetzung in Brüssel konnte mit Bezug auf jeden einzelnen Täter sorgfältig ermittelt werden; aber ich wiederhole noch einmal: das, was sie gewünscht hätten (liebvoller Empfang an der Grenze und sofortige Verbringung in Untersuchungshaft), ist rechtsstaatlich nicht möglich, im Moment, wo alles derart sichergestellt ist, dass die Täter mit der normalen Strafprozessordnung dem Gericht überführt werden können.

Nun zur Rechtslage. Herr Nationalrat Schwarzenbach wirft die Frage auf, ob die Voraussetzungen zur Anwendung von Artikel 2 der Verfassung im vorliegenden Fall nicht erfüllt seien. Artikel 2 lautet: «Der Bund hat zum Zweck, Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.» Diese Bestimmung wird allgemein als Zweckartikel der Verfassung verstanden, der die Wohlfahrt der Bürger als Staatszweck, als Gemeinschaftsaufgabe proklamiert. Nach einhelliger Lehrmeinung und Praxis kann der Bund aus diesem Zweckartikel allein keine Kompetenzen ableiten, die ihm nicht schon aufgrund einer andern Verfassungsbestimmung zustehen. Artikel 2 eignet sich daher für sich allein nicht als Rechtsgrundlage, um in einem Kanton für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Ich verweise anstelle vieler auf Burckhardt und seinen Kommentar, Seiten 10 und 11, und auf Aubert: «Traité de droit constitutionnel suisse» Nr. 617.

Der Interpellant ruft sodann Artikel 102 der Verfassung in Erinnerung, nach dessen Ziffer 10 der Bundesrat für die innere Sicherheit der Eidgenossenschaft, für Handhabung von Ruhe und Ordnung zu sorgen hat. Diese Kompetenz steht dem Bundesrat nur (ich zitiere) «innert den Schranken der gegenwärtigen Verfassung» zu. (Art. 102, Ingress). Insbesondere hat er die Kompe-



tenzausscheidung zwischen Bund und Kantonen zu beachten, wie sie im ersten Abschnitt der Verfassung, in den Artikeln 1 bis 70, vorgenommen worden ist und wonach die Polizeihochheit grundsätzlich den Kantonen verblieben ist. Die Frage, ob der Bundesrat in Anwendung von Artikel 102 einschreiten kann, um in einem Kanton für Ruhe und Ordnung zu sorgen, beurteilt sich daher materiell nach Artikel 16 der Verfassung, der von der eidgenössischen Intervention handelt. Dazu möchte ich jetzt Stellung beziehen.

Diese Verfassungsbestimmung ermächtigt den Bund zur Intervention, sobald versucht wird, die verfassungsmässige, eidgenössische oder kantonale Ordnung gewaltsam umzustürzen oder den Anordnungen der verfassungsmässigen Behörden mit Gewalt Widerstand zu leisten. Das gilt, und damit ist Ihre Frage beantwortet, auch für diese sogenannte Schattenregierung, sobald sie sich in dieser Richtung entwickeln sollte, was wir nicht hoffen. Und das würde auch für andere gelten, die sich zu solchen Taten finden würden. Also ich wiederhole: Sobald versucht wird, die verfassungsmässige, eidgenössische oder kantonale Ordnung gewaltsam umzustürzen, oder den Anordnungen der verfassungsmässigen Behörden mit Gewalt Widerstand geleistet wird, ermächtigt die vorgenannte Verfassungsbestimmung von Artikel 16 den Bund zum Eingreifen. Dabei braucht der Bund — und ich möchte das deutlich unterstreichen — keineswegs zuzuwarten, bis die öffentliche Ordnung bereits erheblich gestört ist. Ein Einschreiten rechtfertigt sich schon bei ernsthafter Bedrohung der öffentlichen Ordnung. Auch braucht der Bund nicht zuzuwarten, bis er vom betroffenen Kanton um Intervention angegangen wird. Er kann von sich aus einschreiten, wenn die Störung oder die drohende Störung es als angezeigt erscheinen lässt.

Eidgenössische Intervention im Sinne von Artikel 16 unseres Grundgesetzes bedeutet demgemäss bewaffnete oder unbewaffnete Einmischung des Bundes in kantonale Angelegenheiten, um die bedrohte öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten oder die gestörte öffentliche Ordnung wieder herzustellen. Wer somit von Interventionen spricht, muss sich bewusst sein, dass Zweck und Wirkungen beschränkt sind. So könnte eine Intervention insbesondere keine Aenderung der verfassungsmässigen Ordnung etwa im Sinne einer Teilung des betreffenden Kantons bewirken. Schon Artikel 5 der Verfassung, wonach der Bund den Kantonen ihr Gebiet, ihre Souveränität und ihre Verfassungen gewährleistet, stünde dem entgegen. Der Bundesrat legt Wert auf diese Klarstellung, zumal in letzter Zeit über Zweck und Wirkungen einer eidgenössischen Intervention offensichtlich falsche Vorstellungen verbreitet worden sind, in der Meinung, der Bund könnte durch eine solche Intervention direkt teilen. Der Bundesrat muss daher entschieden davor warnen, die Agitation und Provokation im Jura zu intensivieren, in der falschen Meinung, dadurch könne der Bund veranlasst werden, zu intervenieren. Da eine solche Intervention, wie dargelegt, einzig und allein die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung bezwecken könnte, brächte sie die politische Lösung der Jurafrage um keinen Schritt weiter. Da wird vermutlich auch der Interpellant mit dem Bundesrat übereinstimmen.

In seiner Antwort auf die Motion Wilhelm, in seiner klaren Antwort — ich möchte das doch unterstreichen — zeigte der Bundesrat die Verantwortlichkeiten aller Beteiligten deutlich auf und verwies auch darauf, dass in

unserer Demokratie die innere Kraft zur Lösung auch solcher Schwierigkeiten gegeben ist, wenn die Menschen guten Willens sind und miteinander sprechen. Wir haben damals erklärt, weshalb nach Auffassung des Bundesrates zurzeit die in Artikel 16 der Verfassung umschriebenen Voraussetzungen für eine eidgenössische Intervention nicht erfüllt sind. Sie sind es bei richtigem Verständnis des Begriffs der Intervention auch heute nicht. Das heisst aber keineswegs, dass wir nicht sorgfältig die Weiterentwicklung der Lage laufend verfolgen, und das heisst keineswegs, dass nicht alle strafrechtlichen Tatbestände aufgrund unserer gültigen Strafrechtsordnungen geahndet werden sollen.

Darf ich zum Abschluss erneut betonen, dass der Bundesrat nach wie vor seine guten Dienste anbietet und alle Annäherungsbestrebungen zu fördern gewillt ist, die zur Erleichterung einer Lösung geeignet sein könnten. Ich erachte es als ausserordentlich bedauerlich, dass Menschen, die in politischer Verantwortung stehen, und die zum Gespräch berufen wären — und wäre es auch nur, um in ihrem Grossen Rat darzustellen, weshalb sie beispielsweise mit den Vorschlägen der diesbezüglichen Regierung nicht einverstanden seien und etwas anderes möchten —, sich bis heute nicht zum Gespräch stellen. Vom Gespräch kann in unserer Demokratie keiner, der Verantwortung trägt, dispensiert werden.

**Schwarzenbach:** Ich danke Herrn Bundesrat Furgler für seine sorgfältigen Erwägungen über die Situation im Jura. Es handelt sich ja tatsächlich darum, das berühmte Wort von Cicero bei der Verschwörung Catilinas anzuwenden: *Quousque tandem!* Das ist die Frage, die wir hier im Parlament gestellt haben. Ich möchte sagen: Ich bin von seiner Antwort durchaus überzeugt und befriedigt, bis auf den Punkt, den ich weiterhin bedaure: dass die Existenz einer provisorischen Regierung, die mir eine Provokation zu sein scheint, einfach zur Kenntnis genommen wird. Ich hoffe, dass der Bundesrat vielleicht auch hier mit der Zeit, möglichst bald, zu einer anderen Stellung kommt. Ich danke.

**Präsident:** Herr Schwarzenbach ist von der Antwort des Bundesrates befriedigt. Das Geschäft ist damit erledigt.

## 11 723. Postulat Masoni. Jurafrage — Problème du Jura

*Wortlaut des Postulates vom 26. Juni 1973*

In Anbetracht des beunruhigenden Standes in der Jurafrage wird der Bundesrat eingeladen, die Möglichkeit zu prüfen, im gegebenen Zeitpunkt einen oder mehrere Vermittler zu bestimmen, die den besonderen Auftrag hätten, seinen guten Diensten eine greifbare und dauernde Gestalt zu geben; dies zur Erleichterung des Gesprächs im Rahmen des im bernischen Verfassungszusatz festgelegten Verfahrens und unter Achtung vor der Souveränität des Kantons Bern.



*Texte du postulat du 26 juin 1973*

Au vu de l'état préoccupant de la question jurassienne, le Conseil fédéral est invité à examiner la possibilité de désigner, au moment opportun, un ou plusieurs médiateurs spécialement chargés de donner une forme concrète et permanente à ses bons offices, pour faciliter le dialogue dans le cadre de la procédure établie par l'additif constitutionnel bernois et dans le respect de la souveraineté du canton de Berne.

*Mitunterzeichner — Cosignataires:* Alder, Aubert, Bar-chi, Baumberger, Biel, Canonica, Copt, Generali, Gerwig, Glasson, Gut, Junod, Meier Kaspar, Peyrot, Schaller, Schmitt-Genève, Speziali, Suter, Tissières

(19)

*Schriftliche Begründung — Développement par écrit*

La question jurassienne touche à son point critique; la discussion sur la motion Wilhelm l'a démontré à l'évidence: la profonde division entre ceux qui ne supportent plus leur destin politique dans un canton dont la majorité parle une autre langue, et ceux qui non seulement ne veulent pas d'une séparation, mais la redoutent, mérite la plus profonde compréhension des autres Confédérés. Le problème est certainement bernois et aussi surtout jurassien: aux Jurassiens incombent la confrontation — dans la meilleure signification du terme — et le dialogue raisonnables. Mais le problème a aussi une dimension fédérale: il est le problème de tous les Confédérés, qui se sentent aussi et au même titre des Jurassiens; il concerne tous les Suisses, qui doivent éviter à tout prix un échec des principes d'autodétermination et de fédéralisme. D'autre part, le fait que dans notre Etat, basé sur ces principes, nous ne connaissons pas, pour une modification qui intéresse en même temps le canton et la Confédération, une procédure fédérale, a peut-être, dans ce cas, contribué à aggraver la situation.

Dans sa réponse du 20 juin à la motion Wilhelm, le Conseil fédéral a précisé que la solution du problème doit intervenir de la façon prescrite par l'additif constitutionnel bernois, à l'exclusion de toute violence, que les séparatistes doivent faire un effort de confrontation paisible de leurs idées avec celles des autres et que le gouvernement fédéral continuera de mettre à disposition ses bons offices. Nous ne pouvons que souscrire à ces propos: les séparatistes doivent se rendre compte que la solution doit être recherchée par la voie ouverte de l'additif constitutionnel, dans son application et ses implications les plus libérales. Mais nous pensons que les bons offices offerts par le Conseil fédéral devraient pouvoir se concrétiser par une présence permanente, éventuellement complémentaire à la «Commission des Sages», d'un ou plusieurs médiateurs qui, tout en réservant l'intervention du Conseil fédéral lui-même en cas de nécessité, assureraient des contacts continuels entre les interlocuteurs. Le Conseil fédéral devrait se poser la question de savoir si l'action de ces *mediatores* ne serait pas d'autant plus indiquée et judicieuse au moment déjà où commissions, mouvements et partis politiques, de même que le parlement du canton de Berne, vont s'emparer du problème dans ces ressorts de finalité.

Cette action — sans porter atteinte à la procédure et aux compétences établies par la constitution bernoise — aurait le mérite de prévenir, au moment peut-être le plus délicat, durcissements et réactions passionnelles plus ou moins irréparables.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates**Rapport écrit du Conseil fédéral*

Le Conseil fédéral n'a jamais laissé planer aucun doute sur le fait que seule une négociation entre les différents partis et mouvements du Jura pourra conduire à une solution satisfaisante du problème jurassien. Il n'a ainsi laissé passer aucune occasion de recommander le dialogue avec insistance. Le Conseil fédéral réaffirme — comme il vient de le faire dans sa réponse à la motion Wilhelm le 20 juin 1973 — qu'il est prêt à encourager toutes les tentatives de rapprochement qui pourraient faciliter la recherche d'une solution.

Cette offre englobe aussi les bons offices mis à disposition par le Conseil fédéral depuis plusieurs années déjà, ainsi qu'une médiation fédérale, dans le sens voulu par l'auteur du postulat. La Commission confédérée de bons offices pour le Jura, créée en juillet 1968 sur la proposition du Conseil fédéral, a accompli une mission connue de tous: rechercher en toute indépendance les voies et moyens d'acheminer le problème jurassien vers une solution. De son côté, le Conseil fédéral a expressément déclaré que la commission remplissait également la fonction d'un médiateur fédéral. Cependant, aussi bien le Conseil fédéral que la Commission des bons offices étaient conscients au départ des limites d'une médiation. Vouloir les dépasser impliquerait une renonciation à notre ordre démocratique basé sur l'Etat de droit, ce que le Conseil fédéral ne veut favoriser à aucun prix, ni maintenant ni à l'avenir. Celui qui parle de médiation doit être conscient des limites quant à son but et à ses effets. La médiation n'a notamment pas le caractère d'arbitrage. Elle ne peut pas imposer une solution ni écarter la procédure et les organes établis par la constitution cantonale ou fédérale. Elle ne peut déboucher que sur des conseils, des recommandations. Les médiateurs ne peuvent offrir aucune garantie pour assurer la réalisation de la solution qu'ils proposent; la décision incombe au souverain.

Après avoir précisé ainsi l'état des faits et la situation juridique et si l'on tient compte des difficultés de trouver des personnalités qualifiées, on peut se demander s'il est utile d'élargir la conception de «bons offices» et de «médiation fédérale» dans le sens du postulat. Le Conseil fédéral tient en tout cas à mettre en garde contre toute illusion ou fausse espérance. En dépit de ces sérieuses réserves, il est cependant prêt à examiner la question sans préjugé et à prendre les dispositions nécessaires suivant l'évolution de la situation.

Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat.

*Ueberrwiesen — Transmis*

**11 593. Motion Canonica.**  
**Mindestdauer der Ferien**  
**Durée minimale des vacances**

*Wortlaut der Motion vom 7. März 1973*

Der Bundesrat wird beauftragt, den eidgenössischen Räten umgehend eine Vorlage zur Revision der Artikel 329a und 345a OR zu unterbreiten, welche den



**Siebzehnte Sitzung – Dix-septième séance**

Donnerstag, 21. März 1974, Nachmittag

Jeudi 21 mars 1974, après-midi

15.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Muheim

11 910

**Interpellation Wilhelm. Abstimmung im Jura  
Scrutin jurassien**

11 911

**Interpellation Gassmann. Volksbefragung im Jura  
Plébiscite dans le Jura***Wortlaut der Interpellation Wilhelm vom 1. Februar 1974*

Nach dem bernischen Verfassungszusatz vom 1. März 1970 kann sich der Bezirk Laufen einem benachbarten Kanton seiner Wahl anschliessen. Vorher müssen jedoch die Befürworter eines solchen Vorgehens bei der Abstimmung vom 23. Juni 1974 mit Nein stimmen. Dies wird natürlich das Ja der Anhänger eines Kantons Jura mit den sechs französischsprachigen Bezirken beeinträchtigen und somit die Ergebnisse verfälschen.

Wie stellt sich der Bundesrat zu dieser Sachlage, und wie gedenkt er den darin liegenden Gefahren und Nachteilen begegnen zu können?

*Texte de l'interpellation Wilhelm du 1er février 1974*

Aux termes de l'additif constitutionnel bernois du 1er mars 1970, le district de Laufen pourra se rattacher au canton voisin de son choix; au préalable toutefois, les partisans de cette procédure devront voter «non» lors du scrutin du 23 juin prochain, ce qui nuira certes au «oui» des partisans d'un canton du Jura comprenant les six districts francophones et faussera les résultats.

Que pense le Conseil fédéral de cette situation et comment envisage-t-il de remédier aux dangers et inconvénients de celle-ci?

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Baechtold-Lausanne, Barras, Bochatay, Butty, Carruzzo, Felber, Gassmann, Hayoz, Jelmini, Pagani, Tissières (11)

**M. Wilhelm:** Selon les dispositions constitutionnelles du canton de Berne du 1er mars 1970, le district de Laufen dispose d'un droit d'option spécial qui lui permettra, en cas de création d'un canton du Jura, d'entreprendre des démarches en vue de son rattachement à l'un ou l'autre des cantons voisins. Or, à l'époque, personne, moi-même non plus, je le confesse humblement, n'a réalisé que ce droit d'option spécial de Laufen pouvait avoir des conséquences néfastes et dangereuses en d'autres secteurs sur le scrutin plébiscitaire du 23 juin prochain en particulier. En effet, les Laufonnais partisans d'un rattachement ultérieur de leur district au canton de Soleure ou de Bâle-Campagne porteront préjudice aux citoyens des six autres districts jurassiens romands qui désirent la création d'un canton et qui, eux, voteront oui le 23 juin. En effet, pour réaliser leur vœu, ces Laufonnais voteront inéluctablement non pour l'occasion. Cette situation est juridiquement fondée, puisque l'additif constitutionnel en cause a obtenu la ratification des Chambres fédérales. Politiquement cependant, il en va tout autrement, car on ne saurait tolérer en l'espèce que le vote du district de Laufen influe négativement sur celui des autres districts. C'est pourquoi il convient d'ores et déjà d'émettre toutes réserves quant à l'interpré-

tation des résultats de la votation du 23 juin, relativement au district de Laufen, et tel est le sens de mon interpellation. Mon collègue Gassmann abordera d'autres éléments contestables et contestés de ce vote après moi.

*Wortlaut der Interpellation Gassmann vom 1. Februar 1974*

Am 23. Juni 1974 wird das jurassische Volk auf folgende Frage zu antworten haben: «Wollt ihr einen neuen Kanton bilden?»

Dieses Problem geht die Eidgenossenschaft unmittelbar an, nämlich:

1. Allgemein, da einer seiner Gliedstaaten geteilt werden könnte, wobei ein neuer Gliedstaat der Eidgenossenschaft entstünde;

2. In besonderer Weise, da es sich nach dem Grossen Rat des Kantons Bern im Hinblick auf die gesamtschweizerische Bedeutung der Jurafrage rechtfertigt, «wenn die Eidgenossenschaft die Volksbefragung überwacht».

Der Bundesrat wird deshalb eingeladen,

- einerseits das Parlament über die Politik zu unterrichten, die er vor und nach der Volksbefragung vom 23. Juni in dieser Frage zu verfolgen gedenkt, und
- andererseits bekanntzugeben, welche praktischen und gesetzlichen Massnahmen er vorsieht, um bei der Abstimmung vom 23. Juni seiner Verantwortung gerecht zu werden.

*Texte de l'interpellation Gassmann du 1er février 1974*

Le 23 juin prochain, le peuple jurassien sera appelé à se prononcer sur la question suivante: «Voulez-vous constituer un nouveau canton?»

La Confédération est directement concernée par ce problème:

1. D'une manière générale, puisque l'un de ses États pourrait être partagé, alors qu'un nouvel Etat de la Confédération serait créé;

2. D'une manière particulière, puisque, selon le Grand Conseil du canton de Berne, «l'importance nationale du problème jurassien justifie que la Confédération soit appelée à surveiller le plébiscite».

Le Conseil fédéral est donc invité:

- d'une part, à renseigner le Parlement sur la politique qu'il entend suivre dans ce problème avant et après le plébiscite du 23 juin, et
- d'autre part, à indiquer quelles sont les mesures pratiques et légales qu'il envisage de prendre pour assumer ses responsabilités à l'occasion de la votation du 23 juin prochain.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Baechtold-Lausanne, Bussey, Canonica, Chavanne, Duvanel, Felber, Meizoz, Reiniger, Riesen, Waldner, Wicky, Wilhelm (12)

**M. Gassmann:** Dans le Jura, la lutte pour l'indépendance prendra fin dans quelques mois. Dans moins d'un an, en effet, à votre grand ébahissement, il y aura en Suisse un nouveau canton, un nouvel Etat en puissance, et la Confédération, et les cantons et le fédéralisme, au nom duquel on cause et on glose très souvent dans cette assemblée, n'y seront pour rien. Ou pour si peu!

Et pourtant, depuis deux ans, en ai-je entendu des appels angoissés à la défense du fédéralisme, mais il s'agissait plus souvent d'argent que de principes. Il s'agissait davantage de conserver que d'imaginer. Je garde en mémoire cet appel pathétique d'un membre du gouvernement vaudois invitant la Confédération à lâcher du lest pour ne pas mettre en danger le lien confédéral. Pas moins que ça. De quoi s'agissait-il? Vous l'avez probablement oublié et ce n'est évidemment pas dramatique. Le moment historique était venu de savoir si les cantons allaient conserver oui ou non – et il n'y avait pas de compromis possible – la compétence de fixer la largeur des mailles des filets de pêche. Je félicite ce conseiller d'Etat de sa brillante et



récente réélection, mais je constate que le Jura ne figurait pas dans son programme électoral.

Quant à l'appel lancé ici le 20 juin passé pour que les cantons confédérés offrent spontanément leur médiation et leur aide au Jura, il est tombé en plein désert, un désert immense et silencieux, dans une Suisse minuscule qui dort du sommeil du juste, dirait qui vous savez. La Confédération elle-même est restée sourde à nos appels, aveugle devant une situation intenable, et presque muette, saisie par la peur et le manque d'imagination. Nous disions: médiation, la réponse est: méditation. Nous disions: problème politique; la réponse est: nos spécialistes et nos experts, en droit évidemment, s'occupent du problème, sont au travail. Or chacun sait que le droit n'est souvent que la couverture d'intérêts inavoués et d'abus inavouables. Nous croyions que l'autonomie du Jura ne dépendait ni de ceux-ci ni de ceux-là.

Et finalement, si les Jurassiens sont maintenant proches de la victoire, ils ne le devront qu'à leur lutte tenace, farouche, résolue. Ce sera d'abord leur victoire. Et pourtant, nous aurons été patients. Nous pensions pouvoir négocier le pouvoir sous l'œil vigilant et protecteur de la Confédération. La Berne cantonale nous autorise à l'arracher bribe par bribe, morceau par morceau, avec l'assentiment bienveillant de la Confédération qui, après avoir reconnu et garanti l'existence d'un peuple jurassien, va permettre qu'on le divise, qu'on le déchire. Mais finalement, peut-être en sera-t-il mieux ainsi. Le dernier canton suisse, le vingt-sixième en tout cas, sera devenu majeur, disons «démocratiquement», et tous les justes pourront se rendormir, rêvant à cette Suisse bâtie à coups de morgensterns, de halberdars et de goupillons, ces attributs indispensables de la démocratie d'antan. Ainsi naissaient les cantons. Et lorsque la force intérieure, si je puis dire, n'y suffisait pas, l'étranger, promptement sollicité, venait alors octroyer la liberté aux peuples sous tutelle. Et les Vaudois, les Argoviens, les Thurgoviens, d'autres encore devenaient libres.

Après les élans du cœur, que vous me pardonnerez sûrement, je l'espère, passons aux nécessités de la raison, que vous écouteriez peut-être. Si l'on admet que le peuple jurassien est un peuple suisse, il est du devoir de la Confédération de s'en occuper. Si l'on admet que les modalités du plébiscite utilisées jusqu'à leurs ultimes conséquences peuvent conduire, dans un délai d'un an, à la création d'un nouveau canton suisse, entier ou amputé, il m'apparaît indispensable de demander au gouvernement d'expliquer au parlement la politique qu'il entend suivre avant et après la date du 23 juin, date historique pour le Jura, mais aussi pour la Confédération. Le gouvernement a le devoir de renseigner le Parlement sur ses intentions et le Parlement a l'obligation morale d'entendre le Conseil fédéral puisque l'un et l'autre sont directement concernés en vertu des articles 85 et 102 de la constitution fédérale.

Qu'entend faire le Conseil fédéral avant et après le 23 juin? Quelle sera sa politique, son attitude à l'égard des parties en cause? L'article 21 de l'additif constitutionnel bernois précise en effet que «si l'Assemblée fédérale accorde la garantie fédérale aux présentes dispositions, le Conseil exécutif entreprend des démarches auprès du Conseil fédéral (c'est fait, paraît-il) pour obtenir de lui qu'il ordonne les mesures nécessaires en vue d'assurer le déroulement régulier des consultations populaires, de l'élection de la constituante et de la votation concernant la nouvelle constitution».

Directement concernée, quelles mesures pratiques la Confédération envisage-t-elle de prendre afin d'empêcher que les autorités bernoises, qui sont juge et partie, n'influencent les ayants droit par des moyens divers et faussent ainsi l'expression de la volonté populaire? Ce n'est pas une vaine menace, car voici un document qui est révélateur des intentions véritables du gouvernement bernois. Ce document nous est malencontreusement tombé entre les mains, nous sommes l'intermédiaire entre l'expéditeur

et le destinataire. L'expéditeur est la Chancellerie de l'Etat de Berne; le destinataire, ce sont les directions de l'administration cantonale. Il s'agit d'une lettre du 12 février, qui concerne le problème jurassien; je cite: «Conformément au vœux exprimé par plusieurs membres du gouvernement bernois, notamment lors des séances des 16 et 30 janvier dernier, j'ai établi deux questionnaires concernant d'une part les éléments d'information qu'il conviendrait de mettre en évidence pendant la campagne plébiscitaire et, d'autre part, etc.» Je vous fais grâce des détails de ces deux questionnaires, mais cela montre à quel point les autorités bernoises elles-mêmes entendent intervenir dans le plébiscite.

Le Conseil fédéral ne peut rester indifférent à ces interventions intolérables ou, alors le risque est grand de voir les Jurassiens rendre ce plébiscite absolument inopérant. La responsabilité de la Confédération est ici en jeu.

La Confédération peut-elle assurer par un contrôle adéquat l'information objective du peuple jurassien? Envisage-t-elle, dans la campagne plébiscitaire, d'empêcher toute immixtion de milieux non concernés par la consultation? Qu'en est-il du vote par procuration? Il serait absolument inadmissible d'autoriser l'emploi du vote par procuration, alors que ce système mène à tous les abus, à tous les marchandages, à toutes les manipulations. Et le vote des Jurassiens de l'extérieur? L'additif ne leur permet pas de s'exprimer. Ils seront ainsi empêchés de disposer d'une patrie ancestrale à laquelle les attachent leurs sentiments, bien sûr, mais aussi leur acte d'origine. A-t-on imaginé, par exemple, au moins un vote consultatif à leur intention?

Des professeurs de droit des plus éminents, M. Naef, M. Aubert, ne rejettent pas l'idée d'organiser des scrutins séparés pour deux ou plusieurs électors. De telles dispositions pratiques ne seraient pas anticonstitutionnelles et permettraient peut-être d'interpréter les résultats du vote d'une façon plus nuancée. Le Conseil fédéral y a-t-il songé? Tel qu'il est prévu et mijoté par quelques technocrates, ce plébiscite est une véritable «machine à Tinguely» politique. Il nécessite une dizaine de votations en cascade sur le plan communal, des districts, jurassien, cantonal et confédéral – il ne manque que l'ONU! – pour mener les Jurassiens à l'indépendance. Il les oblige à passer par toute une série de chicanes, à enjamber de nombreux obstacles, à sauter de nombreuses haies pour essayer d'atteindre le but. Il se pourrait que pressés d'être enfin libres, les Jurassiens en évitent ou en renversent quelques-uns au passage, juste avant de toucher au but.

**Bundesrat Furgler:** Ich möchte in einem ersten Teil zu den Fragen von Herrn Wilhelm und in einem zweiten Teil zur Interpellation von Herrn Gassmann Stellung beziehen.

Am 1. März 1970 haben die Stimmberechtigten des Kantons Bern mit 90 358 Ja gegen 14 133 Nein einen Zusatz zur Staatsverfassung angenommen, der dem jurassischen Landesteil das Selbstbestimmungsrecht einräumt. Im Jura selbst wurde der Verfassungszusatz mit noch deutlicherem Mehr, nämlich mit 20 421 Ja gegen nur 2 259 Nein, angenommen. Auf Antrag des Bundesrates hat die Bundesversammlung dem Verfassungszusatz in Anwendung von Artikel 6 unseres Grundgesetzes am 7. Oktober 1970 die Gewährleistung des Bundes erteilt.

Ich darf hier schon an beide Herren die Frage stellen und sie beantworten, ob denn das, was damals vom jurassischen Volk gewollt worden ist, mit Blick auf das bevorstehende Plebiszit nicht mehr gewollt wird? Ich frage und antworte deshalb, weil mir ein gewisser optimistischer Grundton aufgrund dieser eindeutigen Ausgangssituation durchaus am Platze scheint.

Für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes sieht der Verfassungszusatz ein etappenweises Vorgehen vor. Eingeleitet wird das Verfahren durch eine Abstimmung im ganzen jurassischen Landesteil über die Frage, ob der Jura in seiner heutigen Gesamtheit einen neuen Kanton



bilden wolle. Diese Abstimmung ist vom Regierungsrat erlaubterweise – das kann nicht bestritten werden – auf den 23. Juni dieses Jahres festgesetzt worden.

Nun gehört zum jurassischen Landesteil, wie Sie, meine verehrten jurassischen Deputierten, am besten wissen, neben den sechs französischsprachigen Bezirken auch der deutschsprachige Amtsbezirk Laufen. Obschon Artikel 5 des Verfassungszusatzes für das Laufental insofern eine Sonderregelung enthält, als sich die Mitbürger im Laufental in einem späteren Verfahrensstadium in einer besonderen Abstimmung über den Anschluss an einen benachbarten Kanton aussprechen können, ist der Amtsbezirk Laufen von der ersten grundsätzlichen Abstimmung nicht ausgeklammert worden. Vom Einbezug dieses Tales in die Grundsatzabstimmung befürchtet nun Herr Wilhelm negative Auswirkungen auf die Bestrebungen zur Schaffung eines nur die sechs französischsprachigen Amtsbezirke umfassenden neuen Kantons. In seiner Interpellation fragt er aus diesem Grunde, wie der Bundesrat den Gefahren und Nachteilen einer solchen Situation zu begegnen gedenke.

Die Regierung legt Wert auf die Feststellung, dass die politischen Bundesbehörden im seinerzeitigen Gewährleistungsverfahren nicht die Zweckmässigkeit des Verfassungszusatzes an sich oder der darin festgelegten Modalitäten zu überprüfen hatten. Ihre Kognition beschränkte sich nach unserer Bundesverfassung auf die Prüfung der Bundesrechtmässigkeit der vom Berner Volk beschlossenen Regelung, der – ich wiederhole es – vor allem das jurassische Volk mit überwältigendem Mehr zugestimmt hatte. Da keine Bundesrechtswidrigkeiten ersichtlich waren, konnte und musste die Gewährleistung des Bundes erteilt werden.

Diese Rechtslage, ich kann es nur bestätigen, hat sich bis heute nicht geändert. Es kann daher nicht Sache des Bundesrates sein, zu beurteilen, ob der Verfassungszusatz in einzelnen Punkten anders hätte konzipiert werden können oder sollen. Vielmehr hat er den im Verfassungszusatz manifest gewordenen Volkswillen zu respektieren. Ich darf darauf aufmerksam machen, dass das jurassische Volk selbst an jenem Abend von einem Sieg in seiner Sache sprach. Hätte man allfällige Mängel der am 1. März 1970 angenommenen Verfassungsbestimmungen nachträglich noch beheben wollen, so hätte der Weg des ordentlichen Revisionsverfahrens beschritten werden müssen. Die Rechtslage ist demzufolge absolut eindeutig. Ich darf das Herrn Wilhelm ganz einfach in Erinnerung rufen, in Ergänzung zu den Ausführungen, die ich im letzten Sommer bei der Behandlung seiner Motion machen durfte.

Herr Gassmann hat die Tonstufe etwas angehoben. Er erlaube mir, ihm in der gleichen Art ein paar liebenswerte Wahrheiten in Erinnerung zu rufen:

Sie sagen, der Bundesrat sei «muet», ja sogar «sourd» gewesen. Darf ich darauf verweisen, dass Herr alt Bundespräsident Petitpierre mit seiner Kommission der Guten Dienste für den Jura umsonst immer wieder das Gespräch mit der Ihnen nahestehenden Gruppe suchte? Ich frage Sie ganz höflich: Wer blieb «muet», wer blieb «sourd»? Sicher nicht die Kommission, die im Auftrag des Bundesrates eine sorgfältige Tatbestandsabklärung vornehmen wollte!

Sie sagen, dass das Recht oft nur eine Art Interessenabschirmung sei, dass es gleichsam Interessen verdecke. Lieber Herr Gassmann, ich halte dafür, dass der Rechtsstaat die entscheidende Voraussetzung bleibt, um Neuerungen, wie die von Ihnen angestrebte, ohne Gewaltanwendung zu realisieren. Sie selbst sagten ja mit frohem Unterton, dass eine solche Neuerung unmittelbar bevorstehe. Wenn schon die Regierung eines Kantons einen Verfassungszusatz rechtens werden lässt, der einem Teil des Volkes dieses Kantons und einem Teilgebiet die Verselbständigung bis und mit zum eigenen Staat ermöglicht, dann sollte das uns alle mit einer gewissen Freude und einem gewissen Stolz erfüllen. Dann sollte man aber nicht

so tun, als ob mit dem Recht und mit der Anrufung des Rechtes durch den Bundesrat oder das Parlament gleichsam nur andere Interessen abgeschirmt würden. Unsere einzigen Interessen sind die Wahrung des Gemeinwohls, die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in Freiheit und Unabhängigkeit. Nur so ist überhaupt die Lösung des Problems Jura möglich.

Sie sprachen vom «arracher» jeder einzelnen Handlung in Richtung auf diese Verselbständigung. Sie wissen, dass ich seit zweieinviertel Jahren zu jedem Gespräch mit Ihren Gruppen, mit allen am Juraproblem interessierten Gruppen mich nicht nur bereit erklärte, sondern diese Gespräche auch laufend durchführte. Ich möchte sie konstruktive, schöpferische Beiträge zur Lösung eines echten staatspolitischen Problems nennen. Ihre Hinweise auf die Hellebarben früherer Zeiten sind daher ganz sicher nicht mehr am Platz, wobei ich beifügen möchte, dass Sie die Geschichte leicht krumm gebogen haben, als Sie auf uns allen liebe Kantone verwiesen und so taten, als ob nur fremde Machtträger die Freiheit gebracht hätten. So einfach war es ja – wie wir beide wissen – nicht. Der innere Wille, frei zu sein, war in der Eidgenossenschaft schon damals die Hauptsache; äussere Wirrnisse haben in zeitlicher Hinsicht manches beschleunigt.

Sie verspüren daraus, dass wir allgemein gehaltene und nicht beweisbare Vorwürfe ganz einfach zurückweisen.

Nun zu Ihren konkreten Fragen: Am 18. Dezember 1973 hat der Regierungsrat des Kantons Bern das Plebiszit auf den 23. Juni festgelegt. Unter Hinweis auf Artikel 21 des Verfassungszusatzes gelangte die Berner Regierung am 23. Januar 1974 an den Bundesrat mit dem Ersuchen, die nötigen Massnahmen zu treffen, um die ordnungsgemässe Durchführung der Volksabstimmung sicherzustellen. Sie erkundigen sich mit Ihrer Interpellation, die acht Tage nach der Eingabe der Berner Regierung bei uns eintraf, nach der Art dieser Massnahmen und auch nach der Politik, die der Bundesrat vor und nach der Abstimmung in der Jurafrage einzuschlagen gedenke.

Im Blick auf die ihm durch Artikel 21 des Verfassungszusatzes und Artikel 2 des Gewährleistungsbeschlusses der Bundesversammlung übertragene Aufgabe hat der Bundesrat mein Departement beauftragt, die sich stellenden Probleme zu prüfen und zu gegebener Zeit Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen. Ende dieses Monats werden sämtliche Vorbereitungsmaßnahmen in meinem Departement abgeschlossen sein, worauf ich dem Bundesrat Antrag stellen werde. Als versierter Taktiker werden Sie sicher nicht erwarten, dass man «tous les détails» in der Weise publik macht, dass sie unterlaufen werden könnten.

Im Vordergrund steht jedenfalls die Frage, ob Vorschriften des kantonalbarnischen Abstimmungsverfahrens zu ändern seien und ob eidgenössische Beobachter während der Abstimmung gewisse Kontrollfunktionen übernehmen sollten. Die Arbeitsgruppe, die sich laufend dieser Probleme annimmt, seit ich vom Bundesrat mit der Behandlung der Jurafrage beauftragt worden bin, klärt zurzeit die Zweckmässigkeit und Notwendigkeit aller von uns für möglich erachteten Massnahmen sorgfältig ab. Eine der Massnahmen, die ich als besonders wichtig und als sehr wahrscheinlich bezeichnen möchte, dürfte der Ausschluss der Stimmabgabe durch Stellvertretung sein, womit möglichen Missbräuchen während des Abstimmungsvorganges vorgebeugt werden soll. Eine solche Massnahme liegt ohne Zweifel im Interesse der Altberner und der Jurassier. Sie wird klärend und beruhigend wirken und dazu beitragen, dass der Urnengang in demokratischer Würde abgewickelt werden kann.

Die vom Sprechenden im Auftrage des Bundesrates seit geraumer Zeit geführten Verhandlungen mit dem Regierungsrat des Kantons Bern einerseits und mit Vertretern aller bedeutenderen Strömungen im Jura andererseits werden den Entscheid des Bundesrates mit Blick auf die zu erlassende Verordnung und mit Blick auf weitere Massnahmen zweifellos erleichtern. Ich stelle heute mit einer



gewissen Befriedigung fest – an der selbst Ihr etwas rauher Ton nichts zu ändern vermag –, dass die Grundströmung, wie wir sie zu erkennen vermögen, bei allen, die mit der Abstimmung zu tun haben, doch wohl so gewertet werden darf, dass eine offene Teilnahme und Aussprache anlässlich dieses Plebiszits als Beitrag zur Lösung des Problems empfunden wird. Also nicht mehr, wie das während einer bestimmten Zeit im Vordergrund stand, «*refus catégorique*» oder sogar Anzeichen des Unterlaufens dieser ganzen demokratischen Prozedur. Ich empfinde das als Fortschritt.

Es ist und bleibt dem Bundesrat vor allem daran gelegen, dass die Stimmbürger ihren Willen am 23. Juni frei und unverfälscht zum Ausdruck bringen können, um so mehr, als sie mit dieser Abstimmung erstmals in der Geschichte unseres Bundesstaates ein Verfahren eingeleitet sehen, das in die Bildung eines neuen eidgenössischen Standes ausmünden kann. Angesichts seiner besonderen staatspolitischen Bedeutung wird man daher den Urnengang vom 23. Juni in der ganzen Schweiz mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen.

Nun tönen Sie in Ihrer heutigen Interpellationsbegründung das Problem der Information an. Ich halte dafür, dass das tatsächlich ein Problem ist. Sie wissen aber, dass Ihre Vertreter sowohl im Grossen Rat des Standes Bern als auch hier im Nationalrat jederzeit Fragen stellen konnten und noch können, die mit der Existenz eines möglichen eigenen Kantons zusammenhängen. Der Bundesrat ist diesen Fragen nie ausgewichen. Ein neuer Kanton würde, genau wie alle anderen Stände, beispielsweise am Finanzausgleich und an den übrigen Leistungen der Eidgenossenschaft partizipieren. Ich glaube aber nicht, dass Sie vom Bundesrat erwarten können, dass er gleichsam ein provisorisches Budget für einen möglichen Stand Jura entwirft. Das ist die Aufgabe jener, welche einen eigenen Stand Jura anstreben.

Wenn nun die Regierung des Kantons Bern ihrerseits darzustellen versucht, was im Laufe der Jahre alles für den Jura getan worden ist, dann glaube ich nicht, dass Sie das gleichsam als Abwehr vor einem neuen Stand Jura deuten dürfen. Sie können ja Ihren Mitbürgern in ebenso klarer Weise darstellen, was für Möglichkeiten im Falle der Gründung eines Kantons Jura im eidgenössischen und kantonalen Recht und auch im Konkordatsrecht bestehen, um einen solchen Staat zum Tragen zu bringen. Sollten Sie in dem von Ihnen zitierten Fragebogen irgendwelche Missverständnisse zu erkennen glauben, so würde ich Ihnen empfehlen, sich direkt mit der Regierung des Kantons Bern ins Benehmen zu setzen, um möglichst umfassende Auskünfte zu erhalten über alle finanziellen und wirtschaftlichen Probleme, die den Landesteil Jura betreffen. Soweit es sich um eidgenössische Vorschriften handelt, geben wir in den Ihnen bekannten Verfahren jede gewünschte Auskunft. Ich hoffe, Ihnen damit eine deutliche und auch beruhigende Antwort gegeben zu haben.

Sie sprachen davon, dass die Verantwortlichkeit der Eidgenossenschaft auf dem Spiele stehe. Wir kommen der Verantwortung nach, indem wir – ich wiederhole es – jedem Parlamentarier auf jede klar gestellte Frage klar antworten. Wir werden mit dieser Politik fortfahren. Wir haben das gleiche immer freundeidgenössisch auch gegenüber der Regierung des Standes Bern getan.

Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass wir alle daran interessiert sind, dass keine Fehlinformationen erfolgen. Man darf aber auch nicht überempfindlich sein, wenn jene, die anders denken als Sie, ihren abweichenden Standpunkt bekanntmachen. Ebenso wenig dürfen die anderen überempfindlich sein, wenn die Anhänger eines eigenen Staates Jura ihre Argumente für eine neue staatspolitische Lösung darzustellen versuchen.

Sie wissen – das ist eine weitere Frage von Ihnen –, dass es dem Bundesrat rechtlich verwehrt ist, dies im Verfassungszusatz im Sinne von Artikel 43 der Bundesverfassung umschriebene Stimmrecht in eigener Zuständigkeit zu än-

dern. Das wissen auch die Jurassier, die ausserhalb ihrer engeren Heimat leben. Deren Teilnahme am Urnengang ist nach dem geltenden Recht nicht möglich. Weder Sie selbst noch andere Jurassier haben hier konkrete Vorstellungen in dieser Richtung entwickelt oder Initiativen dieser Art eingereicht. Wir haben uns an die geltende Rechtslage zu halten.

Die von Ihnen erwähnten ausländischen Rechtsspezialisten, auf denen Sie Ihre Argumentation aufbauten, vermögen an der eindeutigen eidgenössischen Rechtsordnung ebenfalls nichts zu ändern. Professor Veiter vertritt mit Bezug auf das völkische Element ohnehin eine etwas andere Auffassung als wir in unserem Staat, der ja überhaupt nur als politische Existenz gedacht ist und nur als politische Nation verstanden werden kann, weil verschiedene Volksgruppen, verschiedene Sprachen und verschiedene Konfessionen in Einheit miteinander leben wollen. Diesen Staatsgedanken wollen wir hochhalten, wie immer der 23. Juni verlaufen wird.

Ich darf zusammenfassen: Der Bundesrat bereitet sich schon heute auf alle denkbaren Abstimmungsergebnisse vor, um rechtzeitig die Massnahmen treffen oder dem Parlament vorschlagen zu können, die sich nach dem Plebiszit als zweckmässig und notwendig erweisen. Eine klare Stellungnahme der Jurassier selbst, ihre Teilnahme am Plebiszit vom 23. Juni 1974, wird die konstruktive Lösung des Juraproblems wesentlich erleichtern.

**M. Wilhelm:** Sur le plan juridique, je constate que le représentant du Conseil fédéral aboutit aux mêmes conclusions que moi-même. J'aurais aimé qu'il marque une volonté plus ferme en ce qui concerne les conséquences politiques possibles du vote du district de Laufen sur le sort de ce futur canton du Jura et je me déclare partiellement satisfait.

**M. Gassmann:** Je ne suis que très partiellement satisfait de la réponse qui vient de nous être donnée. (Rires)

M. le conseiller fédéral a fait allusion à l'additif constitutionnel. Je me permets de lui rappeler, en passant, que dès le départ, les Jurassiens ont fait des réserves sur l'application de ces modalités. Il m'a rappelé quelques vérités: elles sont tellement évidentes que, bien entendu, je m'y rallie aussi; il a mentionné au passage la commission Petitpierre, dont nous n'avons plus entendu parler depuis passablement de temps.

De ses déclarations, je retiens ceci: le Conseil fédéral entend être juste sur le fond et ne pas être trop maladroit dans la forme. Je crois que l'exposé de M. le conseiller fédéral me rassure en tout cas sur la deuxième possibilité qu'offre l'alternative.



Kleine Anfrage Gassmann vom 22. März 1974  
Wirtschaft und Regierung der Kantone

Der bernische Verfassungszusatz vom 1. März 1970 ermöglicht die Schaffung eines Kantons Jura auf dem ganzen betreffenden Hoheitsgebiet oder einem Teil. Darüber findet am 23. Juni 1974 eine Volksbefragung statt. Daraus kann kurzfristig ein neuer Gliedstaat der Eidgenossenschaft entstehen.

Der Bundesrat wird gebeten, die folgende Frage zu beantworten: Kann man aufgrund der in den 25 Kantonen und Halbkantonen der Schweiz gemachten Erfahrungen bestätigen, dass ein Kanton dank dem Wirken seiner Behörden zugunsten seines Gebiets und seiner Bürger die Wirtschaft beeinflussen kann? Ist er fähig, eine Anstrengung für die wirtschaftliche Entfaltung auszulösen und zu unterstützen? Wenn ja, in welchen Bereichen?

Antwort des Bundesrates

- Es gibt kaum gesellschafts-, wirtschafts- und finanzpolitische Massnahmen des Staates, die sich nicht direkt oder indirekt auf die räumliche Verteilung der Bevölkerung und der Wirtschaft auswirken.

Im Vordergrund stehen die gesetzgeberischen Massnahmen, durch die eine normative Ordnung für die Wirtschaft als Ganzes oder für bestimmte Wirtschaftsbereiche geschaffen wird und gleichzeitig die Voraussetzungen für eine zweckmässige staatliche Förderung und Unterstützung festgelegt werden.

Nach den Feststellungen des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements bestanden im Jahre 1972 in 7 Kantonen spezifische Gesetze über die Förderung der regionalen Wirtschaft. Zahlreiche andere kantonale Erlasse wirken sich ebenfalls zugunsten einzelner Wirtschaftszweige, Branchen oder Regionen aus; es sei vor allem auf die Massnahmen im Bereich der Raumplanung und der Industrieansiedlung sowie der Fiskalgesetzgebung hingewiesen.

Von den kantonalen Förderungsmassnahmen, deren Auswirkungen allgemein positiv beurteilt werden, seien insbesondere erwähnt: industriefreundliche Bodenpolitik; grosszügige Erschliessung von Land; Verbürgung von Krediten; Gewährung zinsgünstiger Darlehen; zweckmässige Zuteilung ausländischer Arbeitskräfte; gezielte Information und Werbung; Errichtung kantonalen Beratungs- und Koordinationsstellen.



Kleine Anfrage Wilhelm vom 22. März 1974  
Gemeinschaftsgüter Bern-Jura. Teilung

Für den Fall, dass die Volksbefragung vom 23. Juni 1974 zur Schaffung eines Kantons Jura führen würde, wird der Bundesrat gebeten, mitzuteilen,

a) wie und in welcher Frist der Bund die richtige Bewertung der Gemeinschaftsgüter des alten Kantons Bern und des Juras, ihr vollständiges Inventar, eine Einschätzung und eine gerechte Verteilung und die Uebergabe aller dem neuen Kanton zufallenden mobilen und immobilien Werte garantieren will;

b) ob sich diese Teilung insbesondere auf das folgende beziehen wird:

- die Finanzinstitute des Kantons wie die Kantonalbank, die Hypothekarkasse und die Gebäudeversicherung;
- die Reserven der Pensions- und Fürsorgekassen für die Staatsangestellten;
- das Vermögen der Spitaleinrichtungen oder des öffentlichen Bildungswesens wie des Inselspitals und seiner angeschlossenen Anstalten, der Universität Bern usw.
- die seit 1815 vom Kanton Bern erworbenen Beteiligungen jeder Art;

c) welches die Rekursbehörden sind, wenn es Streitigkeiten bei dieser Teilung gibt.

Antwort des Bundesrates

Sollte das Verfahren, das mit dem Plebiszit vom 23. Juni 1974 eingeleitet wird, zur Bildung eines neuen eidgenössischen Standes führen, so sind die heute dem Kanton Bern gehörenden mobilen und immobilien Güter zwischen dem alten Kanton Bern einerseits und dem neuen Kanton Jura andererseits zu verteilen. Es wäre Sache der direkt Beteiligten, nämlich der beiden Kantone, diese Verteilung zu gegebener Zeit zu regeln, desgleichen den Gegenstand der Teilung im einzelnen festzulegen und zu bewerten. Selbstverständlich wäre der Bundesrat bereit, ihnen dabei seine guten Dienste anzubieten. Sollten die beteiligten Kantone für den Streitfall kein Schiedsgericht bestellen, so wäre es Sache des Bundesgerichts, auf staatsrechtliche Klage hin über die Grundsätze und Modalitäten der Teilung zu befinden.

22.5.1974

(XXXIX - 12) - 648



(659) Kleine Anfrage Péquignot vom 10. Juni 1974

Berner Jura. Abstimmungsdaten

---

Die Bewegung für die Einheit des Juras (Dritte Kraft) hat soeben den Gedanken geäußert, dass, unabhängig vom Ergebnis der Volksbefragung vom 23. Juni 1973 eine Bedenkfrist von zwölf Monaten eingehalten werden soll, um eine Lösung zu suchen, die das Zersplittern des Juras verhindern kann.

Da dieser Vorschlag der in den Artikeln 3 und 4 des "Zusatzes zur Staatsverfassung des Kantons Bern hinsichtlich des jurassischen Landes- teiles" vorgesehenen Frist von sechs Monaten widerspricht und ich mich auf dessen Artikel 21 stütze, der für die Anwendung die Zusammenarbeit mit dem Bund verlangt, bitte ich den Bundesrat, die folgende Frage zu be- antworten:

Ist es gesetzlich möglich, diese Bestimmungen zu blockieren, und, wenn ja, kann dies der Bundesrat anordnen oder mitteilen, welche Behörde diese Notvollmacht hat?

Da der Vorschlag der Dritten Kraft einen gewissen Einfluss auf den Ausgang der Abstimmung haben kann, scheint es mir unerlässlich, dass ich vor dem 23. Juni 1974 eine Antwort erhalte, damit jede Verwirrung vermieden werden kann.

Antwort des Bundesrates

Für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der jurassischen Stimm- bürger sieht der Zusatz vom 1. März 1970 zur bernischen Staatsverfassung ein etappenweises Vorgehen vor. Eingeleitet wird das Verfahren durch eine Abstimmung im ganzen jurassischen Landesteil über die Frage, ob der Jura in seiner heutigen Gesamtheit einen neuen Kanton bilden wolle. Diese Ab- stimmung findet am 23. Juni 1974 statt. In der Folge können die Stimm- berechtigten jurassischer Amtsbezirke und einzelner jurassischer Gemeinden unter gewissen Voraussetzungen weitere Abstimmungen verlangen. Für die Ein- reichung entsprechender Initiativen schreibt der Verfassungszusatz ganz bestimmte Fristen vor, die der Bundesrat weder ändern noch sistieren kann.



12 039

**Postulat Gerwig. Jura-Problem  
Question jurassienne***Wortlaut des Postulates vom 24. Juni 1974*

Im Sinne einer für unser Land dauerhaften und endgültigen Lösung des Juraproblems wird der Bundesrat aufgefordert:

- seine guten Dienste zur Aussöhnung der separatistischen und der antiseparatistischen Gruppen im Jura anzubieten;
- alle Bestrebungen zur Erhaltung der Einheit des Juras zu unterstützen und eine Abspaltung eines Teiles der jurassischen Bezirke von einem zukünftigen Kanton Jura zu verhindern;
- den Bestrebungen Unterstützung zu gewähren, die das Problem Laufental in einem für die Laufentaler Bevölkerung befriedigenden Sinne lösen wollen;
- seinen Einfluss so weit möglich geltend zu machen, damit die zweisprachige Stadt Biel sowie ihre Agglomeration und Region eine befriedigende Regelung der Probleme erfahren, die sich aus der Abspaltung des Juras vom Kanton Bern ergeben werden.

*Texte du postulat du 24 juin 1974*

En vue de donner à la question jurassienne une solution définitive de durable pour notre pays, le Conseil fédéral est invité:

- A proposer ses bons offices pour faciliter la réconciliation des groupements séparatistes et antiséparatistes du Jura;
- A soutenir vigoureusement tous les efforts entrepris aux fins de maintenir l'unité du Jura et d'empêcher que le futur canton du Jura ne soit amputé d'une partie des districts jurassiens;
- A soutenir activement les tentatives visant à résoudre la question que pose le district de Laufon d'une manière satisfaisante pour les habitants de ce district;
- A user de son influence dans toute la mesure du possible pour que Bienne, ville bilingue, de même que son agglomération et sa région, puissent obtenir une solution satisfaisante des problèmes que la séparation du Jura d'avec le canton de Berne fera surgir.

**Gerwig:** Am Tage nach dem Juraplebiszit hat einer der Juraweißen, alt Bundesrat Petitpierre, den Bundesrat in einem Interview aufgefordert, als Vermittler unter den Jurassiern aufzutreten. Er hat das damit motiviert, dass die Abstimmung vom 23. Juni eine neue eidgenössische Tatsache geschaffen habe, dass ohnehin Bundesrat, Parlament und Volk zur neuen Situation Stellung nehmen müsse. Am gleichen Tag habe auch ich mein Postulat eingereicht, aus der Sorge um die Zukunft des neu zu gründenden jurassischen Kantons heraus.

Es geht bei meiner Intervention nicht darum, den Bundesrat aufzufordern, den von der Verfassung von Bern aufgezeigten demokratischen Weg zu verlassen. Auch wenn durch die Abstimmung vom Juni 1974 der erste Schritt getan ist – ein neuer Kanton Jura wird entstehen –, so sind noch viele unbekannte Schritte zu gehen, eine ganze Palette von Lösungen ist noch denkbar. Die Art der Ausgestaltung aber ist wohl für die Direktbeteiligten und für das Schweizervolk von tragender Bedeutung. Wir kennen noch nicht die Gestalt des neuen Kantons. Wird es ein Nordkanton; bleibt der Süden bei Bern; ist im Süden Moutier enthalten; bestehen nicht noch Chancen auf einen einzigen Kanton Jura, auf zwei Halb- oder sogar auf zwei Ganzkantone? Es kann kein Zweifel bestehen, dass ein einheitlicher Kanton Jura vom Pruntrutertal bis nach Neuveville das ideale föderalistische Gebilde wäre. Industrielle Wirtschaft neben Verwurzelung in bäuerlichen Gebieten, konfessionelle und parteipolitische Ausgewogenheit, gemeinsame Grenzen mit französischsprachigen Kantonen, kurz: staatspolitisch ein paritätischer Kanton mit grösstem Interesse für unser ganzes Land. Aehnlich beurteilt der zweite Bericht der Kommission Petitpierre die Situation. Doch das Beste ist vielleicht nicht das politisch Machbare; wer weiss das besser als wir hier! Auf beiden Seiten sind wenig versöhnliche Töne hörbar, die uns diesem Idealkanton Jura näherbringen könnten. Staatsmännische Gesten der Versöhnung sind ausgeblieben in der noch vergifteten Atmosphäre des jahrzehntelangen Kampfes. Die Stunde der Gemässigten hätte am 22. Juni schlagen können; die Töne dieser Uhr sind jedoch nicht gehört worden, eine mögliche schöpferische Pause ist nicht benützt worden, was jetzt dazu führt, dass meine Postulatsbegehren nicht sehr einfach erfüllbar sind. Und doch wird einmal die Geschichte jenen recht geben, die, unabhängig von Prestigedenken, vielleicht wenig realitätsbezogen, jetzt davor warnen, die Trennung zu vollziehen. Wenngleich es eine historische Einheit des Juras nicht gibt, wenngleich wir bedenken müssen, dass schon seit dem Mittelalter eine Einheit nie gegeben war, so gibt es doch viele Zeichen dafür, dass ein einziger Kanton Jura das Ziel aller bisherigen Bestrebungen aller war. In der Berner Staatsverfassung wird das jurassische Volk ausdrücklich anerkannt, und dieses Volk besteht aus allen Bezirken. Für die ehemaligen Separatisten war und ist das Ziel ihrer Ideen – auch in ihren Statuten enthalten – die Einheit des Juras. In den Statuten der Antiseparatisten von 1952 (Art. 1) wird die Einheit des Juras nicht in Frage gestellt; das Nein der Antiseparatisten im Juni war ein Ja für die Einheit des Juras, wenn auch im Rahmen des Kantons Bern. Gleich verhält es sich bei den Anhängern der Dritten Kraft und bei der Jurassischen Deputation. Alle also für die Einheit des Juras aus überzeugenden Gründen. Gelten diese Gründe jetzt nicht mehr, nur weil eine Partei in diesem Kampfe verlieren musste? Sind die Antiseparatisten plötzlich nicht mehr für die Einheit, für die sie so lange kämpften? Ist es nebensächlich, dass der noch verbleibende Südjura, vielleicht sogar ohne Moutier, eine Art Anhängsel im alten Kanton Bern werden wird, einsamer und verlässener als irgendeine Gegend irgendeines Kantons, verunsichert dem neuen Kanton Jura gegenüber, abgeschlossen gegen die Romandie und frustriert gegen Bern? Werden diese Südjurassier sich damit abfinden wollen, zu einer hoffnungslosen Minorität zu werden, ohne neues Jurastatut, ohne Vergünstigungen von Bern? Werden dereinst die jetzigen Führer des Südens die



Verantwortung tragen können, dass es später keinen verfassungsrechtlichen Weg mehr gibt zurück zum Jura, vorwärts auch nicht zu einem eigenen Kanton neben dem Kanton Nord? Die eidgenössische und die Berner Verfassung zeigen diesen Weg nicht. Werden sich die Antiseparatisten dem Vorwurf aussetzen wollen, dass sie die Separatisten von heute geworden sind? Es geht mir nicht darum, den Süden von Bern abzuspalten und hiezu auch noch den Bundesrat einzuschalten, sondern es liegt mir daran, den Jurassiern im Süden, aber auch den übrigen Schweizern zu zeigen, dass bei allen brennenden Faktoren der Norden dem Süden näher liegen sollte als alles andere. Müssten die Führer beider Teile nicht heute eigentlich erkennen, dass ihre Nachkommen bereits nicht mehr aus der Atmosphäre der Angst heraus leben können, sondern sich ganz einfach fragen: Was hat man mit uns 1974 gemacht? Wäre nach der Abstimmung nicht eine Denkpause möglich gewesen, in der sich auch der Bundesrat hätte einschalten können? Kann man heute noch irgendetwas Vernünftiges tun; ist die Zeit nicht zu kurz; sind die Fronten nicht zu sehr abgesteckt; bestehen nicht rechtliche Bedenken?

Ich habe schon hoffnungsvollere Postulate eingereicht. Diese zu rasche Entwicklung seit dem Juni hat die Möglichkeiten des Bundesrates stark vermindert. Ich bin mir klar, wie schmal der verfügbare Weg des Bundesrates rechtlich aus Legalitätsgründen geworden ist, den zu begehen ich ihn aufgefordert habe. Wenn ich trotz dieser Risiken das Postulat eingereicht habe, so, weil sich das Postulat, wie so oft bei Vorstössen, nicht nur an den Bundesrat, sondern auch an die Jurassier wendet. Unser Ratskollege Guy Fontanet hat am 21. Juni 1973 hier im Rate den Bundesrat aufgefordert, einmal etwas Aussergewöhnliches zu tun und «imagination» walten zu lassen. Dieser Satz ist – auch Herr Fontanet – noch im Raum.

Das Juraproblem ist kein kantonbernisches Problem, auch wenn viele Ratskollegen das immer glaubten. Es war es nie. Wir sind alle verantwortlich, wie dieses zu gründende Staatsgebilde in unserem Staat aussehen wird. Das dornenvolle Juraproblem darf nicht zu einem dornenvollen eidgenössischen Dauer-Tatbestand werden. Das ist der Grund, weshalb ich hier spreche. Gehen wir davon aus, dass ein Kanton Nordjura aufgrund der demokratischen Bestimmungen der Verfassung Berns geschaffen wird. In einer faszinierenden Arbeit wird ein neuer Kanton mit moderner Verfassung entstehen. Was wird mit den Südjurassiern in einem Kanton Bern passieren, den sie nicht verstehen, der sie nicht versteht, selbst wenn es beide wollten? Das Problem wird eidgenössisch weiter schwelen, jahrzehntelang vielleicht, ohne dass die Verfassung Möglichkeiten gibt, diesen Zustand zu verändern. Eine solche Entwicklung kann aber nicht im gesamtschweizerischen und auch nicht im jurassischen Interesse sein. Sie wird zur Frage an die Eidgenossenschaft, an den Bundesrat, der mit «imagination» hier etwas Aussergewöhnliches tun sollte. Wenn es wahr ist, was wir so gerne von uns sagen, dass wir vier Völkernationen sind, die immer zusammenhalten, dann sind wir aufgerufen, zu verhindern, dass – wie schon 1815 – wiederum eine Missgeburt entsteht, die uns weiter belasten wird.

Ich habe den Bundesrat aufgefordert, seine guten Dienste zur Annäherung der separatistischen und antiseparatistischen Gruppen im Jura anzubieten und alle Bestrebungen zur Erhaltung des Juras zu unterstützen. Einen Schritt hat er bereits vorgestern durch die Bildung eines Dreierkollegiums erfreulicherweise getan. Zur Vorbereitung der Verfassungsrevision wäre das nicht nötig gewesen. Ich muss zu meiner Befriedigung annehmen, dass politische Gründe, die in der künftigen Entwicklung des Juras liegen, massgebend waren. Politische Zurückhaltung und rechtsstaatliche Bedenken werden der Grund gewesen sein, vorläufig nicht noch weiter zu gehen. «Gute Dienste» bedeutet eigentlich «zur Verfügung stehen» für alle jene, die

diese Hilfe benötigen, mehr nicht. Gute Dienste greifen nicht in demokratische Abläufe ein. Gute Dienste wären zum Beispiel die Abklärung, wie ein Gesamtkanton Jura die Minoritäten des Südens behandeln würde. Vielleicht hätte eine solche Abklärung die Abstimmung für viele Südjurassier erleichtern können. Vielleicht würde es beide Teile des Juras vor der Abstimmung interessieren, was für rechtliche Voraussetzungen nötig wären, um zwei Halbkantone zu schaffen oder, was wohl viel besser wäre – ich muss das als Mitglied eines Halbkantons sagen –, zwei neue Kantone, eine Möglichkeit, die durchaus im Rahmen unseres föderalistischen Staates realen Stellenwert haben würde.

Herr Aubert hat in einem Artikel im «Tages-Anzeiger» im September folgendes darüber ausgeführt: «Bei allem scheint es, dass der Jura reif ist zur Bildung zweier Kantone. Ob er zur Bildung eines einzigen Kantones reif ist, ist nicht so sicher.»

Herbert Lüthy hat 1965 entscheidende Ideen gesetzt, die leider heute etwas in den Hintergrund geraten sind. Wer könnte für solche Diskussion und Information bessere Dienste leisten als der Bundesrat? Der vom Kanton Bern vorgezeichnete Weg ist ja nicht abschliessend. Ideen sind weiter gefragt, das Thema faszinierend; dem Bundesrat steht ein weites Feld zu seiner Betätigung offen.

Ich habe das Problem Laufental genannt. Das ist ganz prekär. Hier ist die Verfassung des Kantons Bern völlig unklar. Wie wird etwa der Anschluss an einen benachbarten Kanton vor sich gehen? Hat zuerst das Laufental zu entscheiden oder zuerst der anvisierte Kanton? Alles das ist völlig offen, und die Laufentaler sollten das wissen. Wer könnte ihnen hier besser helfen als der Bundesrat?

Auch Biel wird es nicht einfach haben. Biel steht zwischen den Fronten, nicht zuletzt aus eigener Schuld, hat es doch diese Stadt verpasst, Stellung zu beziehen und einen eigenen Standpunkt zu haben. Biel steht heimatlos im Raum. Sicher wird es die Kraft haben, als zweitgrösste Agglomeration sich im Kanton Bern zu behaupten. Dennoch gehört es zur Lösung des jurassischen Konfliktes, dass auch Biel in unsere Sorge einbezogen wird. Die Rechte der Bieler, vor allem auch der welschen Bieler, müssen auch in einem vernünftig amputierten Kanton Bern, aber auch gegenüber dem neuen Kanton Jura gewahrt bleiben. Es werden sich in dieser Stadt Biel vor allem Fragen der Bildung, der Kultur, der Ausbildung, der Schulen, der Spitäler, der Region an sich ergeben, die allenfalls durch die guten Dienste des Bundesrates zu lösen sind. Wichtig ist, dass Biel in seiner Eigenart der Zweisprachigkeit erhalten bleibt. Sie sehen, dass die Jurafrage noch nicht gelöst ist. Ich wäre dankbar, wenn der Bundesrat durch die Annahme des Postulates die Lösungsmöglichkeiten erweitern würde.

**Bundesrat Furgler:** Ich bin Herrn Nationalrat Gerwig dankbar, dass er uns mit diesem Postulat Gelegenheit gibt, zu einem wichtigen eidgenössischen staatspolitischen Problem Stellung zu beziehen. Ich bedanke mich auch für die umfassende Darstellung der Motive, die ihn zu seinem Vorstoss bewogen haben.

Am 23. Juni 1974 ist im Prinzip die Schaffung eines neuen eidgenössischen Standes beschlossen worden. Das ist ein historisches Ereignis für den Bundesstaat Schweiz. Damit ist die Jurafrage in eine neue, entscheidende Phase getreten. In der Tat haben an jenem Tag die Stimmberechtigten der sieben jurassischen Amtsbezirke des Kantons Bern vom Selbstbestimmungsrecht, das ihnen die bernische Staatsverfassung – ich möchte das unterstreichen – am 1. März 1970 eingeräumt hat, Gebrauch gemacht und mit 36 802 Ja gegen 34 057 Nein beschlossen, einen eigenen Kanton zu bilden. Ist das Gebiet des neuen Kantons einmal festgelegt und ist dessen Verfassung angenommen, so werden die Artikel 1 und 80 unserer Bundesverfassung zu revidieren sein. Allein schon aus dieser Feststellung ergibt sich, dass wir in eine entscheidende Phase getreten sind,



die das eidgenössische Parlament, die den Bundesrat interessieren muss.

Beendet, so kann ich es anders formulieren, wird demzufolge das Verfahren auf eidgenössischer Ebene, nämlich durch eine Abstimmung von Volk und Ständen. Im Hinblick auf eine rechtzeitige und sorgfältige Vorbereitung dieser Verfassungsrevision – gerade weil noch so viele Unklarheiten bestehen, und weil ein grosser Teil der schweizerischen Bevölkerung in verschiedenen Kantonen sich keineswegs so vertraut fühlt mit dem Juraproblem, wie das aus den Worten des Herrn Postulanten für ihn selbst klar zum Ausdruck gebracht worden ist –, also im Hinblick auf eine rechtzeitige und sorgfältige Vorbereitung der Verfassungsrevision und aller damit zusammenhängenden vielschichtigen Fragen hat der Bundesrat in seiner letzten Sitzung, wie Sie bereits wissen, eine Delegation bestellt, bestehend aus den Herren Kollegen Willi Ritschard und Georges-André Chevallaz sowie aus dem Sprechenden als Vorsitzendem.

Ich hatte hier wiederholt Gelegenheit, im Namen des Bundesrates zu erklären – diese Erklärung wiederhole ich heute –, dass der Bundesrat den Beteiligten seine guten Dienste zur Verfügung stellt. Wir müssen diesem Begriff einen Inhalt geben. Herr Nationalrat Gerwig hat Interpretationsmöglichkeiten aufgezeigt. Diese Bereitschaft bleibt ungeschmälert erhalten. Aber ich muss ein «aber» beifügen. Ich bin überzeugt, dass Herr Nationalrat Gerwig sein Postulat auch so verstanden wissen möchte: Der Bundesrat hat sich an die eigene Rechtsordnung zu halten. Anders formuliert: Wir sind nicht in der Lage, entsprechend dem Wortlaut des Postulats die «Abspaltung eines Teiles der jurassischen Bezirke von einem zukünftigen Kanton Jura zu verhindern», ganz einfach deshalb, weil die von beiden Kammern gewährleistete bernische Staatsverfassung, die seinerzeit mit ihrem Zusatz auch vom Jura als ein grosser Fortschritt begrüsst und anerkannt worden ist, eine mögliche Teilung des Juras gleichsam in Kauf genommen hat. Man könnte es so formulieren: Mit der Annahme jenes Verfassungszusatzes wurde das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Bezirke, ja sogar Grenzgemeinden höher bewertet als die politische Einheit des Juras. Das ist eine sehr bedeutsame Aussage, die sich aus der bernischen Staatsverfassung selbst ergibt.

Der Bundesrat hat diese Entscheidung zu respektieren. Nehmen Sie – rein theoretisch – an, am 23. Juni wäre anders entschieden worden; die Mehrheit hätte sich für ein Verbleiben bei Bern entschieden. Es ist selbstverständlich, dass ich Ihnen mit der genau gleichen Argumentation, in Respektierung unserer Rechtsordnung, erklären würde und erklärt hätte, dass auch die Nordbezirke von ihrem Recht auf Selbstbestimmung in einem zweiten Plebiszit hätten Gebrauch machen können. Trotz aller Schwierigkeiten, die solche Zerreihsproben mit sich bringen, ist ein Staat, langfristig gesehen, einzig und allein dann gesund und damit auch lebensfähig, wenn er sich an die Rechtsordnung hält. Ich darf deshalb noch einmal sagen: Der Bundesrat hat diese Entscheidung zu respektieren. In gleicher Weise hätte er im Fall eines anderen Ausgangs der Abstimmung vom 23. Juni den Entscheid anderer Bezirke respektiert, durch ein zweites Plebiszit einen neuen Kanton zu gründen.

Völlig offen – hier ist ein weiter Spielraum, auf den Herr Nationalrat Gerwig mit Recht hingewiesen hat – ist das Gespaltenwollen der Jurassier unter sich. Ich erinnere mich sehr gut, dass ich hier bei der Stellungnahme zur Motion von Herrn Nationalrat Wilhelm und zur Interpellation von Herrn Nationalrat Gassmann sagen durfte, dass wir in unserer Demokratie die schöpferische Kraft der Bürger nicht hoch genug veranschlagen können, dass wir sie zum Dialog auffordern müssen, wenn sie in spannungsreiche Situationen geraten. Diese schöpferische Kraft ist auch heute erwünscht im Jura, zwischen Nord und Süd,

denn es muss ja im Interesse aller Beteiligten eine sinnvolle Lösung gesucht und gefunden werden, damit nicht aus dem Juraproblem, wie Herr Nationalrat Gerwig es zu Recht als möglich geschildert hat, ein Zankapfel auf Jahrzehnte wird. Hier sind die Partner im Jura selbst, unsere Mitbürger im Süden und im Norden, einmal mehr zum Gespräch aufgerufen. Die Fronten dürfen sich ganz einfach nie so verhärten, dass man das Gespräch in einer Demokratie nicht mehr findet.

Ich meine also: Die Rechtslage ist klar. Sie lässt aber sehr viel Spielraum für das, was ich soeben mit «Gespräch» unter den beteiligten Jurassiern selbst umschrieben habe. Eine Aenderung der Rechtslage könnte nur durch eine Revision des kantonalen bzw. eidgenössischen Verfassungsrechtes herbeigeführt werden. Ich nehme an, dass sich Herr Nationalrat Gerwig in diesem Punkt völlig meiner Auffassung anschliesst. Wir haben «unité de doctrine». Nun ist ein Fall vom Herrn Postulanten bewusst herausgehoben worden, auf den auch ich näher eintreten möchte. Ich spreche vom Laufental. Für den Amtsbezirk Laufen sieht die bernische Staatsverfassung ein Sonderverfahren vor. Entscheidet sich Laufen in einem zweiten Plebiszit für den Verbleib im Kanton Bern, so kann innert zweier Jahre nach der Erhaltung des bezüglichen Abstimmungsergebnisses – das ist die Ausgangslage – eine Volksbefragung über den Anschluss an einen benachbarten Kanton durchgeführt werden. Der Bundesrat teilt die Meinung des Herrn Postulanten, dass hier sehr viele Fragen offengeblieben sind, Fragen, an deren Klärung die Eidgenossenschaft in hohem Masse interessiert ist. Beispielsweise ist nicht vorgesehen, ob die Abstimmung über den Anschluss an den benachbarten Kanton den Verhandlungen mit diesem Kanton voranzugehen habe oder nicht, ob kantonale oder eidgenössische Behörden die Verhandlungen führen oder vermitteln sollen, wann im Anschlusskanton über die Aufnahme des Laufentales abgestimmt werden müsste und welches Verfahren in der Folge auf eidgenössischer Ebene einzuschlagen wäre. Sie erkennen den Unterschied zur eigentlichen Jurafrage sofort: Ausser dem Kanton Bern ist an der Zukunft des Laufentals möglicherweise ein weiterer Kanton interessiert, eben der «Anschlusskanton». Gegebenfalls stellt sich dann für den Bundesrat die wichtige Frage: Wer verhandelt nun mit diesen beiden Ständen? Der Bundesrat bemüht sich um die Abklärung dieser und weiterer Fragen aus eidgenössischer Sicht und begrüsst es, dass sich die politischen Parteien und verantwortungsbewusste Bürger des Bezirks Laufen bereits mit den Vertretern der Gemeinden in einer Sonderkommission zusammengefunden haben, um gemeinsam nach möglichen und wünschbaren Lösungen für die Zukunft des Laufentals zu suchen.

Ich darf zusammenfassend zu diesem Laufentalproblem erklären: Es ist dem Herrn Postulanten beizupflichten, dass hier der Bundesrat zusätzliche Abklärungen vorzunehmen hat.

Nun zur Brückenstadt Biel. Es ist eine Brückenstadt, die in sich eine Synthese gefunden hat – und täglich neu finden muss – zwischen Deutschschweizern und welschen Mitbürgern. Je nach der territorialen Ausgestaltung des neuen Kantons werden sich auch für Stadt und Region Biel manigfache Probleme, vor allem im Bereich des Schulwesens, des Spitalwesens usw. ergeben. Wir wären blind, wenn wir das nicht offen anerkennen wollten. Diese Probleme werden zu gegebener Zeit insbesondere Gegenstand interkantonalen und interregionaler Verhandlungen bilden müssen. Der Bundesrat ist auch hier bereit, bei der Suche nach adäquaten Lösungen nach Massgabe seiner Möglichkeiten mitzuwirken. Wir wissen, dass sich die Regierung des Kantons Bern sehr um dieses Problem kümmert und dass sich Süd- und Nordjurassier der Sonderstellung Biels durchaus bewusst sind; das Seeland als Ganzes darf nicht vergessen werden. Wir sind überzeugt, dass auch hier die schöpferische Kraft der Menschen, die

in jenem Raume leben, Wesentliches dazu beitragen wird, dass sinnvolle Lösungen gefunden werden.

Der Bundesrat hat in den letzten Jahren immer wieder betont, dass die Jurafrage auch ein eidgenössisches Problem sei. Seit dem 23. Juni gilt das *a fortiori* – in verstärktem Masse. Er hat die Entwicklung nicht passiv verfolgt, sondern er hat durch seine guten Dienste in engem Kontakt mit der Regierung des Kantons Bern, aber auch offen für alle Gespräche mit den im Jura lebenden verschiedenen politischen Gruppierungen, das Seine dazu beizutragen versucht, dass die erste entscheidende Volksabstimmung ruhig und würdig stattfand. Dass Schwierigkeiten und Spannungen nicht einfach ausgeräumt sind, weiss ich aus zahlreichen Kontakten mit Menschen, die im Jura leben. Das lässt sich vermutlich nur durch noch besseren guten Willen der Beteiligten und durch noch vertiefteren Respekt vor der Meinung des Andersdenkenden in Zukunft ändern. Ich sage also: Der Bundesrat hat die Aufgabe, die ihm zufällt, erkannt und übernommen; er wird sie weiterhin übernehmen. Er bleibt in ständigem Kontakt mit der Regierung des Standes Bern und steht weiterhin zur Verfügung für die jurassischen Mitbürger in Nord und Süd.

Sie wissen – ich füge das lediglich bei –, dass wir auch unsere Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Volksabstimmung vom 23. Juni voll und ganz getragen haben. In Ausführung des ihm von der Bundesversammlung erteilten Auftrags, die ordnungsgemässe Durchführung sicherzustellen – das gilt auch für künftige Volksabstimmungen und ist gar nicht so einfach –, überwachten wir durch eidgenössische Beobachter die Abstimmung, ordneten auch, wie Sie wissen, verschiedene Aenderungen des bernischen Abstimmungsrechtes an (z. B. Ausschluss der Stimmabgabe durch Stellvertretung). Das alles hat ohne Zweifel zu einem demokratischen Meinungsbildungsprozess beigetragen. Bereits an der Sitzung von 24. Juni, also unmittelbar nach der Abstimmung, hat der Bundesrat aufgrund eines Berichtes meines Departementes die durch das Plebiszit entstandene neue Lage sehr sorgfältig geprüft und ausgewertet. Seither hat der Bundesrat in verschiedenen Sitzungen diesem Fragenkomplex volle Beachtung geschenkt. Ich durfte bereits auf die Einsetzung einer bundesrätlichen Delegation hinweisen. Der Stab, der alle mit der Gründung des Kantons zusammenhängenden Fragen zu bearbeiten hat, wird ausgeweitet. Der Bundesrat ist auch bereit zu prüfen, in welcher Form und in welchem Ausmass er bei der Lösung der von Herrn Nationalrat Gerwig aufgeworfenen sowie weiterer Fragen mitwirken kann, die sich im Zusammenhang mit der Schaffung des neuen eidgenössischen Standes stellen werden. In diesem Sinne sind wir bereits an der Arbeit.

*Ueberwiesen – Transmis*



Einfache Anfrage Villard vom 31. Januar 1975

Jura-Abstimmung

Wird sich die zweite Volksbefragung vom 16. März in den Bezirken des Südjuras unter Bedingungen abwickeln lassen, die die freie Meinungsäusserung ermöglichen? Man kann darüber im Zweifel sein, denn die Bewegung "Jura sud autonome" soll mehrfach und in mehreren Orten keinen Saal für eine Versammlung ihrer Anhänger gefunden haben.

Hat sich die Delegation des Bundesrates für die Jurafrage mit dieser Lage befasst? Ist sie bereit, sofort Massnahmen zu ergreifen, damit die Freiheit der Meinungsäusserung gewährleistet und die Versammlungsfreiheit wiederhergestellt wird?

Antwort des Bundesrates

Die verfassungsmässigen Rechte der freien Meinungsäusserung und der Versammlungsfreiheit gehören zu den tragenden Grundlagen der schweizerischen Demokratie, da ohne sie die demokratische Willensbildung und die freie Ausübung der politischen Rechte nicht denkbar sind. Aus diesen Freiheitsrechten lässt sich indessen kein Anspruch des Bürgers auf positive Leistungen des Staates (Bund, Kantone, Gemeinden) in dem Sinn ableiten, dass dieser zu ihrer Ausübung seine Einrichtungen zur Verfügung stellt. Sie gewährleisten dem Bürger nur Schutz vor staatlichen Eingriffen. Was allgemein gegenüber dem Staat gilt, gilt um so mehr gegenüber Privaten. Stellt der Staat aber seine Einrichtungen zur Verfügung, so hat er den Grundsatz der rechtsgleichen Behandlung zu beachten, d.h. alle Gesuche nach den gleichen Kriterien zu behandeln.

Am 18. Dezember 1974 hat der Bundesrat die für eine ordnungsgemässe Durchführung des zweiten Jura-Plebiszits vom 16. März 1975 erforderlichen Massnahmen getroffen. Die bundesrätliche Jura-Delegation verfolgt die Entwicklung mit grösster Aufmerksamkeit. Sie wird nicht zögern, dem Bundesrat weitere Anordnungen zu beantragen, falls ihr konkrete Fälle zur Kenntnis gelangen sollten, in denen die erwähnten Freiheitsrechte nicht mehr gewährleistet sind. Zuständig zur letztinstanzlichen Beurteilung von Streitfällen wäre allerdings nicht der Bundesrat, sondern das Bundesgericht.

26.2.1975

75.707 Dringliche Einfache Anfrage Hofer-Bern

(5. Juni 1975)

Jurafrage Fernsehen

Am 26. April 1975 reichte eine Gruppe von Frauen der "Force démocratique" der drei Amtsbezirke des Südjuras beim Westschweizer Fernsehen in Genf eine von 6'206 Unterschriften begleitete Petition ein.

Diese Petition protestierte gegen die Manipulation einer Reihe von Fernsehsendungen durch bestimmte sogenannte "Jura-Spezialisten". Sie verlangte den Einsatz neutral und objektiv berichtender Fernsehmitarbeiter, welche die Angelegenheiten des Südjuras kennen und imstande sind, die ganze Vielschichtigkeit seiner Probleme zu berücksichtigen. Die Notwendigkeit der Ernennung ortsgebundener Korrespondenten - analog jener in den Regionen Wallis, Freiburg, Waadt, Neuenburg und Nordjura - ergibt sich aus detaillierten, seit 1969 gemachten Erhebungen über die Juraberichterstattung des Westschweizer Fernsehens und aus der Tatsache, dass das nicht-jurassische Publikum vom Ergebnis des Plebiszits vom 16. März ausgesprochen überrascht wurde und dass es somit über die wirkliche Situation in diesem Landesteil in keiner Weise informiert war.

Statt der Petition der Bevölkerungsmehrheit einer ganzen Region des Westschweizer Sendegebietes stattzugeben und die dokumentierten Beanstandungen untersuchen zu lassen, beschränkte sich der Regionaldirektor von Radio und Fernsehen, René Schenker, darauf, seinen Mitarbeitern das volle Vertrauen auszusprechen. Dieses Vertrauensvotum wurde in der Tagesschau vom 3. Mai verlesen.

Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um dem berechtigten Anliegen des Südjuras - dessen Erfüllung auch im Interesse eidgenössischer Verständigung liegt - bei der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft Gehör und Befriedigung zu verschaffen ?

16.6.75



Antwort des Bundesrates

Die Konzession vom 27. Oktober 1964 für die Benützung der elektrischen und radioelektrischen Einrichtungen der Schweizerischen Post-, Telephon- und Telegraphenbetriebe zur öffentlichen Verbreitung von Radio- und Fernsehprogrammen verpflichtet die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) zu einer objektiven und umfassenden Information.

Die SRG ist sich der Schwierigkeiten bewusst, die mit dem Jura-Problem verbunden sind. Sie hat sich bemüht, auch bei den Plebisziten vom 23. Juni 1974 und vom 16. März 1975 dem für alle Abstimmungen gültigen Grundsatz nachzuleben, der eine ausgewogene Vertretung der Parteien verlangt.

Der Bundesrat ist bereit, die von Herrn Nationalrat Hofer aufgeworfenen Fragen mit der SRG zu besprechen.

Einfache Anfrage Gassmann vom 6. März 1975  
Arbeitslosigkeit im Jura

---

Arbeitslosigkeit im Jura

- Die jurassische Volkswirtschaft hat in keiner Weise zur Konjunkturüberhitzung der letzten Jahre beigetragen. Hingegen hat sie die Bekämpfungsmassnahmen, die indifferenziert und ohne Rücksicht auf regionale Unterschiede angewendet werden, in ihrer ganzen Härte zu tragen.
- Die Finanz- und Kreditpolitik des Bundesrates und der Nationalbank tragen noch zu einer Verschärfung der volkswirtschaftlichen Lage bei, die sich namentlich im Bausektor und in der Uhrenindustrie rasch verschlimmert.
- In der Uhrenindustrie ist die Vollbeschäftigung nicht mehr garantiert, zumal zur Zeit notwendige Umstrukturierungen im Gange sind. Die Zahl der Entlassungen nimmt rasch zu und die Arbeitszeitverkürzungen sind drakonisch. Am meisten davon betroffen sind die jungen Arbeiter, die Frauen und die Grenzgänger.
- Nun hat auch die grösste Gruppe der Uhrenindustrie, die ASUAG, die namentlich im Südjura eine grosse Zahl von Betrieben kontrolliert, Massnahmen getroffen, welche mehr als 4000 jurassische Arbeiter und ihre Familien zu spüren bekommen.
- Nun hat am 21. Januar 1975 der Finanzdirektor des Kantons Bern den auf Wunsch des Regierungsrats versammelten bernische National- und Ständeräten gesagt, der Kanton Bern habe in bezug auf die Beschäftigungslage keine Möglichkeit zu intervenieren. Im übrigen sei die Situation nicht schlimm; der Regierungsrat bleibe optimistisch.
- Schliesslich ist auch zu erwähnen, dass der Konjunkturartikel im Jura mit 10'104 JA (61 %) gegen 6'489 NEIN (39 %) angenommen wurde.

Aufgrund dieser Erwägungen wird der Bundesrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ueber welche Instrumente zur Beeinflussung der Beschäftigungslage verfügt der Bund gegenwärtig ?
2. Welches sind seine Absichten und welche Mittel will er einsetzen, um namentlich der Uhrenindustrie bei der Ueberwindung ihrer Schwierigkeiten zu helfen ?
3. Wie kann der Bund bei den Kantonen, namentlich beim Kanton Bern, intervenieren, um ihnen zu helfen, die ihrerseits dringend notwendigen Massnahmen zu treffen zur Wahrung der Interessen der Arbeiter in den von der Arbeitslosigkeit betroffenen Gebieten ?

14.5.1975



## Antwort des Bundesrats

Wir sind mit Herrn Nationalrat Gassmann der Auffassung, dass die wirtschaftlich schwächeren Landesgegenden, wie beispielsweise der Jura, kaum zur Konjunkturüberhitzung der letzten Jahre beigetragen haben. Aus diesem Grunde bemühten wir uns, die einzelnen Stabilisierungsinstrumente möglichst flexibel zu handhaben und den regionalen Bedürfnissen anzupassen.

Im Vordergrund der ersten Frage steht die Arbeitslosenversicherung, deren Revision so rasch als möglich vorangetrieben wird. Weil die Verwirklichung des neuen Konzepts einer Verfassungsrevision bedarf, die nicht vor 1978 zum Tragen kommen dürfte, sind Verbesserungen des bestehenden Systems auf verschiedenen Ebenen, in erster Linie in den Kantonen ohne öffentliche Kassen, anzustreben. Aber auch der Bund bemüht sich, im Rahmen eines Ueberbrückungskonzepts die wichtigsten Lücken einzuengen und den Versicherungsschutz auszubauen. Schliesslich kamen die Spitzenverbände beim Abschluss der Vereinbarung über Verhaltensrichtlinien bei Betriebsschliessungen Ende April 1975 überein, ihren Mitgliedorganisationen zu empfehlen, die obligatorische Zugehörigkeit zur Arbeitslosenversicherung im Rahmen der Gesamtarbeitsverträge zu regeln.

Der wirtschaftliche Umschwung der jüngsten Zeit veranlasste uns, die konjunkturpolitischen Massnahmen nach Möglichkeit der veränderten Lage anzupassen. Erwähnt seien namentlich die Aufhebung des Baubeschlusses Ende 1974, der Verzicht auf eine Verlängerung des Abschreibungsbeschlusses sowie die mehrfachen Erleichterungen bei der Kreditzuwachsbegrenzung, die gleich wie die Beschränkungen der Kleinkredit- und Abzahlungsgeschäfte auf den 1. Mai 1975 aufgehoben wurde. Zudem haben wir die Arbeitsbeschaffungsreserven für die Uhren-, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie für einzelne in Bedrängnis geratene Firmen anderer Branchen freigegeben und die Währungsrisikoversicherung im Rahmen der Exportrisikogarantie verbessert. Um der Gefahr eines eigentlichen Beschäftigungs- und Einkommenseinbruchs zu begegnen, beantragt der Bundesrat dem Parlament mit Botschaft vom 30. April 1975 zusätzliche Vorkehren im Investitions- und Exportbereich sowie auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung.

Verschiedene dieser Massnahmen, so hauptsächlich der Ausbau der Exportrisikogarantie und die Freigabe der Arbeitsbeschaffungsreserven, sollten der Uhrenindustrie die Ueberwindung ihrer gegenwärtigen Schwierigkeiten erleichtern. Ferner seien in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Nationalbank in Erinnerung gerufen, durch eine ganze Reihe von währungspolitischen Vorkehren die Nachfrage nach Schweizerfranken einzudämmen und den Wechselkurs unserer Währung auf einer tragbaren Höhe zu stabilisieren.

Die Möglichkeiten des Bundes, die Kantone zu analogen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen zu veranlassen, wie dies Herr Nationalrat Gassmann in seiner dritten Frage vorschlägt, sind aus staatsrechtlichen Gründen von vorneherein beschränkt. Es besteht aber schon heute auf verschiedenen Gebieten ein enger Kontakt zwischen Bund und Kantonen. In jüngster Zeit ist namentlich in den Bereichen der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitsvermittlung und der Umschulung die Zusammenarbeit intensiviert worden.

## NATIONALRAT

### 75.762 Dringliche Einfache Anfrage Oehen

vom 15. September 1975

#### Jurafrage

Die republikanische und nationale Fraktion stellte bereits in ihrem Communiqué vom 9. September die Frage, wie lange der Bundesrat noch zuzuwarten gedenke, bis er die notwendigen Massnahmen zur Beendigung der Angriffe auf die verfassungsmässige Ordnung von Bund und Kantonen treffe.

Nachdem verschiedene politische Führer der Separatisten in aller Offenheit zum Teil sogar an Grossveranstaltungen erklären, die demokratischen Entscheide der Bevölkerung des Jura und des Kantons Bern nicht zu anerkennen, sofern sie ihnen nicht passen und in verwerflicher Art ihre Anhängerschaft aufputschen, fragen wir den Bundesrat:

1. Erachtet es der Bundesrat nicht als notwendig, dass sich die Eidgenossenschaft in Erfüllung der Artikel 5 und 2 der Bundesverfassung vermehrt im Jura engagiert und die demokratischen Rechte aller Bürger schützt ?
2. Wie sieht der Bundesrat eine Befriedung des jurassischen Volkes, solange politische Mandatsträger unbehindert Aufhetzung betreiben können ?
3. Mit welcher Begründung kann der Bundesrat einen notorischen Rechtsbrecher wie es das "Rassemblement jurassien" darstellt, als legalen Machträger und Verhandlungspartner anerkennen ?
4. Kann sich die Eidgenossenschaft eine weitere innere Aufsplitterung überhaupt noch leisten, während die wachsenden ungelösten Probleme unserer Zeit die Sammlung aller Kräfte erfordert ?

#### Antwort des Bundesrates

Mit der mündlichen Antwort des Bundesrates vom 17. September 1975 auf die Interpellationen Wilhelm und der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei sowie auf die Motion Gassmann ist auch die vorliegende Anfrage beantwortet worden.

29.9.1975



**Vierte Sitzung – Quatrième séance**

Mittwoch, 17. September 1975, Nachmittag  
Mercredi 17 septembre 1975, après-midi

15.30 h

Vorsitz – Présidence: M. Kohler Simon

75.390

**Interpellation Wilhelm. Lage im Jura  
Situation dans le Jura**

75.426

**Interpellation der Fraktion der  
Schweizerischen Volkspartei. Lage im Südjura  
Interpellation du groupe de l'Union démocratique  
du Centre. Situation dans le Jura-Sud**

75.427

**Motion Gassmann. Kanton Jura.  
Eidgenössisches Organ für die Zwischenzeit  
Canton du Jura.  
Organisme fédéral pour la période intérimaire**

*Wortlaut der Interpellation Wilhelm vom 5. Juni 1975*

Im Südjura sind die verfassungsmässigen Rechte nicht mehr gewährleistet. Besonders die Autonomisten leben in einer Atmosphäre der Intoleranz und der Unsicherheit. Bei der Parteilichkeit und Passivität der Behörden wissen sie oft nicht, an wen sie ihre Beschwerden richten könnten. Wie denkt der Bundesrat über diese höchst bedrohliche Situation, und was gedenkt er zu tun, um hier Abhilfe zu schaffen?

*Texte de l'interpellation Wilhelm du 5 juin 1975*

Dans le sud du Jura, les droits constitutionnels ne sont plus assurés en de nombreux cas. Les autonomistes en particulier vivent dans un climat d'intolérance et d'insécurité; souvent ils ne trouvent plus à qui adresser leurs griefs, vu la partialité et la passivité des autorités.

Que pense le Conseil fédéral de cette situation éminemment dangereuse et quelles mesures compte-t-il prendre pour y remédier?

*Mitunterzeichner – Cosignataires: Baechtold-Lausanne, Barras, Butty, Franzoni, Gassmann, Hayoz, Jelmini, Mugny, Primborgne, Villard (10)*

*Wortlaut der Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei vom 20. Juni 1975*

Im Südjura herrscht eine Atmosphäre der Verunsicherung. Die Behörden sind zeitweise nicht mehr in der Lage, die Ordnung aufrechtzuerhalten sowie Menschen und Güter zu schützen.

Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass die schweren Ausschreitungen seit dem 16. März 1975 allein auf die gewaltsame Einmischung der nordjurassischen Separatisten im Südjura zurückzuführen sind?

Vom Kanton Bern wurde gefordert, dass er sich in aussergewöhnlicher Weise einer Einmischung in die Volksabstimmung im Südjura enthalte. Er ist daher nicht in der Lage, der gefährlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten, ohne sich dem Vorwurf der Einmischung auszusetzen. Ist deshalb der Bundesrat nicht der Meinung, dass er nun seiner-

seits wirksame Massnahmen zu treffen habe, damit das verfassungsmässig festgelegte Verfahren zur Trennung des Juras vom Kanton Bern demokratisch zu Ende geführt werden kann?

*Texte de l'interpellation du groupe de l'Union démocratique du Centre du 20 juin 1975*

Une atmosphère d'insécurité règne dans le Jura-Sud. Les autorités ne sont parfois plus à même d'assurer l'ordre ni de protéger la vie humaine et les biens.

Le Conseil fédéral n'est-il pas d'avis que les graves excès enregistrés depuis le 16 mars 1975 sont exclusivement imputables à l'ingérence dans le Jura-Sud des séparatistes du nord, qui recourent à la violence?

On a exigé du canton de Berne, avec une insistance extraordinaire, qu'il s'abstienne d'intervenir dans le plébiscite touchant le Jura-Sud. Aussi n'est-il pas à même d'endiguer la dangereuse évolution sans s'exposer au reproche d'immixtion. Cela étant, le Conseil fédéral ne pense-t-il pas qu'il devrait prendre des mesures efficaces permettant de mener démocratiquement à terme la procédure de séparation du Jura d'avec le canton de Berne, telle qu'elle a été établie constitutionnellement?

*Sprecher – Porte-parole: Marthaler.*

*Wortlaut der Motion Gassmann vom 20. Juni 1975*

Das Gebiet des zukünftigen Kantons Jura wird nach dem kommenden 14. September abgegrenzt sein. Die verfassunggebende Versammlung kann einige Monate später gewählt werden, während die eidgenössische Abstimmung über den Beitritt des Juras zur Eidgenossenschaft erst in drei oder vier Jahren stattfinden wird.

In der Zwischenzeit werden sich wichtige Probleme politischer, finanzieller und administrativer Natur stellen. Bei deren Lösung sollten die Interessen sowohl des Bundes als auch des Kantons Bern und des Juras selbst so gut wie möglich gewahrt werden.

Der Bundesrat wird daher ersucht, rasch ein Organ zu schaffen, das eine Bestandesaufnahme der Probleme macht, Wünsche und Beschwerden entgegennimmt und Lösungen vorschlägt. Das Organ könnte seine Aufgabe in Zusammenarbeit mit den Kantonen wahrnehmen.

*Texte de la motion Gassmann du 20 juin 1975*

Le territoire du futur canton du Jura sera délimité le 14 septembre prochain. La Constituante pourra être élue quelques mois plus tard, alors que la votation fédérale sur l'entrée du Jura dans la Confédération n'aura lieu que dans trois ou quatre ans.

Durant la période intermédiaire, des problèmes importants (politiques, financiers, administratifs, etc.) vont se poser. Ils devraient être résolus au mieux des intérêts de la Confédération, du canton de Berne et du Jura lui-même.

Le Conseil fédéral est donc invité à mettre rapidement sur pied un organisme chargé de recenser ces problèmes, d'enregistrer les vœux et doléances et de proposer des solutions. Il pourra effectuer cette tâche en collaboration avec les cantons.

*Mitunterzeichner – Cosignataires: Baechtold-Lausanne, Biel, Blunschy, Bochatay, Breitenmoser, Bussey, Butty, Canonica, Cantieni, Cavelty, Chavanne, Felber, Fontanet, Gerwig, Hagmann, Hayoz, Hubacher, Jaeger-St. Gallen, Jelmini, Müller-Luzern, Nanchen, Pagani, Primborgne, Renschler, Rothen, Schläppy, Schmid-St-Gallen, Tissières, Trottmann, Uchtenhagen, Villard, Vincent, Welter, Wicky, Wilhelm, Wyler, Ziegler-Solothurn (37)*

**M. Wilhelm:** Le 5 juin dernier, j'ai demandé au Conseil fédéral quelles mesures il comptait prendre pour remédier à une situation éminemment dangereuse dans le sud du Jura où les droits constitutionnels ne sont plus assurés depuis le 23 juin 1974 dans de nombreux cas. Les autonomistes en particulier vivent là dans un climat de crainte et d'insécurité et, souvent, ils ne trouvent plus à qui adresser



leurs griefs vu la partialité et la passivité des autorités. Or si maints autres affrontements déplorables, tel celui, récent, de Moutier, sont survenus, ceux-ci étaient déjà implicitement en germe et latents dans une situation hautement intolérable pour tout Etat de droit. En effet, lorsque les droits de l'homme sont bafoués et qu'individus et société ne peuvent adresser leurs plaintes objectivement fondées aux autorités, lorsque celles-ci sont manifestement juge et partie et qu'elles opèrent une discrimination des justiciables proprement raciale, alors, la porte est ouverte à l'arbitraire, à la création de polices parallèles et de milices privées, au déchaînement de violences ouvertes ou secrètes, à l'anarchie caractérisée et à des affrontements de style libanais ou irlandais en fin de compte, les exemples prouvés en l'espèce sont légion et la presse de ces derniers jours encore a publié de nombreux témoignages qui démontrent affectivement qu'il s'agit d'un véritable régime de terreur morale et physique, avec la complicité avérée de la police cantonale bernoise, du Conseil-exécutif bernois et de nombreuses municipalités: barrages routiers de Sangliers, chantage direct ou indirect, pressions de tous genres et jusque sur des écoliers, voitures endommagées, citoyens molestés, passages à tabac, oppressions multiformes, liberté de réunion rendue impossible, liberté d'expression bafouée et sabotage systématique de l'emblème jurassien pourtant officiellement reconnu, nominations arbitraires et ségrégations multiformes, fonctionnaires veules et partiaux qui demeurent impunis, bref, la violence instaurée en système et l'impossibilité pratique pour les victimes d'obtenir protection, justice et réparation.

Aussi n'est-il pas exagéré de parler de régime fasciste devant une telle situation et maints commentateurs sérieux, et hier encore un grand quotidien lausannois, utilisent de plus en plus ce terme.

L'installation de la violence dans le Jura méridional – alors que les districts du nord n'ont pas de problèmes analogues, et cela malgré les imputations de notre collègue, le Dr Gehler – cette installation de la violence est un fait établi depuis plus d'une année en tout cas. Or, non seulement les autorités bernoises n'ont rien fait pour annihiler dans l'œuf toute escalade de telles violences, mais bien plus, elles s'en sont rendues complices.

Et, ce qui est plus grave encore, c'est de constater également et malheureusement la passivité des autorités fédérales devant une telle montée de la violence. Juridiquement, pourtant, elles étaient habilitées à intervenir au gré de la constitution et du simple code pénal. L'article 260, par exemple, prévoit comme crime ou délit contre la paix publique le simple fait de prendre part à un attroupement formé en public et au cours duquel des violences sont commises collectivement contre des personnes ou des propriétés privées. De nombreuses lettres de citoyens lésés dans leur corps ou leurs biens et d'autres émanant de députés, par exemple, sont parvenues aux autorités fédérales, qui ne sauraient prétendre dès lors qu'elles ne connaissent pas la situation exacte. Le Rassemblement jurassien, pour sa part, a fait tenir au Conseil fédéral, en date du 8 juillet dernier, une carte portant le plan, quasi militaire, de concentration, de stationnement et de rayonnement motorisé des équipages de Bernois et de pro-Bernois qui établissent régulièrement des barrages routiers, contrôlant sans droit les automobilistes et démolissant les véhicules et propriétés appartenant à des adversaires. Si certains de nos collègues s'y intéressent, j'ai ces documents ici, qui sont signés: «Force démocratique du district de Moutier.»

Or la répétition de tels faits pendant de longs mois a créé là une sorte d'accoutumance extrêmement dangereuse qui est l'une des causes principales de l'escalade précitée. En outre, les péchés d'omission, dit-on, sont irrémédiables et l'Histoire jugera sévèrement les carences en l'espèce de toutes les autorités responsables, celles de la Confédération y compris.

Devant un tel pourrissement généralisé, faut-il s'étonner alors des tristes événements de Moutier? N'est-il pas

temps de reviser certaines appréciations de la situation au plus haut niveau et de prendre langue en toute égalité avec les parties en cause et non seulement avec les représentants des puissants de l'heure, bernois en l'occurrence? *Audiat et altera pars*. Le Jura est un canton suisse virtuel, qui doit être placé dès maintenant sur le même pied que son ancien tuteur.

Quant à ce qui s'est passé réellement à Moutier il y a dix jours, on commence seulement à discerner un peu mieux les réalités. Mieux en tout cas que les déclarations embarrassées du gouvernement bernois et le matériel partiel exposé hier au Rathaus en conférence de presse et qui sont fort critiqués dans la presse de ce matin par la plupart des commentateurs.

Dans le temps qui m'est imparti, je ne saurais entrer dans le détail. Qu'il me suffise pour l'heure de relever quelques points. D'après les renseignements parvenus, je puis donner mon aval à la thèse du Rassemblement jurassien soutenue dimanche dernier à Delémont et, sans soutenir certes les excès individuels ou autres commis dans le camp autonomiste, qui devront d'ailleurs être jugés selon la loi, on peut affirmer avec Roger Schaffer: «Le gouvernement bernois et sa police ont délibérément préparé une manœuvre d'intimidation dirigée contre les Jurassiens du sud.»

Le Rassemblement jurassien les accuse aussi d'avoir délibérément laissé les Sangliers organiser le barrage de Court, qui est le détonateur de toute cette affaire et d'avoir fermé les yeux sur les violences inouïes qui sont perpétrées contre les Jurassiens. Le Rassemblement jurassien accuse la police bernoise d'avoir misé sur la colère des autonomistes de Moutier à la vue des voitures fracassées, de n'avoir laissé ni au préfet ni au maire de Moutier le temps d'épuiser les moyens d'apaisement et d'avoir lancé sauvagement sur la foule des centaines de grenadiers, d'avoir prémédité l'assaut de l'Hôtel de la Gare et les grenadiers de s'être livrés à des actes indignes d'un Etat civilisé.

Hier, le conseiller d'Etat Bauder a déclaré que le maire de Court était responsable de l'ordre public. Pourquoi ne reconnaît-il pas le même droit aux autorités élues de Moutier? Comment se fait-il que celles-ci aient été dessaisies illégalement, pour donner champ libre à une intervention policière suivant sa propre logique – qui n'est pas toujours une logique propre – et non pas les règles minimales de la démocratie suisse? Comment M. Bauder, dans un communiqué préfabriqué, peut-il parler d'un véritable arsenal avec explosifs à l'Hôtel de la Gare alors que la suite a démontré que tel n'était pas le cas? Comment aussi un corps de grenadiers qui, par définition, est structuré, discipliné, peut-il se laisser aller à des brutalités prouvées et même à des délits contre la propriété? Par ailleurs, alors que la présence d'émeutiers professionnels a été signalée, spécialement dans la mise à sac scandaleuse, je le reconnais, de l'appartement Hauri, pourquoi M. Bauder n'en a-t-il pas fait état dans sa conférence de presse d'hier?

Dans cette affaire de Moutier, tout semble indiquer qu'on a voulu casser du Jurassien et se venger de l'affrontement du 24 avril dernier. Une planification aurait été établie avec «Gründlichkeit», comme on dit, en faisant abstraction de la démocratie et de la notion de proportionnalité, qui est la base de toute action policière à l'instar de la notion pénale de légitime défense.

Cinq chars blindés, deux hélicoptères, 600 grenadiers, des balles en caoutchouc qui ont été utilisées pour la première fois en Suisse sauf erreur, sans parler des «jouets» policiers traditionnels, c'est une aberration provocante en un pays civilisé et vis-à-vis d'un mouvement qui, depuis vingt-sept ans, n'a pas de morts sur la conscience ni de sang sur les mains, même si certaines de ses manifestations ont pu sembler discutables.

Sur le plan des effectifs également, on admet généralement que des policiers équipés peuvent être engagés



dans une proportion de 1 à 4 ou même de 1 à 10 pour faire face à une manifestation de foule. Or, à Moutier, cette proportion a été manifestement dépassée. A Genève, l'an dernier, lors de la manifestation espagnole qui, sauf erreur, avait réuni 15 000 personnes en tout cas, j'aimerais bien que nos amis Genevois nous disent quel effectif leur canton avait mis sur pied pour l'occasion? Quant à l'identité des grenadiers en cause et de leur chef, parlons-en! Si les forces de police indigène, si l'on peut dire, n'avaient pas été suffisantes – ce qui reste à prouver d'ailleurs – il aurait fallu faire appel aux polices cantonales de Suisse romande et non aux cantons alémaniques car on créait ainsi un «écran de la langue» qui a joué un rôle déterminant en l'affaire et dont les conséquences néfastes seront durables. En effet, dans la mesure où ces grenadiers provenaient de l'ancien canton et d'outre-Sarine et ne connaissaient rien à la mentalité jurassienne sous tous ses aspects, ils étaient et demeurent de véritables corps étrangers. Oui, de même qu'il existe la notion constitutionnelle de juge naturel que connaissaient déjà les trois Suisses de 1291, ainsi il existe un principe de police naturel selon lequel ne peuvent intervenir sur un territoire donné que des agents de la force publique issus de cette même région, de même mentalité et de même langue. Il s'agit là d'un postulat fondamental de la démocratie suisse qui aboutit à assimiler les forces de police extérieures à une force «d'occupation». Imaginez dès lors combien de pots ont été cassés à Moutier par les autorités bernoises. L'opinion publique suisse est très mal informée de ce qui s'est passé réellement dans le Jura depuis le 23 juin 1974. C'est pourquoi une commission fédérale d'enquête s'impose, plus encore depuis hier, pour établir dûment les faits et responsabilités et je me fais l'interprète ici des voix nombreuses qui se sont exprimées ces derniers temps dans le même sens aux fins de rétablir les vrais droits constitutionnels.

Dire le droit c'est bien, faire la politique, c'est désormais beaucoup plus urgent et impératif!

**Marthaler:** Im Auftrag der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei möchte ich die Interpellation, die unsere Fraktion am 20. Juli 1975 eingereicht hat, begründen.

Die Ereignisse im Nachgang zur dritten Abstimmungsrunde in Moutier haben unsere an den Bundesrat gerichteten Fragen eigentlich beantwortet. Die Separatisten haben in einem zentralen Hotel ein Waffenlager angelegt. Sie haben an den Strassen von Moutier Schaufenster verwüstet, sowie Türen und Fensterläden eingeschlagen. Sie sind in die Wohnung eines profilierten politischen Gegners eingedrungen und haben dessen Hausrat vollständig zerstört. (Die nötigen Bilder stehen hier zur Verfügung.) Diese Nacht mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen, in welcher nach Augenzeugenberichten die verängstigte Bevölkerung von Moutier die Türen verschliessen und die Fensterläden verbarrakadieren musste, haben einzig und allein die Separatisten zu verantworten; sie haben diese Nacht von langer Hand vorbereitet. Es stimmt nicht, dass es sich – wie die Separatisten in ihrer Stellungnahme sinngemäss gehaupten – um eine spontane Reaktion auf die angebliche Unterdrückung durch Bern handelte. Die Aktion war vielmehr detailliert vorbereitet worden, wobei von den durch die Polizei festgenommenen Personen der überwiegende Teil aus dem Nordjura stammt, also in einem organisierten Unternehmen in provokativer Art nach Moutier verbracht wurde. Es ist einzig denjenigen, die sich nicht provozieren liessen, zu verdanken, dass die Nacht keine Todesopfer forderte.

Den Ausschreitungen von Moutier geht eine lange Liste von Rechtsübertretungen der Separatisten voraus:

21. März: Nachdem die Separatisten gegen den Polizeichef von Moutier feindliche Slogans verbreitet haben, wird in dessen Büro Feuer gelegt. 19. April: Bombenanschlag auf einen Mast mit der Berner Fahne in Malleray. 24. April: Separatistisch organisierter Aufruhr in Moutier trotz einem behördlich verfügten Versammlungsverbot. Die Presse

spricht von etwa 60 Verwundeten und mehreren Tausend Franken Schaden. 27. April: Bombenanschlag gegen das Haus des Präsidenten der Force démocratique in Moutier. 12. Mai: Bombenanschlag auf einen Mast mit Berner Fahne und Schweizer Fahne in Bévillard, der zu mehreren Scheibenbrüchen und zu einer panischen Stimmung führte. 13. Mai: Bombenanschlag in Grandval gegen die Werkstatt eines Antiseparatisten. 16. Mai: Separatistisch organisierter Aufruhr in Tavannes. Es sind rund 15 Verletzte zu beklagen; 1 Jugendlicher wurde von einer Revolverkugel getroffen. 24. Mai: Bombenanschlag gegen ein Mitglied der Force démocratique in Courrendlin. 17. Juni: Bombenanschlag gegen einen Mast mit Berner Fahne in Malleray. Der Anschlag hat die Beschädigung der umliegenden Häuser zur Folge. 24. Juni: Bombenanschlag gegen ein Haus in Boncourt. 25. Juni: Ein Automobil eines Sanglier-Mitgliedes wird in Cormoret in die Luft gesprengt. 2. Juli: Anlässlich einer behördlich bewilligten antiseparatistischen Versammlung in Moutier erscheinen rund 300 Separatisten des Nordens maskiert, mit Helm, durch eine Armbinde gekennzeichnet und bewaffnet. Sie greifen Versammlungsteilnehmer tätlich an, verletzen mehrere, demolieren die Turnhalle, stehlen das gesammelte Geld und die Teilnehmerliste. 1. August: Bombenanschlag gegen ein Mitglied der Force démocratique in Moutier. 3. September: Bombenanschlag gegen das Haus unseres Kollegen Dr. Gehler in Bassecourt.

Die Liste enthält nur die schwerwiegenden Fälle – meistens Sprengstoffdelikte – der Separatisten. Unzählig sind die weiteren Handlungen, welche zur Bedrohung der Bevölkerung beitrugen.

Es geht bei der vorliegenden Interpellation nicht um eine Stellungnahme für oder gegen die Autonomie des Juras. Es geht vielmehr darum, die Mittel, welche ausschliesslich von einer Seite systematisch angewandt werden, aufzudecken und anzuprangern. In diesem Teil der Schweiz muss endlich die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung wiederhergestellt werden, die allein Voraussetzung für eine faire und im Ergebnis dem Wunsch der Bevölkerung entsprechende politische Auseinandersetzung ist.

Die vielen und regelmässigen Anschläge auf unsere Rechtsordnung sind nicht zufällig. Sie offenbaren vielmehr eine sorgfältige Generalstabsarbeit der Separatisten mit dem Ziel, im Norden eine Minderheit und im Süden sogar eine Mehrheit systematisch zu verunsichern und einzuschüchtern. Die Separatisten akzeptieren keinen demokratischen Entscheid – sofern dieser gegen sie ausfällt. Ihr Führer Béguelin sagte am 18. August in Moutier laut «Démocrate» wörtlich: «Il faut que Moutier soit le Belfast du Canton de Berne», Moutier muss zum Belfast des Kantons Bern werden. Dass allein die Separatisten dieses Ziel des Bürgerkrieges haben und es in der Nacht nach der Abstimmung in Moutier auch teilweise verwirklichten, muss jeden demokratisch gesinnten Schweizer nachdenklich stimmen. Ich frage: Wie kommt es, dass in der Schweiz der Führer einer politischen Organisation offen den Bürgerkrieg propagieren und auch mit Erfolg aktiv unterstützen kann, ohne dass dies für ihn irgendwelche Rechtsfolgen hätte? Die Mentalität nicht der missbrauchten jugendlichen Randalierer, sondern der Drahtzieher im Hintergrund ist jedenfalls damit endgültig bekannt.

Wir fordern den Bundesrat auf, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit in dem von ernsthaften Unruhen bedrohten Teil der Schweiz Ruhe und Ordnung einkehren und namentlich auch dafür zu sorgen, dass die Drahtzieher zur Verantwortung gezogen werden. Er kann versichert sein, dass die Schweizerische Volkspartei und auch unsere Fraktion alle seine Anstrengungen in dieser Richtung unterstützen und mit Erleichterung aufnehmen wird. Ich fordere aber auch meine Kollegen Gassmann und Wilhelm als eidgenössische Politiker und Vertreter der Separatisten auf, endlich ihren Einfluss dahin geltend zu machen, dass der andauernde Terror durch ihre Gesinnungsfreunde aufhört. Es geht sowohl um den Schutz einer rund 8000köpfigen berntreuen Minderheit im Nordju-



ra, als auch um die terrorisierte Mehrheit im Südjura. (Beifall)

**M. Gassmann:** Après une entrée aussi fracassante des grenadiers bernois au Parlement fédéral sous la direction du boucher-charcutier, M. Marthaler, je...*(Brouhaha)*

**Le président:** Je vous prie, Mesdames et Messieurs ainsi que Monsieur le motionnaire, de rester dans la règle de ce Conseil.

**M. Gassmann:** ...je voudrais donner l'occasion à M. Marthaler de faire un pas en même temps que moi dans la solution du problème en le priant, après m'avoir écouté, de bien vouloir accepter la motion que je vais développer. En ce qui concerne les relations qui vont devoir s'établir entre la Confédération et le futur canton du Jura, il y aura lieu de les concevoir sur deux plans.

1° Il faudra établir des relations bilatérales directes entre la Confédération et les milieux représentatifs du Jura. La Confédération devra veiller à aider les Jurassiens à organiser leur vie future en mettant à leur disposition notamment des moyens techniques et financiers suffisants et adéquats pour permettre au Jura de s'intégrer le plus rapidement possible et le plus harmonieusement possible dans la communauté helvétique. Il conviendrait d'associer dès le départ les cantons à cette tâche importante et surtout urgente. Il va de soi que les partis politiques et les mouvements qui ont aidé le Jura à se libérer sont les premiers concernés par cette intervention confédérale mais toutes les forces vives du pays devraient pouvoir, le moment venu, y être associées. Quant aux moyens pratiques à mettre en action immédiatement par la Confédération, ils devraient découler par exemple d'une sorte de déclaration d'intention du Conseil fédéral dans le cadre de la politique qu'il entend suivre durant la prochaine législature. Cette intention devrait en outre s'inscrire concrètement dans le budget de la Confédération pour 1976. Il existe une «fondation pour la collaboration confédérale», aidée par la Confédération et les cantons. Cet organisme, chargé d'étudier les problèmes pratiques que pose le fédéralisme suisse, pourrait peut-être offrir quelque utilité.

2° Il faudra ensuite établir des relations suivies qui devront être soigneusement organisées entre le canton de Berne et le futur canton du Jura. Ici, la Confédération de vrait avoir essentiellement un rôle d'arbitrage à jouer. Pour le Jura, des intérêts importants, présents et futurs, doivent être sauvegardés. Il faudra notamment veiller et dès à présent, soit avant même que la Constituante soit désignée, à mettre en place un organisme d'arbitrage fédéral, éventuellement confédéral, dont la première tâche serait d'élaborer une procédure pour régler les problèmes qui vont se poser à très court terme sur le plan politique – je voudrais simplement faire allusion ici au problème de la commune de Vellerat par exemple –, sur le plan administratif – accès aux informations et aux dossiers –, sur le plan financier – préparation du partage des biens et des dettes de l'Etat de Berne et d'autres organismes publics ou semi-publics.

Au niveau des experts tout spécialement, la collaboration active des cantons pourrait être hautement profitable.

Les plébiscites en cascade sont maintenant terminés, le cas de Laufen restant en suspens. Les populations du futur canton du Jura, calmes et sereines depuis le 23 juin 1974, s'approprient à donner à leur rêve des réalités plus concrètes, et pour ce faire elles demandent votre aide bienveillante.

La suite des opérations se déroulera en deux phases: premièrement, d'aujourd'hui jusqu'à l'élection de la Constituante – opération qui pourrait avoir lieu vraisemblablement dans la première moitié de 1976; c'est à la porte; deuxièmement, la période allant jusqu'à l'adoption par le peuple suisse de la modification des articles 1er et 80 de la constitution fédérale, selon la procédure envisagée.

La mise en place d'un organisme fédéral durant ces deux phases intermédiaires devrait tendre à ce que le Jura puisse, dès le premier jour de son existence juridique, accomplir toutes les tâches qui incombent à un Etat fédéral. Ce serait faire acte d'une grande sagesse politique de la part du Conseil fédéral et des deux Chambres du Parlement suisse que d'accepter dès maintenant de collaborer à la mise sur pied de l'Etat jurassien, ce serait faire preuve d'une volonté sincère de dépasser les préjugés, les malentendus, la méfiance et peut-être le ressentiment, ce serait faire preuve d'un sens politique au niveau de l'événement. Ce serait aussi commencer aujourd'hui, à travers les cantons et les partis que vous représentez, une vaste campagne d'information à travers le pays pour que les Suisses de tous les cantons acceptent, le moment venu et ce moment sera tôt venu, de comprendre la nécessité de corriger une erreur historique et leur désir de préparer enfin au Jura sa juste place dans la Confédération. Je vous recommande donc d'accepter aujourd'hui ma motion et vous en remercie d'avance.

**Bundesrat Furgler:** Während sich die beiden Interpellationen mit der Lage im Südjura befassen, verlangt die Motion ein eidgenössisches Organ, das sich der verschiedenen Probleme anzunehmen hätte, die sich bis zur «rechtlichen Geburt» des Kantons Jura stellen werden. Im Namen des Bundesrates darf ich zu diesen Vorstössen wie folgt Stellung nehmen:

Erstens sei einleitend an die historische Abstimmung vom 1. März 1970 erinnert, an der das Berner Volk mit 90 358 Ja gegen nur 14 133 Nein einen Zusatz zur Staatsverfassung angenommen hat, der dem jurassischen Landesteil das Selbstbestimmungsrecht einräumt. Im Jura selber – hier wende ich mich zum erstenmal an die beiden Herren Interpellanten – ist der Verfassungszusatz bekanntlich mit noch deutlicherem Mehr angenommen worden, nämlich mit 20 421 Ja gegen bloss 2259 Nein; ein Verfassungszusatz, der nicht nach Lust und Laune in Teile aufgliedert werden kann, Teile, die man akzeptiert, andere Teile, die man (weil sie einem nicht voll und ganz passen) zurückweist. Nationalrat und Ständerat haben dem Verfassungszusatz am 7. Oktober 1970 die Gewährleistung des Bundes erteilt, woraus alle Aufgaben erwachsen sind, die die Delegation des Bundesrates für Jurafragen und der Bundesrat als Ganzes, verantwortlich gegenüber dem Parlament, seither zu erfüllen suchen.

Zweitens: Auf der Grundlage dieses von der Bundesversammlung gewährleisteten Verfassungszusatzes wickelt sich das Selbstbestimmungsverfahren, wie Sie wissen, etappenweise ab. Am Plebiszit vom 23. Juni 1974 fiel der erste, grundsätzliche Entscheid. Der jurassische Landesteil sprach sich mehrheitlich für die Bildung eines eigenen Kantons aus. Da vier der insgesamt sieben Amtsbezirke – Courtelary, Laufen, Neuenstadt, Moutier – verwerfende Mehrheiten aufwiesen, konnten sie sich in einem zweiten Plebiszit über die Frage äussern, ob sie weiterhin im Kanton Bern verbleiben möchten. Das genau gleiche Recht hätte im Falle eines anderen Entscheides am 23. Juni den Nordbezirken zugestanden. Alle vier Bezirke entschieden sich am 16. März bzw. am 14. September 1975 für ihr Verbleiben im Kanton Bern.

Damit wird sich der neue Kanton territorial aus den Nordbezirken Delsberg, Freiberge und Pruntrut zusammensetzen. Dieses Gebiet erfährt allerdings insofern noch gewisse kleinere Korrekturen, als jene Gemeinden, die zu Grenzgemeinden zwischen dem Kanton Bern und dem neuen Kanton Jura würden, in einem dritten Plebiszit den Anschluss an den neuen Kanton bzw. das Verbleiben im Kanton Bern verlangen können. Zwischen den Nord- und den Südbezirken hat diese «Grenzvereinigung» an den beiden vergangenen Wochenenden stattgefunden. Sie wissen, dass acht Gemeinden des Bezirkes Moutier den Anschluss an den neuen Kanton Jura wählten und eine Gemeinde des Bezirkes Delsberg das Verbleiben im Kanton Bern beschloss. Nach der «Grenzvereinigung» zwischen



den Amtsbezirken Laufen und Deisberg, die bereits vorbereitet ist und an der fünf Gemeinden teilnehmen können, wird das Gebiet des künftigen Kantons Jura endgültig feststehen, worauf die nächste Verfahrensetappe, die Wahl des Verfassungsrates, eingeleitet werden kann.

Ich darf beifügen, dass der Bundesrat in Ausführung eines Auftrags der Bundesversammlung und auf Wunsch der Berner Regierung mit Blick auf eine ordnungsgemässe Durchführung der Plebiszite jeweils besondere Anordnungen getroffen hat und die Urnengänge durch eidgenössische Beobachter überwachen liess, was sich bewährt hat.

Es bedarf keiner besonderen Belehrung, um zu verstehen, dass die bisher getroffenen Entscheidungen «des einen Freud', des andern Leid' bedeuten. Kein Verständnis verdienen indessen Bestrebungen, die darauf abzielen, die in einem demokratisch-rechtsstaatlichen Verfahren zustandekommenen Mehrheitsentscheide zu ignorieren, bzw. durch Anwendung von Gewalt zu «stören». Wer in einem demokratischen Rechtsstaat – und das ist die Schweiz – das Recht ändern will, darf sich nur rechtsstaatlicher Formen bedienen. Das angestrebte Ziel rechtfertigt in keinem Fall die Anwendung von Gewalt. Diese Grundsätze gelten für alle, für die unterlegenen Minderheiten in gleicher Weise wie für obsiegende Mehrheiten.

Im Jura ist auf demokratisch-rechtsstaatlichem Weg eine politische Entwicklung eingeleitet worden, die sowohl die Bevölkerung des zukünftigen Kantons als auch jene der südlichen Amtsbezirke zwingt, mit Minderheiten zu leben. Solche Situationen sind in der Geschichte der Eidgenossenschaft und ihrer Stände häufig anzutreffen. Sie sind Prüfsteine unserer Demokratie und verlangen von allen Beteiligten Toleranz, Verständnis, aber auch ein Minimum an Grossmut, ohne die sich auch die staatliche Gemeinschaft nicht voll verwirklichen kann.

Nach dem zweiten Plebiszit vom 16. März dieses Jahres haben viele Bürger und Organisationen dem Bundesrat in zahlreichen Eingaben die Verschlechterung der Lage im Südjura anhand konkreter Beispiele geschildert, die zum Aufsehen mahnen: Ausschreitungen, Tötlichkeiten, Sachbeschädigungen, Drohungen, Schaffung eines Klimas der Furcht, ja sogar des Hasses, Gefühls- und Tatbestandsituationen, die unserem Land fremd sind. Am 2. Juli ereigneten sich besonders schwere Vorfälle in der Stadt Moutier, die nicht nur erheblichen Sachschaden verursachten, sondern auch Verletzte forderten und den Gemeinderat der Stadt zu Strafklagen veranlassten.

Bereits an einer Presseorientierung vom 30. Juni 1975 hatte ich Gelegenheit, den Standpunkt des Bundesrates zur Lage im Südjura darzustellen und zu erklären, dass der Bundesrat jede Gewaltanwendung, woher sie auch immer kommen möge, entschieden verurteilt. Die Ausschreitungen von damals veranlassten die Jura-Delegationen des Bundesrates und des bernischen Regierungsrates zu einer gemeinsamen öffentlichen Stellungnahme, in der sie die Vorfälle ebenfalls in aller Schärfe verurteilten.

Es ist höchst bedauerlich, dass es trotz dieser Mahnungen nach der dritten Plebiszitrunde vom 7. September in und um Moutier zu noch schwereren Ausschreitungen kam, die der Bundesrat, wie Sie wissen, in einer öffentlichen Erklärung aufs schärfste verurteilte und als einer rechtsstaatlichen Demokratie unwürdig bezeichnete. Ich zitiere nur folgenden Passus aus dieser Erklärung: «Der Bundesrat warnt davor, die Agitation und Provokation im Jura fortzusetzen, politische Gegensätze mit Gewalt auszutragen und die politische Ueberzeugung des anderen durch Gewalttätigkeit und Einschüchterung zu unterdrücken. Er fordert alle Beteiligten, insbesondere die verantwortlichen Leiter des Rassemblements jurassien, auf, nicht nur jede Störung von Ruhe und Ordnung zu unterlassen, sondern auch jede Gewaltanwendung öffentlich zu brandmarken und alles zu unternehmen, um weitere Ausschreitungen zu verhindern. Der Aufbau eines neuen Kantons ist nur möglich, wenn sich dessen verantwortliche Befürworter unmissverständlich zu den Grundsätzen der Legalität bekennen.»

Ich stelle fest, dass diese Erklärung am vergangenen Wochenende offensichtlich zu einer ersten Besinnung geführt hat. Wenn ich mich hier an den Interpellanten Wilhelm wende, so deshalb, weil ich es als ausserordentlich bedauerlich empfinde, dass klar erhellte Tatbestände hier im Parlament tatsachenwidrig dargestellt werden. Man leistet damit dem werdenden Kanton einen schlechten Diest. Meine Damen und Herren, ich stand in jenen Stunden, wie laufend, seit ich die Juraaufgabe betreue, in ständigem Kontakt mit meinen Mitarbeitern, die durch direkte Verbindungen mit den betreffenden Ortschaften fast zeitverzugslos orientiert worden sind; ich war deshalb selbst gut im Bild. Es ist nicht angängig zu sagen, dass «Bern» eine Art «manœuvre d'intimidation» präpariert hätte. Es ist auch nicht angängig, mit Blick auf die Polizei, die zum Schutz der Bürger einen allgemeinen Auftrag in unserem Staat zu erfüllen hat, generalisierend festzuhalten, sie hätte Handlungen begangen – ich zitiere den Interpellanten – «des actes indignes d'un Etat civilisé». Ich darf Herrn Wilhelm, gestützt auf meine Akten, an folgendes erinnern, und zwar unter dem Aspekt der «perquisition» in Moutier (ich zitiere aus meinen Akten):

«Dans les grandes lignes, le matériel suivant a été retrouvé lors de la perquisition effectuée à l'Hôtel de la Gare: 120 étuis vides pour masques à gaz C proviennent vraisemblablement d'un vol perpétré le samedi 6 ou le dimanche 7 septembre 1975 dans les locaux de la Protection civile de Moutier, de nombreuses frondes, de nombreuses matraques, des bâtons de toutes sortes, une grande quantité de cocktails Molotov sur lesquels des empreintes digitales ont pu être relevées, des billes de verre et d'acier, 9 grands cartons contenant des pierres, des pavés et d'autres projectiles, 2 appareils radio-émetteurs, 25 fusées lumineuses, des chaînes de bicyclettes, 1 carabine à air comprimé, 1 pistolet à gaz, 1 baïonnette fixée à un manche de 1 mètre de longueur, divers couteaux, 1 poignard, des cannes, des casques divers.»

Herr Nationalrat Wilhelm, ich halte dafür, dass derartige tatbeständliche Feststellungen von allen Verantwortlichen, die für die Gründung des neuen Kantons arbeiten – und dazu haben sie ein Recht –, zur verbindlichen Feststellung führen müssen, dass das bedauerlich sei, dass das keine demokratischen Instrumente seien und dass man sich in aller Form von der Sammlung derartiger Utensilien distanzieren. Denn all diese Dinge können nur einen einzigen Sinn haben, nämlich Mitmenschen einzuschüchtern, mehr noch, sie zu schädigen, in ihrer körperlichen und geistigen Integrität zu gefährden. Es hat keinen Sinn, beim Aufbau eines neuen Gliedstaats – und dazu dient der Verfassungszusatz vom Jahre 1970 als rechtsgenügende Basis – vor den Tatsachen die Augen zu verschliessen. Wir werfen nicht alle in den gleichen Topf, aber Menschen, die Waffenarsenale anlegen, sollten wenigstens dazu stehen und den Fehler eingestehen. Menschen, die so etwas angeordnet haben, sollten nicht so tun, als ob jene, welche sich gegen die Verwendung dieser Waffen wehren, ihrerseits ein «manœuvre d'intimidation» ausgelöst hätten. (Beifall!)

Wir brauchen keine Waffenlager, um einen neuen Gliedstaat aufzubauen. Ich hoffe zuversichtlich, dass die jungen Menschen, die in diesem Zusammenhang missbraucht worden sind, dies heute selbst einsehen. Ich hoffe noch mehr und erwarte es auch von den Interpellanten, nämlich, dass sie meinen Standpunkt, der der Standpunkt des Bundesrates ist, in aller Form teilen. Sie beruhigen damit nicht nur den Bundesrat, den Kanton Bern, sondern alle Miteidgenossen, welche die Vorbereitungshandlungen für die Schaffung eines neuen Gliedstaates mit grosser Aufmerksamkeit verfolgen; sie geben damit auch ein Zeichen ihres Willens, innerhalb unserer Ordnung voranzuschreiten.

Es hat auch keinen Wert, die Polizei zu verteufeln. Jeder von uns – und das gilt selbstverständlich auch im Jura – weiss, dass, wenn Polizeiübergrieße stattgefunden haben sollten, der Betroffene oder die Betroffenen aufgrund einer Strafklage zur Rechenschaft gezogen werden. Auch das gehört zu unserem Rechtsstaat! Es ist ausserordentlich



gefährlich, Mitmenschen, denen die heikle Aufgabe obliegt, Polizist zu sein, zu verketzern und sie so darzustellen, als seien sie Schergen irgendeiner fremden Macht, dazu da, möglichst disproportioniert Bürger zu reizen, ja mehr noch: zu gefährden. Wenn gesagt wird, Berns Polizei hätte im Jura nichts zu suchen, muss ich hier in aller Deutlichkeit sagen, dass bis zum Tage, da der Kanton Jura geschaffen ist, die Regierung und der Grosse Rat des Standes Bern verpflichtet sind, auch allen Bürgern im Jura zur Seite zu stehen und dort für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Ich halte dafür, dass man hier alle überspitzten Pauschalurteile sofort abbauen muss; es ging – und das weiss Herr Wilhelm so gut wie ich – niemals darum, ich zitiere noch einmal, «de passer les Jurassiens».

Ich verweise noch einmal, ein letztes Mal, auf das Waffenlager. Ich verweise auf die Zerstörung der Wohnungseinrichtung von Herrn Hauri. Das sind Dinge, die dem Einsichtigen zu langen Betrachtungen Anlass geben und zu Erklärungen führen müssten, auf die ich gerne warte.

Wir haben keinen Anlass, mit dialektischen Auseinandersetzungen Tatbestände zu überspielen. Es gehört zu gut eidgenössischen Gepflogenheiten, Dinge beim Namen zu nennen und dann aufbauend weiter zu politisieren.

Zuständig zur Untersuchung und Beurteilung der begangenen Delikte – hier darf ich auch Herrn Marthaler antworten – wie Aufruhr, Landfriedensbruch, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Brandstiftung, Verursachung einer Explosion, sind die kantonalbernischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden. Die Ermittlungen laufen immer noch. Dem Vernehmen nach sind ungefähr 240 Personen festgenommen und verhört worden; eine davon blieb in Haft. Geführt werden die Ermittlungen vom Untersuchungsrichter von Moutier, unterstützt von den vier Kollegen der Bezirke Porrentruy, Delémont, Franches-Montagnes und La Neuveville. Drei Untersuchungsrichter stammen also aus dem Raum, zu dem ohne Zweifel auch Herr Wilhelm Vertrauen hat. Nun muss man sich doch ernstlich fragen: Sollten wir mit Blick auf laufende Untersuchungen nicht die Zwischenergebnisse abwarten, bevor wir das Pauschalurteil abgeben, dass keine Wahrheitsfindung möglich sei?

Der Bund seinerseits hat nur subsidiär für Ruhe und Ordnung zu sorgen; er tut es auch, seien Sie dessen versichert, für den Fall, dass ein Kanton nicht mehr in der Lage wäre, auf seinem Gebiet Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Im übrigen sind die Kantone nach Artikel 16 BV zur gegenseitigen Hilfeleistung verpflichtet. Wenn demzufolge am vergangenen Wochenende nicht-bernische Polizeikräfte einsatzbereit waren, dann war das eine interkantonale Zusammenarbeit, die allen Betroffenen dienlich war, auch dem künftigen Kanton Jura. Innerhalb eines Kantons ist und bleibt es – das wird auch in einem Kanton Jura einmal nicht anders sein – Aufgabe der Polizei, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten bzw. wieder herzustellen. Es ist Sache des kantonalen öffentlichen Rechts, diese Aufgabe zu konkretisieren, die Mittel zu bezeichnen, derer sich die Polizei bedienen darf, und die Zuständigkeiten für den polizeilichen Einsatz festzulegen.

Ich wiederhole noch einmal: Wer glaubt, durch Uebergriffe der Polizei in seinen Rechten verletzt zu sein, kann Anzeige erstatten. Es ist dann Aufgabe des zuständigen Gerichts, die notwendigen Untersuchungen einzuleiten und durchzuführen und Recht zu sprechen. Die Verwaltungsbehörden des Bundes mischen sich nicht in solche Verfahren ein. Ich habe übrigens bis heute nicht gehört, dass derartige Verfahren angebeht worden wären. Es ist daher deplaziert, ein ganzes Polizeikorps pauschal zu verdammen.

Diese Ueberlegungen legen mit Blick auf eine eidgenössische Untersuchungskommission den Schluss nahe, dass die laufenden Rechtshandlungen durchaus geeignet sind, Klarheit über alle diskutierten Tatbestände zu schaffen.

Was die schwersten Delikte betrifft – ich spreche von den Sprengstoffdelikten –, unterliegen sie der Bundesgerichtsbarkeit. Dementsprechend ist unverzüglich die Bundespolizei eingeschaltet worden. Sie hat bisher im Jura 19

Sprengstoffdelikte festgestellt. Neun Täter sind bereits ermittelt. Die Delikte werden unnachlässig geahndet.

Herr Marthaler fragt nach den Hintermännern, fragt nach den Drahtziehern. Ich begreife seine Sorgen. Ich darf hier sagen, dass alle bezüglichen Fragen aufgrund der verfügbaren Unterlagen laufend geprüft und weiter verfolgt werden. Die Regierung des Kantons Bern hat im eigenen Zuständigkeitsbereich die gleichen Antworten auf die entsprechenden Tatbestände zu geben. Wir können ihr diese Verantwortung nicht abnehmen. Fest steht, dass neueste Erklärungen, auch vom vergangenen Sonntag, in einer breiten Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als ob die zu Beginn meiner Ausführungen mehrfach erwähnten Volksentscheide «à tout prix» nicht respektiert würden. Alle zwielichtigen Erklärungen sind Gift. Ohne dass ich der Frage, ob einzelne Personen rechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, vorgreife, spreche ich diese Personen heute nachmittag ganz gezielt an, wenn ich sage, sie möchten mit diesen zwielichtigen Erklärungen aufhören. Wir haben in unserem Staat keinen Platz dafür. Und es wird auch ein neuer Kanton das Territorium und die Rechtsordnung des Nachbarkantons zu respektieren haben. Ich kann hier beifügen, was der Justizdirektor des Kantons Bern in aller Offenheit auch gegenüber den Massenmedien erklärte, nämlich dass auch den Bürgern im betroffenen Gebiet jederzeit die Möglichkeit offen steht, innerhalb der rechtsstaatlichen Normen von Bund und Kanton Vorstösse und Initiativen einzureichen. Andere als rechtsstaatliche Mittel gibt es keine, die erlaubt wären. Die Frage, Herr Marthaler, wird also geprüft. Ich kann Entscheiden nicht vorgreifen. Sie wissen aber so gut wie ich, dass es sich um ein sehr heikles Problem handelt. Es ist sehr leicht und sehr einfach, Menschen vorne der Polizei gegenüberzustellen und selbst in weiter Ferne zu denken und Gedanken weiterzuleiten.

Nach schweizerischem Staatsrecht – sagte ich – obliegt die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung primär den Kantonen, subsidiär dem Bund; der Bund hat vorgesorgt – ich darf Ihnen das sagen, ohne deutlicher zu werden.

Der Bundesrat möchte seine Antwort auf die beiden Interpellationen nicht schliessen, ohne mit Nachdruck daran zu erinnern, dass er von sämtlichen Verantwortlichen im Jura eine klare Absage an die Gewalt erwartet. Vor einem Hintergrund der Gewalt, der Angst, der Unversöhnlichkeit wird die Jurafrage nie einer dauerhaften Lösung zugeführt werden können. Er muss aber auch die betroffenen Bürger davor warnen, zur Selbstjustiz Zuflucht zu nehmen und das wirkliche oder vermeintliche Recht mit Gewalt wiederherzustellen. Die Wiederherstellung verletzten Rechts ist einzig und allein Aufgabe des Staates und seiner Organe. Es gibt keine erlaubten paramilitärischen Organisationen in unserem Staat. Strassensperren, die nicht amtlich angeordnet wurden, stellen Willkürakte dar und sind demzufolge ebenfalls unerlaubt.

Ich habe immer gehofft, dass die anwesenden Parlamentarier aus dem Jura diese eindeutigen, schon mehrfach abgegebenen Grundsatzklärungen des Bundesrates ihrerseits als verpflichtend mittragen würden und auch in aller Öffentlichkeit dazu ständen. Noch ist es nicht zu spät. Darf ich vielleicht heute etwas erhoffen?

Wie bereits angedeutet, wird nach der Gebietsabgrenzung zwischen dem Kanton Bern und dem künftigen Kanton Jura – und nach der Neugliederung der betroffenen Bezirke – der fünfziggliedrige Verfassungsrat zu wählen sein, dessen Hauptaufgabe es sein wird, die Verfassung des neuen Kantons zu entwerfen. Nach der Annahme der Verfassung hat der bernische Regierungsrat um die eidgenössische Gewährleistung nachzusuchen. Ist diese erteilt, so ist die Revision der Artikel 1 und 80 der Bundesverfassung einzuleiten. Das im bernischen Verfassungszusatz vorgezeichnete Trennungsverfahren wird also in jedem Fall in eine Abstimmung des Volkes und der Stände ausmünden.

Es braucht wenig Phantasie, um den Ernst der Stunde zu begreifen, in dem Sinne, dass wir unsere Mitbürger über



das, was im Jura geschieht, orientieren müssen. Die Mitbürger, die im neuen Kanton ihre neue Heimat finden wollen, sind brennend daran interessiert – das hat mit «chantage», wie man mir jüngst entgegengehalten hat, nichts zu tun –, ihren künftigen Gliedstaat so darzustellen, dass jedermann spürt: Er wird ein Glied unserer Eidgenossenschaft sein, das unsere demokratischen Spielregeln voll und ganz übernimmt. Dazu braucht es aber entsprechendes Verhalten. Der Bundesrat ist mit dem Motionär der Ueberzeugung, dass bis dahin eine Reihe von Problemen zu lösen sein werden, die allesamt heikel, ausserordentlich komplex sind und von den Beteiligten viel guten Willen und den Einsatz aller Kräfte verlangen. Ein Grund mehr, nicht zu zerstören, sondern endlich aufzubauen und verständnisvoll zusammenzuarbeiten:

Im Südjura steht die Neuumschreibung der Stellung der französischsprachigen Minderheit innerhalb des Kantons Bern sowie die Regelung der Beziehungen zum künftigen Kanton Jura im Vordergrund. Die Grenze darf keine Grenze sein, die hermetisch abgeschlossen wäre; sie muss vielmehr offen bleiben für die menschlichen Beziehungen zwischen hüben und drüben, zwischen dem, was zwischen Familien seit Jahrzehnten und noch länger besteht.

Im Nordjura wird beim Aufbau des neuen Gliedstaates auch die «güterrechtliche Auseinandersetzung» einzuleiten sein mit dem Ziel, die dem künftigen Kanton zukommenden Anteile an den Vermögenswerten des heutigen Kantons Bern auszuscheiden. Diese Ausscheidung ist zeitlich so voranzutreiben, dass der neue Kanton aufgrund einer einvernehmlichen provisorischen Lösung vom Tag seiner Existenz an, d. h. mit Inkrafttreten der revidierten Bundesverfassung, in der Lage sein wird, die einem eidgenössischen Stand obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Der Bundesrat – und hier wende ich mich vor allem an den Motionär – ist bereit, im breiten Rahmen der guten Dienste an diesem Verfahren mitzuwirken. Die Form der Mitwirkung wird mit den Direktbeteiligten noch zu bereinigen sein. Viele Schritte sind bereits eingeleitet. Die notwendigen Vorabklärungen sind im Gang. Auch innerhalb der Bundesverwaltung sind, bezogen auf das bundeseigene Verhältnis zu einem neuen Gliedstaat, wichtige Vorarbeiten aufgenommen worden.

Ein weiteres Anliegen des Motionärs betrifft die Schaffung einer eidgenössischen Kontaktstelle für die Uebergangszeit. Diese neutrale Kontaktstelle besteht heute schon in der Form des Sekretariats der Jura-Delegation des Bundesrates, das, wie Sie wissen, dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement angegliedert ist. Das Sekretariat ist je nach Bedürfnis ausbaufähig. Durch ihre Tätigkeit kann die Kontaktstelle auch das Ansammeln von – begründeter oder unbegründeter – Unzufriedenheit und von Misstrauen weitgehend verhindern oder, wenn es bereits entstanden ist, abbauen.

Form, Inhalt und Ausmass dieser Mitwirkung des Bundes werden vom Bundesrat festzulegen sein. Der Bundesrat kann nicht umhin, zu diesem Zweck jenen Ermessensspielraum für sich zu beanspruchen, der es ihm erlaubt, die den politischen und rechtlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten am besten entsprechende Lösung anzustreben. Die verbindliche Form einer Motion lässt zu wenig Spielraum, um die nach Auffassung des Bundesrates der Situation adäquaten Lösungen zu beschliessen. Der Bundesrat wäre daher dem Motionär dankbar, wenn er Hand böte zu einer Umwandlung seiner Motion in ein Postulat, um so mehr, als ich erneut betone, dass die vorgetragenen Anliegen sich aufgrund der vielen Kontakte, auch mit der Regierung des Standes Bern, bereits im Stadium der Verwirklichung befinden.

Ich beantrage, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Der Bundesrat wäre bereit, den Vorstoss in dieser Form entgegenzunehmen.

Ich komme zum Schluss. Seit dem letzten Wochenende ist das Territorium eines künftigen Kantons Jura grosso modo bekannt. Existieren wird dieser Kanton aber erst, wenn Volk und Stände seiner Schaffung zugestimmt haben. Das

kann doch nichts anderes bedeuten, als dass die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Träger dieses neuen Gliedstaates sein wollen, sich mit ihren Miteidgenossen sofort ins Benehmen setzen, um diesen neuen Zweig unserer schweizerischen Demokratie wachsen zu lassen. Das bedeutet nichts anderes, als dass sie wie wir alle es als unerträglich empfinden, dass Menschen weiterhin in Angst um ihr eigenes Leben ihre politische und wirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Es bedeutet nichts anderes, als dass auch Herr Wilhelm nicht den Gegensatz, sondern die Synthese zwischen Recht und Politik erkennen und verwirklichen helfen muss. Es gibt keine Politik in unserem Staate, die ausserhalb des Rechts erlaubt wäre. Das ist kein Widerspruch, sondern ein Ganzes. Unsere Politik vollzieht sich heute und morgen im Rahmen dieser schweizerischen Eidgenossenschaft, die ein Rechtsstaat ist und bleiben wird.

**Le président:** M. Wilhelm est prié de déclarer s'il est satisfait ou non de la réponse du Conseil fédéral.

**M. Wilhelm:** Je regrette que le règlement ne permette pas à l'interpellateur de répondre d'une manière exhaustive soit au représentant du Conseil fédéral, soit à d'autres intervenants.

En ce qui concerne la synthèse à opérer entre la politique et le droit, je suis d'accord avec M. le chef du Département de justice et police. En revanche, je ne puis me déclarer que très partiellement satisfait de sa réponse en raison de son interprétation de certains faits, du moment qu'il se fonde uniquement sur des documents fournis par le canton de Berne, et du paternalisme de ses conseils et recommandations.

**Le président:** M. Marthaler est prié de déclarer s'il est satisfait de la réponse du Conseil fédéral.

**Marthaler:** Unsere Fraktion ist befriedigt von der Antwort des Bundesrates. Wir danken dem Bundesrat für die gründlichen Abklärungen und für die Hilfe, die er uns in dieser schwierigen Lage mit auf den Weg gibt.

**Le président:** Je suis saisi de deux demandes émanant des députés Raoul Kohler et Baechtold-Lausanne, qui désirent l'ouverture de la discussion. Le Conseil est prié de se prononcer.

#### Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Raoul Kohler/ Baechtold-Lausanne	54 Stimmen
Dagegen	42 Stimmen

**Le président:** J'ai mission de vous communiquer que les représentants des groupes radical, UDC, socialiste, PDC et libéral-évangélique demandent le renvoi de cette discussion. Je vous prie de vous prononcer sur cette proposition.

**Alder:** Ich betrachte es als eine Unsitte, im Anschluss an die Begründung und die Beantwortung einer Interpellation eine beschlossene Diskussion auf irgendeinen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Sie haben heute Argumente und Gegenargumente gehört. Wir sind einigermassen im Bild. Es hat keinen Sinn, dass man die ganze Sache zu einem späteren Zeitpunkt, beispielsweise in der dritten Woche, wieder neu aufrollt. Man sollte jetzt, da wir praktisch bereits mitten in der Diskussion stehen, auch die Diskussion zu Ende führen. Ich bitte Sie, die Diskussion jetzt durchzuführen.

**Le président:** J'aurais peut-être dû préciser la raison de la demande de renvoi: «Verschiebung der Diskussion, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich zu diesem staatspolitischen Problem auszusprechen» c'est-à-dire



pour permettre aux fractions de se prononcer sur ce problème d'Etat éminemment important.

**M. Baechtold:** J'aurai peut-être l'occasion tout à l'heure de m'exprimer au sujet de la motion Gassmann au nom du groupe socialiste, mais maintenant, je m'exprime en mon nom personnel et même au nom d'une minorité assez importante de notre groupe.

Nous sommes le 17 septembre et les deux interventions de MM. Wilhelm et Marthaler qui, partant de prémisses tout à fait différentes, demandaient toutes deux au Conseil fédéral de prendre des mesures pour remédier à une situation d'insécurité, datent déjà du 5 et du 20 juin, dates de dépôt. A la lumière notamment des événements de Moutier, on peut constater qu'elles sont d'une actualité étonnante. On peut même imaginer que les événements que nous déplorons auraient peut-être pu être évités si la discussion de ces interpellations avait eu lieu plus tôt. Or on voudrait maintenant renvoyer cette discussion à plus tard. Nous sommes arrivés à un nouveau stade, à une nouvelle phase de l'affrontement entre autonomistes et pro-Bernois dans le Jura, celui de la «guerre» dite psychologique: conférence de presse ici, qu'on ne renvoie pas, conférence de presse là, qu'on ne renvoie pas. Or cette guerre psychologique est plus pernicieuse encore et plus dangereuse à moyen terme que dans l'immédiat, car elle prépare les affrontements futurs et elle sape les rapprochements futurs. N'est-ce pas le moment ou jamais d'essayer d'y mettre fin ou d'en arrêter les effets par une libre discussion au Parlement maintenant? Ou bien nous sentons-nous tellement dépassés que nous n'osons plus saisir l'actualité, ou bien tellement prudents que nous n'osons plus la regarder en face? Serions-nous, nous, les parlementaires, toujours les carabiniers d'Offenbach, qui arrivent quand tout est fini? Je m'oppose personnellement au renvoi de la discussion.

**Le président:** Je suis saisi d'une proposition émanant de cinq groupes de cette assemblée. Ceux qui acceptent le renvoi de la discussion sont priés de lever la main.

#### Abstimmung – Vote

Für den Verschiebungsantrag	73 Stimmen
Dagegen	40 Stimmen

**Le président:** Nous passons à la motion Gassmann. Le Conseil fédéral propose la transformation de la motion Gassmann en postulat. M. le député Gassmann est prié de se déterminer sur cette proposition.

**M. Gassmann:** Après ces grandes manœuvres pré-électorales, semble-t-il, permettez-moi tout de même de faire quelques remarques. Je suis déçu de la réponse qui m'a été fournie. J'aurais aimé que la réponse du chef du Département de justice et police ait plus de contenu politique. On nous donne une leçon, on nous donne même une leçon de droit, une fois de plus. Or je crois que nous ne réussirons pas à régler le problème jurassien sans faire en sorte que l'imagination permette de trouver des solutions qui, sans sortir du droit, le modifie en tout cas.

J'aurais voulu par une motion associer les cantons, le Conseil des Etats à cette décision politique importante. J'avais évidemment l'espoir que ma motion allait être acceptée, mais ma motion étant transformée en postulat, évidemment l'espoir de voir le Conseil des Etats en discuter s'évanouit. Cependant, pour essayer de croire encore que tout n'est pas perdu et en fonction tout de même des ouvertures que la déclaration de M. le conseiller fédéral permet d'apercevoir, je suis disposé à accepter de transformer cette motion en postulat.

**König-Zürich:** Es ist mir klar, dass die Motion oder das Postulat Gassmann an sich ein selbständiges Geschäft ist, das auch selbständig erledigt werden könnte. Nun hat aber der Präsident die Interpellationen und die Motion

gemeinsam behandeln lassen. Ich glaube deshalb, wir sollten darüber auch gemeinsam beschliessen. Nachdem Sie die Diskussion über die Interpellationen – entgegen dem Willen unserer Fraktion – verschoben haben und der Gegenstand im Grunde genommen doch eng zusammenhängt – das geht ja auch aus der Zusammenlegung der Geschäfte hervor –, bin ich der Meinung, wir sollten die Frage der Ueberweisung des Postulates Gassmann erst entscheiden, wenn die Diskussion über die Interpellationen stattgefunden hat. Ich stelle in diesem Sinne Antrag.

**Le président:** Je veux bien accorder au raisonnement de M. le député König une certaine pertinence mais je suis obligé d'observer le règlement. La discussion sur les interpellations a été renvoyée. Vous en avez décidé ainsi. Nous réglons maintenant la question de la motion dont son auteur, M. le député Gassmann, accepte la transformation en postulat. Quelqu'un s'oppose-t-il, au sein du Conseil, au postulat Gassmann? Ce n'est pas le cas. J'admets donc que vous êtes d'accord avec la transformation de la motion en postulat.

#### Ueberwiesen – Transmis

12 161

### Initiative Oehen. Kulturland Terres cultivables

Bericht der Kommission des Nationalrates vom 18. Juni 1975 (BBl II, 1060)

Rapport de la commission du Conseil national du 18 juin 1975 (FF II, 1071)

Wortlaut der Initiative vom 25. November 1974 siehe BBl II, 1065  
Texte de l'initiative du 25 novembre 1974 voir FF II, 1076

**Oehen:** Ich bin mir bewusst, dass die Stimmung für mein Anliegen jetzt nicht gerade sehr gut ist. Die Sachfrage ist doch allzu different von dem, was wir soeben behandelt haben. Ich möchte mir aber trotzdem Mühe geben, Ihnen das Protokoll so klar wie möglich darzulegen.

Am 11. Mai dieses Jahres fand in Rüschlikon eine Tagung zum Thema «Veränderte Weltlage – Gefahren und Chancen für die Schweiz» statt. Einige Zitate aus der Berichterstattung mögen zeigen, unter welchen Voraussetzungen ich heute in diesem hohen Hause meine Initiative zum Schutze des Kulturlandes zu vertreten habe. Es heisst dort:

«Die Globalbetrachtungen» – Sie, meine Damen und Herren, kennen sie zum Teil aus dem Kommissionbericht – «können Erkenntnisprozesse einleiten, die es der Öffentlichkeit gestatten, gesellschaftliche Gesamtziele zu entwickeln und die dazu notwendigen Entscheidungen zu treffen.» An anderer Stelle: «Es wurde deutlich, wie in der Schweiz die grundlegende Diskussion über gesellschaftliche Ziele vollständig fehlt. Es wurde festgestellt, dass besonders die Politiker sich meist im Netz kurzfristiger Sachfragen verstricken und die grossen Zusammenhänge nicht sehen.»

So ist es auch begreiflich, dass meine Vorschläge nur Abwehrreaktionen auslösten, aber kaum Denkanstösse werden konnten. Es war auch nicht überraschend, dass die Politiker, obwohl zu jener Tagung eingeladen, weitgehend fehlten. Eine Folgerung aus jenen Diskussionen sei hier wörtlich zitiert: «Im eigenen Land können wir bemüht sein, die landwirtschaftlichen Ressourcen zu erhalten und zu fördern und für eine umweltfreundliche Landwirtschaft zu sorgen.»



nous amènent à penser que nous passerons le cap des 2 milliards en 1977, 1978, etc., pour atteindre les 4 ou 5 milliards à la fin de la législature. Il est évident que cette situation ne sera pas possible et que nous devons, tant dans le domaine des dépenses – et d'abord dans celui des dépenses de la Confédération – que dans le domaine des recettes, opérer des réformes fondamentales. Je vous recommande donc d'adopter la motion.

**Präsident:** Die Kommission beantragt Ihnen Annahme der Motion. Ein anderer Antrag liegt nicht vor. Sie haben so beschlossen.

*Angenommen – Adopté*

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

75.369

**Motion des Nationalrates (Schmid-St. Gallen).  
Schutz der Kleinsparer  
Motion du Conseil national (Schmid-St. Gall).  
Protection des petits épargnants**

*Wortlaut der Motion vom 20. März 1975*

Der Bundesrat wird eingeladen, der Bundesversammlung unverzüglich eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, welche einen verstärkten Schutz der Kleinsparer und Kleinanleger bei Bankzusammenbrüchen bezweckt.

*Texte de la motion du 20 mars 1975*

Le Conseil fédéral est invité à présenter sans tarder à l'Assemblée fédérale un projet de loi visant à renforcer la protection dont bénéficient les petits épargnants et investisseurs lors de débâcles bancaires.

**Bodenmann, Berichterstatter:** In der vom Nationalrat beschlossenen Motion wird der Bundesrat eingeladen, der Bundesversammlung unverzüglich eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, welche einen verstärkten Schutz der Kleinsparer und Kleinanleger bei Bankzusammenbrüchen bezweckt. Trotz Bedenken, die sich vor allem auf die Verwirklichungsmöglichkeiten dieser Motion beziehen, beantragt Ihnen die einstimmige Kommission, diese erheblich zu erklären. Der Motionär kann in seiner Begründung keine konkreten Vorschläge für einen besseren Schutz der Kleinsparer und Kleinanleger machen. Der Motionsinhalt geht über Anregungen nicht hinaus. Fast ebenso unverbindlich und unbestimmt war die Antwort des Bundesrates, in der er die Bereitschaft zur Annahme der Motion bekundete. Der Bundesrat ist bereit, der Motion im Rahmen einer in Aussicht genommenen Revision des Bankengesetzes Folge zu geben, wobei er sich aber in bezug auf die zu treffenden Regelungen nicht festlegen will. Diese Stellungnahme des Bundesrates erlaubt es Ihrer Kommission, Zustimmung zum Nationalrat zu beantragen.

Der Schutz der Kleinsparer und Kleinanleger muss den sich verändernden Verhältnissen und Gepflogenheiten im Geldleih- und Spargewerbe angepasst werden. Lücken, die sich aufzeigen, sind bei Gesetzesrevisionen zu schliessen. Die Aussprache in der Kommission ergab dann, dass es ausgeschlossen ist, alle Geldanlagen bei allen Banken zu schützen. Fest steht, dass jeder, der in der Schweiz seine Ersparnisse zinstragend und sicher anlegen will, dies auch tun kann. Einmal sind alle Kantonalbanken im Besitz einer unbeschränkten Garantie, und zwar unbekümmert um die Höhe der einzelnen Einlage. Im übrigen Bankensystem gilt für Sparkassenhefte das Konkursprivileg. Privilegiert sind pro Sparheft 10 000 Franken. Wer andere

Anlagen bei Nichtkantonalbanken oder Finanzgesellschaften macht, erhält in der Regel mehr Zins, verliert aber dafür die hundertprozentige Sicherheit. Diese Gruppe der Anleger soll nach der Motion Schmid besser geschützt werden. In diesem Zusammenhang ist aber festzustellen, dass die Verluste der Kleinanleger bei den in der Motion begründung erwähnten Bankenzusammenbrüchen klein waren und dass die Zahl der wirklich zu Verlust gekommenen Kleinanleger nicht ermittelt werden kann. Es ist nämlich so, dass die kleinen Leute, die Anlagen bei etwas zweifelhaften Banken machen, oft selber das Licht zu scheuen haben.

Nach Auffassung des Departements sind zurzeit folgende Massnahmen zur Verstärkung des Schutzes zur Diskussion gestellt: Versicherungsbobligatorium nach amerikanischem Muster. Die Verluste wären durch Versicherungen zu bezahlen. Dieser Vorschlag wird von den Banken abgelehnt, da bei einer solchen Regelung die guten Banken für die schlechtgeführten Banken einzustehen hätten. Die nämliche Ueberlegung liegt der ablehnenden Stellungnahme gegenüber dem sogenannten «Feuerwehrfonds» zugrunde. Dieser Fonds wäre von den Banken selber zu äufnen. Ein besonderes und schärferes Bewilligungsverfahren für Banken und Gesellschaften, die sich für die Mittelbeschaffung an Kleinanleger wenden. Diese Anregung wird zurzeit geprüft. Sodann eine bessere Aufklärung der Kunden am Bankschalter: Der Einleger darf eine mit Risiken behaftete Einlage nur machen, wenn feststeht, dass er sich hierüber Rechenschaft geben musste. Der Katalog der Anregungen könnte noch ergänzt werden. Ein totaler Schutz kann nicht geschaffen werden. Die Notwendigkeit einer schärferen und direkteren Kontrolle der Banken durch die bankengesetzlichen Revisionsstellen und durch die Bankenkommision ist erkannt worden. Die in dieser Richtung gehenden Erlasse und Massnahmen haben zu guten Ergebnissen geführt.

Abschliessend darf aber doch noch erklärt werden, dass das schweizerische Bankgewerbe weltweit einen ausgezeichneten Ruf geniesst. Die Schweizer Banken gelten als die «sichersten». Damit ist wohl auch dargetan, dass unsere Bankiers, die Gesetzgebung und auch die Aufsicht besser als ihr Ruf sein müssen.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen namens der Kommission Zustimmung zum Nationalrat.

*Angenommen – Adopté*

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

75.432

**Interpellation Péquignot. Jurafrage  
Question jurassienne**

*Wortlaut der Interpellation vom 15. September 1975*

Die dritte Volksbefragung über den Verbleib der Stadt Moutier beim Kanton Bern hat sich in einem sehr spannungsgeladenen Klima abgewickelt, das von den Leuten verursacht wurde, die die Abstimmung verlangt hatten. Die Separatisten haben zunächst die Strasse, dann die nähere Umgebung des Wahllokals besetzt und so die Stimmbürger stark eingeschüchtert, ja sogar die freie Ausübung des Stimmrechts bedroht.

Sobald das Ergebnis bekannt war, erklärte das Rassemblement jurassien, der Kampf gehe weiter. Dadurch brachte es zum Ausdruck, dass es weder das Abstimmungsergebnis noch die neuen Grenzen des Kantons Bern respektieren will. Bereits am Sonntag nachmittag, dem 7. September 1975, sind Separatisten, von denen nur ein Teil in



Moutier wohnen, zu einer direkten Aktion übergegangen. Sie drängen in das Stadtzentrum ein, behinderten den Verkehr, beschädigten Privatbesitz und gefährdeten das Leben anderer.

Diese absichtlich hervorgerufenen Unruhen, die nach dem Slogan der Separatisten nur ein Anfang sind, haben die grosse Mehrheit der Bevölkerung sehr erregt. Sie erwartet, dass die Behörden für ihre Sicherheit und die Wahrung ihrer demokratischen Rechte sorgen.

Ich weiss, dass die Aufrechterhaltung der Ordnung in erster Linie Sache der Kantone ist. Da aber ein Teil der Verantwortung für die jurassische Angelegenheit den Bundesbehörden zukommt, frage ich den Bundesrat:

- a. was er, vor allem aufgrund der Berichte der eidgenössischen Kommissionen, von der Abwicklung des dritten Plebiszits in der Stadt Moutier hält;
- b. was er tun will, um die demokratischen Rechte zu wahren, um Ruhe und Ordnung im Südjura wieder herzustellen und um dem dreifach ausgedrückten politischen Willen dieser Gegend Nachachtung zu verschaffen.

*Texte de l'interpellation du 15 septembre 1975*

Le troisième plébiscite concernant le maintien de la ville de Moutier dans le canton de Berne s'est déroulé dans un climat de tension extrême provoqué par ceux qui avaient demandé la consultation. En occupant d'abord la rue, puis les abords mêmes du local de vote, les séparatistes ont pratiqué une intimidation flagrante allant jusqu'à menacer le libre exercice du droit de vote.

Sitôt le résultat connu, le Rassemblement jurassien déclara que la lutte continuerait, manifestant ainsi son intention de ne respecter ni le résultat du vote, ni les nouvelles limites du canton de Berne. Dans l'après-midi du dimanche 7 septembre 1975 déjà, des éléments séparatistes, dont un bon nombre n'habitent pas Moutier, passèrent à l'action directe. Ils envahirent le centre de la ville, entravant la circulation, portant atteinte à la propriété privée et mettant en danger la vie d'autrui.

Cette émeute, délibérément provoquée et qui, selon le slogan utilisé ne serait qu'un début, a révolté la grande majorité de la population qui attend des autorités la prise en charge de sa défense et de ses droits légitimes.

Sans ignorer que le maintien de l'ordre est en premier lieu l'affaire des cantons, mais compte tenu de la part de responsabilité dévolue à l'autorité fédérale dans l'affaire jurassienne, je demande au Conseil fédéral de dire:

- a. Ce qu'il pense du déroulement du troisième plébiscite en ville de Moutier en se basant notamment sur les rapports de ses commissaires fédéraux;
- b. Ce qu'il entend entreprendre pour faire respecter les droits démocratiques, pour faire rétablir l'ordre et la paix dans le Jura-Sud et pour garantir à cette région son choix politique trois fois exprimé.

**M. Péquignot:** En interpellant au sujet des événements qui ont entouré le troisième plébiscite en ville de Moutier, je n'entends nullement jeter de l'huile sur le feu ni raviver des querelles interminables. Mais les conditions dans lesquelles la campagne électorale s'est achevée, les débordements auxquels des éléments séparatistes se sont livrés, les méthodes qu'ils ont utilisées pour créer un climat de peur et d'intimidation, tout cela doit être connu car de tels procédés n'ont plus rien à voir ni avec la liberté d'expression, ni avec la démocratie.

Je me dois donc de parler, même si je sais que cette intervention pourra me valoir des ennuis et des menaces, que ma tranquillité risque d'être perturbée, mes activités professionnelles entravées, mes biens endommagés ou pire que cela encore. En de telles circonstances, la dérobade n'est que lâcheté et le silence devient complicité. La fonction de député implique une responsabilité que j'assume, conscient que je suis aussi de m'exprimer ici au nom de la grande majorité des électeurs de la ville de Moutier et des habitants du Jura-Sud. Je parlerai sans haine, mais non sans reproche, je dirai ce que j'ai vu, ce

que j'ai entendu, ce que j'ai vécu et si vous doutez de mes paroles, vous pouvez toujours consulter les photos que je détiens ici.

Les derniers jours qui ont précédé le scrutin, les séparatistes ont entretenu à Moutier, un climat de tension et d'intimidation caractérisé. Ils monopolisèrent le placardage d'affiches et de tracts, le carrefour principal et le centre de la ville devinrent leur chasse gardée, ils y collèrent par dizaines leurs affiches au sinistre slogan: «Moutier = Belfast» qui reprenait une déclaration faite publiquement à Moutier par leur chef, Béguelin. Leur propagande s'étalait partout, sur les îlots de sécurité, sur les refuges, sur les bornes lumineuses de la signalisation routière, sur les supports des feux rouges, sur les murs et sur les trottoirs. Leurs équipes de service défilaient sans gêne ni entrave avec paquets d'affiches sous le bras, bidons de colle et pots de peinture. Dès le soir et jusqu'au matin, les séparatistes, jeunes pour la plupart, occupaient la place comme un pays conquis. A chaque embranchement du carrefour, des groupes montaient la garde. Ils étaient pourvus de postes émetteurs-récepteurs de radio, de bâtons et de matraques. Certains étaient masqués et tous portaient partout sur leurs habits des autocollants avec l'inscription «Non». Vers minuit, ils s'installaient au milieu même du carrefour, assis sur des chaises, empruntées au restaurant voisin, ils entouraient un grand écussion jurassien et un énorme «Non» peint sur la chaussée. Le tout se passait sous le regard d'agents de police qui stationnaient par groupes de trois ou quatre, laissent faire tandis qu'une foule de gens sympathisants, qui augmentaient de soir en soir, se rassemblaient aux alentours attendant ou espérant la bagarre avec un adversaire qui eut la sagesse de ne pas se manifester. La ville semblait donc abandonnée aux seuls séparatistes qui faisaient la loi, leur loi de l'intolérance. Les journaux du matin et la radio annonçaient «nuit calme à Moutier», autrement dit, pas d'affrontements, pas de bagarres donc rien d'intéressant à signaler. Car qui pouvait bien s'intéresser aux dérangements que devaient supporter les habitants des maisons voisines, empêchés de dormir par un vacarme continu, fait de cris, d'interpellations, de détonations de gros pétards qui sautaient d'heure en heure, de ronflements de moteur, de coups de klaxons, de slogans rythmés et hurlés tels: «Ce n'est qu'un début, continuons le combat», ou encore «Gehler, salaud, le peuple aura ta peau!» J'affirme que, depuis le jeudi déjà, bien des personnes ne se sentaient plus en sécurité car l'ordre public n'était plus respecté. Pour des antiséparatistes repérés, se rendre à la gare (la station CFF et non l'hôtel, distant d'une trentaine de mètres), n'était pas sans danger. Ainsi samedi, vers 17 h 45, des femmes, qui attendaient l'arrivée de parents, ont vu leur voiture bombardée de projectiles venant de la direction de l'Hôtel de la Gare. Elles durent, avec deux petits enfants qui les accompagnaient, s'engouffrer dans l'auto et quitter précipitamment les lieux pendant que les salves continuaient à crépiter sur la carrosserie. Si vous ne le croyez pas, vous pouvez venir regarder ma propre voiture.

Le summum de l'intimidation fut atteint dès le samedi matin 6 septembre. Cela commença par un affichage de nouvelles banderoles collées par des jeunes gens avec l'inscription suivante: «Nous, jeunes de Moutier, la lutte continue.» Pendant les heures d'ouverture du scrutin, la foule séparatiste s'est concentrée aux abords des locaux de vote. Devant l'Hôtel de Ville, les trottoirs et la place étaient noirs de gens brandissant des drapeaux. C'est à travers eux, dans une ambiance menaçante, de sifflets et d'injures, que j'ai dû me frayer un passage avec ma famille pour atteindre le bureau de vote. En le quittant, nous nous sommes réfugiés au poste de police voisin. J'ai rencontré le préfet, je lui ai rappelé que, dans un communiqué, le Conseil-exécutif du canton de Berne avait garanti que chaque citoyen pourrait exercer librement son droit de vote en ville de Moutier, et qu'il lui incombait, à lui préfet, de faire respecter cette garantie en sa qualité de représentant du gouvernement dans le district. Il m'avoua



alors qu'il était débordé par la situation et qu'il n'était pas en mesure de faire dégager les abords du local de vote sans déclencher une émeute. Il fallait patienter jusqu'à la clôture du scrutin. Il avait certainement raison, mais il n'en demeurait pas moins que l'exercice sacré du droit de vote était entravé par l'occupation de la rue par des séparatistes, par l'intimidation et par la terreur dirigée contre les antiséparatistes qu'on espérait ainsi éloigner des urnes pour fausser le résultat.

Le dimanche, le même scénario se reproduisit et des membres antiséparatistes du bureau de vote n'ont pu se rendre au dépouillement du scrutin que sous la protection de la police. De telles méthodes portent un nom bien précis et de sinistre mémoire. Mais ce qui me stupéfie ou plutôt ce qui me navre, c'est de constater que des gens soi-disant bien pensants, des commentateurs soi-disant objectifs, puissent voir le fascisme ailleurs que du côté du séparatisme. Mais si la propagande habile de ces séparatistes abuse encore bien des personnes, elle n'a pas trompé la majorité des habitants de Moutier, ni surtout pu l'empêcher d'aller voter. Au contraire, ces méthodes oppressives ont renforcé progressivement cette majorité et cela de manière irrétutable. De 70 voix qu'elle était le 23 juin 1974, cette majorité a passé à 280 le 16 mars 1975 et à 390 le 7 septembre. La télévision a montré largement les réactions de la foule séparatiste massée devant l'Hôtel de Ville à l'annonce du résultat du vote. Elle a montré les drapeaux flottants et les clameurs de ces centaines de personnes, pour la plupart étrangères à Moutier et venues du Jura-Nord. On a pu les entendre chanter la «Rauracienne», ce vieux chant jurassien, mais il existe une autre version de ce chant, la version habituelle, inventée par les séparatistes et dont ils nous rebattent les oreilles depuis longtemps, mais que jamais la télévision ne vous a fait entendre jusqu'au bout. Voici cette parodie, chantée sur l'air de la «Bernermarsch», la marche des ours: «Le Jura est à nous, le Jura est aux Jurassiens, unissons-nous, fils de la Rauracie, et m... pour la capitale de l'Helvétie.» Voilà un échantillon de ce qu'on apprend à cette belle jeunesse qu'une semaine avant le vote, des adultes qui se disent chrétiens avaient déguisée en petits vieux tremblants et ridicules pour leur faire parcourir la ville. Car selon les paroles mêmes de M. Béguelin, le maintien de Moutier dans le canton de Berne était le fait de 300 petits vieux qui avaient fait un croc-en-jambe à la nouvelle génération. Mais le *Jura libre* avait aussi écrit dans son numéro du 4 juin 1975 que «le seul endroit de Moutier où les antiséparatistes ont une majorité sûre, c'est le cimetière». Belle jeunesse et bel idéal qui se moquent des vieux et des morts, alors que dans tous les pays du monde le respect de la vieillesse est un des fondements de toutes les sociétés humaines dignes de ce nom!

J'en viens maintenant aux émeutes qui ont marqué la fin du dimanche 7 septembre. Toutes les conférences de presse, tous les communiqués, tous les démentis du Rassemblement jurassien et toutes les interprétations des faits qu'il pourrai présenter ne changeront rien à la genèse des événements: si ces centaines de séparatistes, dont beaucoup n'habitent pas Moutier, je le répète, étaient restés chez eux comme les pro-Bernois, l'engagement des grenadiers n'aurait pas été nécessaire. Il est trop facile de s'indigner et de déclarer après coup que les policiers bernois étaient venus pour «casser du Jurassien», alors qu'en réalité, les séparatistes attendaient les antiséparatistes avec lesquels ils recherchaient l'affrontement depuis une semaine. Ecoutez les paroles éloquentes qu'un responsable séparatiste de Moutier a adressées à ses partisans lors de la manifestation organisée après la proclamation du résultat du scrutin – je cite ici le compte rendu publié par le journal *Le Pays* du 9 septembre: «Plus que jamais, la lutte continue, la ville nous appartient et sera toujours nôtre. J'adresse un merci tout particulier à l'équipe du Carrefour qui n'a ménagé ni ses heures de sommeil ni son humour pour que le centre de notre ville reste à nos

couleurs. Depuis mardi matin où une poignée de courageux «jus de pomme» – il s'agit des Béliers – ont mis en déroute une armada de chiards casqués et armés beaucoup mieux que nous et trois fois plus nombreux, aucun groupuscule pro-bernois n'a plus montré son poing à Moutier, car pour eux la cause est entendue, nous sommes les plus forts et nous entendons le rester jusqu'à ce que le bon sens triomphe. Ce n'est qu'un début... Encore merci à tous et au travail pour un nouveau harcèlement.»

Non seulement la minorité séparatiste, ainsi que vous l'entendez, proclame que la ville est à elle mais elle traite les pro-Bernois de faibles et de couards parce qu'ils ne se sont pas montrés. C'est là de la provocation pure et calculée. A-t-on imaginé ce qui serait arrivé si les antiséparatistes étaient eux aussi descendus dans la rue, car après tout, pourquoi les uns et pas les autres? Pourquoi un camp croit-il pouvoir tout se permettre sinon parce que trop longtemps il a bénéficié d'une indulgence insensée, parce que trop longtemps on l'a laissé tout faire et tout dire, impunément. Le chef Béguelin avait aussi dit à ses troupes: «Répandez-vous dans les restaurants de la ville, occupez cette ville pour empêcher les pro-Bernois de fêter leur victoire.» Les troupes obéirent. En effet, aucun drapeau bernois ne fut déployé en ville de Moutier le 7 septembre, aucun cri de joie ne se fit entendre. Mais par contre, c'est une meute hurlante et déchaînée que j'ai vue envahir la rue, entraver la circulation, arrêter et secouer des voitures, casser des vitres, une meute armée de bâtons, de matraques, de frondes, portant cagoules ou foulards sur le visage, et parmi elle beaucoup de très jeunes gens, des deux sexes, des garçons aux poches bourrées de billes d'acier, plus grandes ou pareilles à celle-ci (*l'orateur montre une bille*) qui a cassé une des vitres de mon appartement. Certains se sont beaucoup préoccupés de savoir qui avait donné l'ordre aux grenadiers d'entrer en action, mais on s'est moins soucié de savoir qui avait fait venir à Moutier ces centaines de séparatistes équipés pour la lutte et qui avaient été pourvus d'armes meurtrières, de charges d'explosifs, de cocktails Molotov et de billes d'acier par centaines, toutes choses que des gens pacifiques et bien intentionnés n'ont pas dans leurs poches, ni dans le coffre de leur voiture. On ne trouve pas forcément non plus au coin des rues les barres de fer qui permettent de dépaver les chaussées. C'est aussi au domicile d'un membre du groupe Béliers de Courrendlin que, plus tard, la police a trouvé quelques dizaines de kilos d'explosifs. Certains ont monté en épingle le fait que les grenadiers aient pénétré dans l'Hôtel de la Gare, quartier général des séparatistes, sans mandat de perquisition, alors qu'il y avait flagrant délit puisqu'on tirait à la grenaille depuis les fenêtres de cet établissement et que dans ce cas, de l'avis même du juge, un mandat n'est plus nécessaire. Mais on s'est beaucoup moins indigné de savoir qui avait dirigé la mise à sec de l'appartement de M. Fritz Hauri, le président de Force démocratique. Et pourtant, pour celui qui a vu les flammes rougir la nuit sinistre, pour celui qui a entendu les airs de carnagole de ces fanatiques qui dansaient autour du feu allumé avec les meubles jetés par la fenêtre, il n'y a pas de commune mesure entre ce spectacle révoltant et l'arrestation justifiée d'émeutiers que la télévision a montrés sortant un à un, les bras en l'air, d'un repaire de fauteurs de troubles. Le chef Béguelin a aussi déclaré que les Jurassiens se battaient rarement entre eux et que les bagarres étaient la faute des policiers bernois parlant l'allemand. Mais le samedi soir 6 septembre, il n'y avait pas de grenadiers et pourtant une troupe de séparatistes a envahi le Restaurant du Moulin, le local de Force démocratique, cassant fenêtres et volets. Le 2 juillet 1975, lorsque Force démocratique tenait une assemblée autorisée dans une salle de gymnastique de Moutier, il n'y avait pas de policiers bernois et pourtant des charges de plastic ont explosé, des fenêtres ont volé en éclats, la salle a été envahie, des personnes poursuivies et chassées, des voitures saccagées, le tout perpétré par des séparatistes masqués et fortement



armés. A Tavannes, le 16 mai, il n'y avait toujours pas de policiers, curieusement les séparatistes s'en sont plaints d'ailleurs, et pourtant l'affrontement a été très dur, des coups de feu ont été tirés, blessant un jeune antiséparatiste. Il faut qu'on le sache une fois pour toutes, le chef Béguelin a instauré la haine du Suisse allemand et le mépris de la Suisse et de ses institutions. Par son intolérance et par ses outrances, le séparatisme est responsable de la situation actuelle. Il a écartelé les Jurassiens, divisé les familles, démantelé les sociétés et surtout il a ôté la joie de vivre à beaucoup et, sans doute, pour certains le «oui» à Berne était aussi un «non Béguelin». Il faut que cela cesse. Le Jura-Sud doit pouvoir vivre en paix et dans le calme et le respect de l'adversaire, l'avenir politique qu'il a librement choisi. Quant au respect de l'adversaire, j'entends bien qu'il soit réciproque et les méfaits commis par certains éléments excités et incontrôlés contre des autonomistes du sud sont hautement condamnables. Force démocratique d'ailleurs les a toujours condamnés. Trois plébiscites en quinze mois, cela suffit. Le verdict des urnes, trois fois confirmé, doit être respecté. Le temps des palabres et des regrets est passé, comme celui des bons offices que le Rassemblement jurassien a si dédaigneusement refusés. Nous n'avons que faire des prophètes pleurant sur les ruines de Jérusalem. Ceux qui souhaitent encore la création d'un demi-canton du Jura-Sud, ceux qui préconisent de nouveaux plébiscites de cinq ans en cinq ans sont de dangereux inconscients qui ne savent pas de quoi ils parlent. Le Jura-Sud a choisi, qu'on le laisse s'organiser.

Quant au nouveau canton, personne dans le sud ni dans l'ancien canton ne s'oppose à sa création. Au contraire, tout le monde le demande et demande que la procédure de séparation soit accélérée. Et le gouvernement bernois a montré qu'il n'entendait pas faire traîner les choses.

Par parenthèse, permettez-moi de supplier ceux d'entre vous qui seront encore dans cette salle, lorsqu'il faudra reconnaître le nouveau canton, d'accepter ce nouvel Etat car le Jura-Nord ne renferme pas que des séparatistes fanatiques. Il y a aussi beaucoup de gens opposés à la majorité arrogante mais qui doivent se taire. Vous n'avez pas le droit de les abandonner. On demande que le dialogue soit maintenant établi. On parle d'une commission fédérale. Oui, d'accord, mais dans le seul but de construire sur la base de la situation acquise, sur laquelle il n'est pas question de revenir ni d'épiloguer. Cela doit être bien clair.

Nous vivons dans un Etat de droit qui donne à tous les citoyens la possibilité de se faire entendre par les voix les plus démocratiques, le droit d'association est reconnu et ce n'est pas moi qui le contesterai aux séparatistes établis dans le Jura-Sud. Mais il ne faut pas confondre l'action politique avec l'agitation et la subversion par tous les moyens qui doivent être bannies et condamnées comme la violence, que je réprouve, et contre laquelle je m'élève avec force avec la grande majorité de mes concitoyens et du peuple suisse. Mais il est temps que l'on sache si les citoyens que nous sommes ont encore le droit à la protection de leur tranquillité, de leurs biens et de leur vie, si les responsables de l'agitation et de la manipulation des foules seront enfin démasqués et poursuivis, si la police est là pour maintenir et rétablir l'ordre ou si, comme le disait samedi passé le chef de la police genevoise, «elle doit laisser faire et attendre passivement d'être lapidée sur place». La tenancière de l'Hôtel de la Gare de Moutier disait dans sa conférence de presse: «On est encore en Suisse, on a le droit de s'exprimer, on a le droit de dire la vérité.» J'approuve sans réserve cette déclaration. Oui, mais ce droit de dire la vérité, de s'exprimer librement, pourquoi les clients séparatistes de cette dame ne l'accordent-ils pas aux autres? Pourquoi cette intolérance qui va jusqu'au délit d'opinion et à l'atteinte à la libre circulation des gens qui frappe ceux qui osent s'opposer ouvertement aux menées et à l'intimidation séparatistes.

C'est par souci de cette vérité et pour porter à votre connaissance la gravité de la situation que j'ai interpellé le Conseil fédéral en souhaitant que les réponses qui seront données à mes questions soient de nature à tranquilliser les esprits et à redonner confiance en la valeur de nos institutions démocratiques.

**Bundesrat Furgler:** Herr Péquignot erkundigt sich in einer ersten Frage nach der Beurteilung der Lage aufgrund der Berichte der eidgenössischen Beobachter. Ich darf dazu folgendes ausführen:

Am 7. September dieses Jahres hat sich die Stadt Moutier zusammen mit weiteren jurassischen Gemeinden in einem dritten Plebiszit endgültig für ihr Verbleiben im Kanton Bern entschieden. In Ausführung eines Auftrages der Bundesversammlung und auf Ersuchen des bernischen Regierungsrates hatte der Bundesrat für dieses Plebiszit eine Reihe von Massnahmen beschlossen, die sich im Rahmen dessen hielten, was für frühere Plebiszite angeordnet worden war. Zu erwähnen ist etwa die Kontrolle der Stimmregister durch den Regierungsrat, der Ausschluss der Stimmabgabe durch Stellvertretung sowie der Einsatz der eidgenössischen Beobachter selbst. Deren Auftrag bestand darin, die ordnungsgemässe Durchführung der Abstimmung zu überwachen und Abstimmungsbeschwerden zuhanden des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements bzw. der bernischen Regierung entgegenzunehmen. Die Einzelheiten der Ueberwachung waren im massgebenden Bundesratsbeschluss vom 15. Mai dieses Jahres abschliessend umschrieben. Nach dessen Artikel 17 hatten die Beobachter folgendes zu tun: 1. Die Bereinigung der Stimmregister zu überwachen. 2. Vor der Oeffnung die Stimmlokale und deren Einrichtungen zu besichtigen. 3. Die Versiegelung, Oeffnung und Leerung der Urnen zu beobachten. 4. Der Stimmabgabe beizuwohnen. 5. Die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses zu überwachen. Daraus erhellt, dass den eidgenössischen Beobachtern keinerlei Polizei- oder Ordnungsfunktionen übertragen waren. Wie der Herr Interpellant selbst zutreffend feststellt, obliegt nach schweizerischem Staatsrecht die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung primär den Kantonen. Für die innere Sicherheit eines Kantons hat der Bund nur subsidiär zu sorgen, dann nämlich, wenn der Kanton nicht mehr in der Lage ist, auf seinem Gebiet Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Im übrigen sind die Kantone verpflichtet, einander Hilfe zu leisten. Ich verweise auf Artikel 16 Absatz 1 unserer Verfassung. Von dieser Möglichkeit hat der Kanton Bern bekanntlich Gebrauch gemacht, indem er Polizeikräfte bei anderen Kantonen anforderte, um in Moutier Ruhe und Ordnung wieder herzustellen bzw. sicherzustellen. Dieser Artikel wird in den kommenden Monaten bei der weiteren Bearbeitung aller sicherheitspolizeilichen Probleme – ich durfte bereits bei der Beantwortung des Vorstosses von Herrn Honegger darauf verweisen – eine besondere Rolle spielen. Auf vielseitigen Wunsch, insbesondere auch auf Empfehlung der Regierung Ihres Kantons, ermächtigte der Bundesrat das Justiz- und Polizeidepartement, schon in der Woche vor der Abstimmung ein erstes Kontingent von Beobachtern in den Jura zu entsenden. Diese Beobachter begaben sich von Moutier aus, wo sie im Bahnhofgebäude eine Zentrale errichtet hatten, in regelmässigen Abständen in sämtliche, von der dritten Plebiszitrunde betroffenen Gemeinden und leiteten Mitteilungen, Beanstandungen, Anregungen aus der Bevölkerung unverzüglich an das Justiz- und Polizeidepartement zuhanden der kantonalen Stellen weiter. Der eigentliche Einsatz, wie er nach der Verfassung gefordert war im Garantiebeschluss, den die eidgenössischen Räte zum seinerzeitigen Verfassungszusatz aus dem Monat März 1970 beschlossen hatten, begann am Freitag, dem 5. September, und dauerte bis und mit Sonntag, den 7. September, 18 Uhr. In der Stadt Moutier überwachten die Beobachter den Urnengang. Es waren 13 in den städtischen Abstimmungslokalen allein. Geleitet wurde die Operation von zwei Beamten des Justiz- und Polizeidepartement.



ments, die während der ganzen Dauer des Plebiszits ebenfalls in Moutier weilten. Nach den Feststellungen dieser Beobachter und der verantwortlichen Leiter wurde die Abstimmung mit Bezug auf deren demokratisch ermitteltes Resultat messbar und somit auch entscheidend für die Wertung des Urnenganges als rechtsgültig ordnungsgemäss durchgeführt. Das Abstimmungsergebnis darf als zuverlässig gelten. Es trifft nun allerdings zu – ich komme darauf zurück –, dass gewisse Strassen und Plätze der Stadt, vor allem der Rathausplatz, von Manifestanten zeitweise derart blockiert waren, dass sich einzelne Stimmbürger nur mühsam und unter belästigenden Pfiffen und Schmährufen an die Urne begeben konnten. Als diese Ansammlungen am Samstag abend bedrohliche Ausmasse anzunehmen schienen – der Interpellant war anlässlich der Stimmabgabe mit seiner eigenen Familie selbst angepöbel worden und hatte die Beobachterzentrale darüber telefonisch informiert – und als Gerüchte über massive Störaktionen für den Sonntag eintrafen, sprachen die verantwortlichen Leiter des Beobachterdetachementes persönlich beim Regierungsstatthalter und beim Stadtpräsidenten von Moutier vor. Es wurde in der Nacht auf den Sonntag ein wirksames Dispositiv erarbeitet, um mögliche Störaktionen zu vereiteln und den Urnengang auch am Sonntag sicherzustellen. In der Folge zeigte es sich, dass die Notdispositionen nicht eingesetzt werden mussten, weil die Stimmabgabe erfolgen konnte. Obschon Regierungsstatthalter und Stadtpräsident von Moutier den beiden verantwortlichen Bundesbeamten mit Nachdruck versicherten, ihnen sei kein Fall bekannt, dass in Moutier ein Bürger an der Stimmabgabe gehindert worden wäre, ist es nach Auffassung des Bundesrates beschämend und unserer Demokratie unwürdig, dass Bürger öffentlich verhöhnt und beschimpft werden, wenn sie sich zur Urne begeben, wenn sie also ein verfassungsmässig garantiertes politisches Recht ausüben. Ein solches undemokratisches Verhalten qualifiziert sich selbst. Soviel zur ersten Frage des Herrn Interpellanten.

Mit der zweiten Frage spricht Herr Ständerat Péquignot offensichtlich die schweren Ausschreitungen an, zu denen es nach dem Plebiszit vom 7. September in und um Moutier kam. Wie Ihnen bekannt ist, hat der Bundesrat diese Vorfälle in einer öffentlichen Erklärung vom 10. September aufs schärfste verurteilt und dabei wörtlich ausgeführt: «Der Bundesrat warnt davor, die Agitation und Provokation im Jura fortzusetzen, politische Gegensätze mit Gewalt auszutragen und die politische Ueberzeugung des anderen durch Gewalttätigkeit, Einschüchterung zu unterdrücken. Er fordert alle Beteiligten, insbesondere die verantwortlichen Leiter des Rassemblement jurassien, auf, nicht nur jede Störung von Ruhe und Ordnung zu unterlassen, sondern auch jede Gewaltanwendung öffentlich zu brandmarken und alles zu unternehmen, um weitere Ausschreitungen zu verhindern. Der Aufbau eines neuen Kantons ist nur möglich, wenn sich dessen verantwortliche Befürworter unmissverständlich zu den Grundsätzen der Legalität bekennen.» Am 17. September hatte ich im Nationalrat Gelegenheit, bei der Beantwortung verschiedener parlamentarischer Vorstösse den Standpunkt des Bundesrates zur Lage im Jura ausführlich darzustellen, mit Nachdruck daran zu erinnern, dass der Bundesrat von sämtlichen Verantwortlichen im Jura eine klare Absage an die Gewalt erwartet und verlangt. Denn vor einem Hintergrund der Gewalt, der Angst und der Unversöhnlichkeit wird die Jurafrage nie einer dauerhaften Lösung zugeführt werden können. Im Jura ist auf demokratisch-rechtsstaatlichem Weg eine politische Entwicklung eingeleitet worden, die sowohl die Bevölkerung des zukünftigen Kantons als auch jene der südlichen Amtsbezirke zwingt, mit Minderheiten zu leben. Solche Situationen sind in der Geschichte der Eidgenossenschaft und ihrer Stände häufig anzutreffen. Sie sind Prüfsteine unserer Demokratie und verlangen von allen Beteiligten Toleranz, Verständnis, aber auch ein Minimum an Grossmut, ohne die sich auch die staatliche Gemeinschaft nicht voll verwirklichen kann. Bestrebungen, die darauf

abzielen, die in einem demokratisch-rechtsstaatlichen Verfahren zustande gekommenen Mehrheitsentscheide zu ignorieren bzw. durch Anwendung von Gewalt zu stören, verdienen kein Verständnis. Wer in einem demokratischen Rechtsstaat das Recht ändern will, also in unserer Eidgenossenschaft, darf sich nur rechtsstaatlicher Formen bedienen. Das angestrebte Ziel rechtfertigt in keinem Fall die Anwendung von Gewalt. Diese Grundsätze gelten für die unterlegenen Minderheiten in gleicher Weise wie für die obsiegenden Mehrheiten. Auch die Selbstjustiz ist widerrechtliche Anwendung von Gewalt. Wiederherstellung verletzter Rechte ist allein Aufgabe des Staates und seiner Organe. Der Bundesrat hat daher auch jede parapolizeiliche Organisation verurteilt, die sich der Amtsanmassung schuldig machen müsste. Dazu zählen auch nicht erlaubte Strassensperren, dazu zählen nicht erlaubte Strassenkontrollen. Wir wollen das nicht in unserem Staat. Es muss sich, wie Herr Péquignot selbst sich auszudrücken beliebte, der Bürger ohne Angst, ohne Furcht von einem Ort zum anderen begeben können. Er muss ohne Angst und ohne Furcht seine Ueberzeugung darstellen können.

Ich darf – mehr der Vollständigkeit halber – beifügen, dass Untersuchung und Beurteilung der im Jura begangenen Delikte (Aufruhr, Landfriedensbruch, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Brandstiftung, Amtsanmassung) in den Zuständigkeitsbereich der bernischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden fällt. Die Ermittlungen sind im Gang. Geführt werden sie vom Untersuchungsrichter von Moutier, der sich der Mitarbeit der vier Kollegen der Bezirke Pruntrut, Delsberg, Franches-Montagnes und La Neuveville versichert hat. Es sind also beide Regionen durch ihre Richter in diesen Gremien vertreten. Ich sagte aus diesem Grunde, dass auch die Betroffenen, die in Untersuchung gezogen worden sind, durchaus mit Vertrauen auf die Abklärung nach rechtsstaatlichen Prinzipien bauen können und dass der Bundesrat nicht gewillt ist, einfach zum vornherein den Eindruck zu erwecken, die Kantone seien nicht mehr in der Lage, unter Beizug ihrer eigenen Justizorgane Tatbestände rechtsgenügend abzuklären. Der Bundesgerichtsbarkeit hingegen unterliegen alle Sprengstoffdelikte. Ich habe unverzüglich, nach jedem derartigen Vorfall, durch meine Dienste (Bundesanwaltschaft und Bundespolizei), der für die Durchführung solcher Akte auch alle kantonalen Polizeikörper zur Verfügung stehen, die erforderlichen Handlungen vornehmen lassen. Wir haben bisher 19 Sprengstoffdelikte festgestellt, neun Täter sind bereits ermittelt, die Delikte werden unnachsichtig geahndet. Ich darf in diesem Zusammenhang beifügen, gerade weil ich von tiefstem Respekt vor der Freiheit auf Meinungsäusserung, auf Darstellung einer eigenen politischen Ueberzeugung in diesem Staat überzeugt bin, habe ich gegen jede Gewalt, sei es Eindringen in die Ratssäle, sei es Hausfriedensbruch, wo immer sie geschehen, Besetzung von Botschaften, nie darauf verzichtet, die entsprechenden Amtshandlungen vorzunehmen, um die Täter zu ermitteln. Ich hielt es für völlig falsches «Verständnis» gegenüber überbordenden politischen Manifestanten, wenn man in solchen Fällen auf die strafrechtliche Ahndung verzichtet hätte. Das gilt auch in all den vom Herrn Interpellanten erwähnten Fällen.

Ich lege abschliessend grösstes Gewicht auf die Feststellung, dass mit der Schaffung eines neuen Gliedstaates der Eidgenossenschaft so viele und so schwerwiegende Probleme verbunden sind, dass deren Lösung den Einsatz aller Kräfte im Bund, vor allem auch im Kanton, verlangt. Der Bundesrat ist bereit, im breiten Rahmen seiner guten Dienste am Aufbau des neuen Kantons aktiv mitzuwirken. Es finden laufend entsprechende Verhandlungen statt zwischen der Delegation des Bundesrates, die sich mit der Jurafrage befasst, und der Deputation der bernischen Regierung. Wir sind uns bewusst, dass am Ende aller Vorbereitungs-handlungen eine eidgenössische Volksabstimmung steht, die darüber zu befinden hat, durch den Entscheid von Ständen und Volk, wie der Artikel 1 und der Artikel 80 unserer Verfassung inskünftig aussehen sollen. Ich bin



dem Herrn Interpellanten dankbar, dass er in ruhiger, abgeklärter Art am Schlusse seiner Ausführungen alle Bürger ersuchte, an jenem Tag die Aufnahme eines Gliedstaates Jura zu ermöglichen. Wir kennen unsere Schweizer Mitbürger. Sie sind keineswegs gewillt, Gewalt zu dulden. Es liegt deshalb im ureigenen Interesse aller, die diesen neuen Gliedstaat vorbereiten helfen, dass sie ihre Mitbürger gerade in der betreffenden Gegend davon zu überzeugen vermögen, dass die Respektierung unserer demokratischen Spielregeln eine Voraussetzung für die Aufnahme in die Familie ist. Das hat mit Chantage nichts zu tun, wie man mir gelegentlich geschrieben hat. Das ist eine selbstverständliche Aussage eines Bürgers dieses Staates, der sich auch seinerseits an die Spielregeln dieses Staates hält. Das ist der Rahmen, in dem wir unsere Freiheitsrechte zum Tragen bringen können. Ich bin mit dem Interpellanten voll überzeugt, dass die überwältigende Mehrheit auch im Süden und vor allem im Norden, der sich nun durch eine bestimmte Gruppe rechtsstaatlich nicht korrekt verhalten hatte, die Einhaltung dieser Spielregeln will. Was will den der Mensch? Ein bisschen Glück in Frieden und in Freiheit. Das gilt für die Jurassier genau gleich. Und vielleicht ist die Geschichte hier eine Lehrmeisterin. Wenn ich nicht nur die letzten fünf Jahre überblicke, sondern zurückgehe bis weit ins Mittelalter, stelle ich fest, dass tatsächlich diese beiden Gebiete eine verschieden geprägte Vergangenheit haben, so sehr sie auch zusammengehören durch Sprache und Erlebnis der letzten 100 Jahre. Aber das, was von der Evêché geprägt worden war im Pays de Porrentruy, hat während Jahrhunderten eine eigene Geschichte gelebt, so wie die verschiedenen Burgverträge zwischen Bern, der Stadt, und dem Vallée de Moutier und den anderen Tälern, die eine eigenständige geschichtliche Entwicklung eingeleitet haben, in dem Gebiet, das sich nach den neuesten Volksentscheiden eben klar für Bern ausgesprochen hat. Daran sollte man sich auch erinnern, wenn man nach der Tragfähigkeit dieser Ausmarchung für die Zukunft fragt.

Ich hoffe zuversichtlich, dass diese geschichtlichen Betrachtungen all denen auch zur inneren Ruhe verhelfen, die jetzt so tun, als ob sie die Volksentscheide nicht anzuerkennen hätten. Ich bin mit dem Interpellanten der Meinung, dass das, was rechtsstaatlich entschieden worden ist, von den Unterlegenen – das hat keinen üblen Beigeschmack in der Demokratie, jede Abstimmung führt zu einem Obsiegenden und zu einem Unterliegenden – respektiert werden müsse. Der Justizdirektor des Kantons, Herr Jaberg, hat in Respektierung unserer Spielregeln sehr deutlich gesagt: «Es ist in beiden Teilen des Juras möglich, durch entsprechende rechtsstaatliche Vorkehren in den Räten, durch Initiativen neue Zielvorstellungen zu entwickeln.» Das kennen wir aus unserer Alltagsarbeit im Parlament. Das verbürgt jedem Schweizer die Verfassung. Alles andere ist nicht erlaubt. Ich erwarte im ureigenen Interesse – ich wiederhole es noch einmal – der Bewegungen, die den neuen Kanton formen wollen, dass nun auch Reden unterbleiben, die bei den jungen Menschen in dieser Gegend den Eindruck erwecken müssen, als ob sie sich erneut so zu gebärden hätten, wie das anlässlich der Manifestationen geschehen ist. Die Verantwortung des reifen Stimmbürgers gegenüber der Jugend, die noch nicht stimmberechtigt ist, kommt hier voll zum Tragen. Es gibt nicht nur eine rechtliche Verantwortlichkeit, es gibt auch eine moralische. Ich möchte das all denen sagen, die sich haarscharf auf Grenzwegen im rechtsstaatlichen Bereich bewegen, in der Hoffnung, sie könnten als Schöpfer gewisser Parolen doch nie rechtlich gefasst werden. Es ist nicht alles im Leben eines Staates eine Rechtsfrage. Die innere Haltung des Bürgers, der das Prinzip bejaht, muss auch angesprochen werden können, und sie ist in der Phase der Schaffung eines neuen Gliedstaates von besonderer Bedeutung.

So erwarte ich von allen direkt Beteiligten, dass sie die verhärteten Fronten abbauen, verständnisvoll zusammenarbeiten und dass sie sich daran erinnern, dass trotz der

Schaffung eines neuen Gliedstaates nicht eine Grenze zum Mutterkanton entsteht, die verwechselt werden könnte mit den Grenzen, die wir im Osten Europas mit Mauern und eisernen Vorhängen vergleichen. Die Grenze bei uns muss offen sein für den Kontakt, wie sie es zwischen allen Gliedstaaten dieser Eidgenossenschaft ist, für jeden Bürger, wo immer er beheimatet ist, was immer er denkt, was immer er im Rahmen unserer Rechtsordnung tun will.

Unser demokratischer eidgenössischer Staat bietet genügend Mittel und Formen an, um auch dieses politisch so heikle Problem einer dauerhaften Lösung zuzuführen.

**M. Péquignot:** Je tiens tout d'abord à remercier M. Furgler, conseiller fédéral, d'avoir accepté que cette interpellation soit discutée sans retard. Je le remercie également pour la façon claire et précise avec laquelle il a répondu à mes deux questions et je me déclare entièrement satisfait aussi bien de l'une que de l'autre réponse.

**Präsident:** Der Rat hat Gelegenheit, über die Interpellation Diskussion zu verlangen.

**Krauchthaler:** Ich möchte nicht eigentlich eine Diskussion vom Zaune reissen, aber Sie doch ersuchen, mir die Möglichkeit zu geben, eine kurze Erklärung aus der Sicht des anderen Teils dieses Kantons abgeben zu dürfen. Ich habe Sie bisher nicht mit allzu vielen langen Reden aufgehalten.

#### Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Krauchthaler	13 Stimmen
Dagegen	9 Stimmen

**Krauchthaler:** Ich bin meinem Kollegen Péquignot dankbar, dass er mit seiner Interpellation die Aussprache auch in unserem Rat ermöglicht hat. Ueber das, was sich im Jura, und ganz besonders in Münster, seit der zweiten Plebiszitrunde an Zwischenfällen und Terrorakten abspielte, muss ich mich nicht mehr äussern. Die Tatbestände, soweit beim jetzigen Stand der Untersuchung möglich, sind Ihnen aus der Presse und aus den Diskussionen in den Räten bekannt. Ich möchte nur mit allem Nachdruck festhalten, dass weite Kreise des Berner-, aber auch des Schweizervolkes erwarten und hoffen, dass nicht nur die Direktbeteiligten, sondern auch die Drahtzieher und Organisatoren der wohlvorbereiteten Aktion vom 7. September in Moutier in die Untersuchung einbezogen werden. Was z. B. Herr Béguelin als Kommentar und im Interview mit der «Schweizer Illustrierten» äusserte, ist meiner Ansicht nach zum mindesten Anstiftung zum Landfriedensbruch. Als Motif für die Weiterführung des Kampfes von seiten der Autonomisten wird die Einheit des Jura in den Vordergrund gestellt.

Gestatten Sie mir dazu einige Ausführungen: Bereits Herr Bundesrat Furgler hat vorhin darauf hingewiesen, wenn wir die geschichtliche Entwicklung im Jura verfolgen, können wir feststellen, dass die geschlossene Einheit im bisherigen Berner Jura seit Jahrhunderten nicht mehr bestand. Die Anerkennung des jurassischen Volkes und die Einräumung von zwei Sitzen in der Berner Regierung mit der Revision der Staatsverfassung im Jahre 1950 hatte nur eine relativ kurze Zeit währende Beruhigung der Gemüter zur Folge. Die Kluft zwischen Nord- und Südjura blieb aber bestehen. Wer die Geschehnisse in den letzten 20 Jahren verfolgte, oder wer Gelegenheit hatte, die Auseinandersetzungen, den Jura betreffend, im bernischen Grossen Rate mitzuerleben, musste unweigerlich zum Schlusse kommen, dass eine Einheit des Juras nur innerhalb des Kantons Bern möglich ist und in nächster Zeit möglich sein könnte. Und hier liegt der wahre Grund, weshalb die bernische SVP und vor allem ihre Exponenten im Jura mit Leuten aus anderen Parteien geschlossen gegen den Separatismus kämpfen. Es war in der Angst um den Jura, die Angst um ihre Heimat. Ich möchte diesen mutigen Frauen und Männern an dieser Stelle für ihren Einsatz herzlich danken.



Die bernische Regierung und der Grosse Rat gingen bei der Ausarbeitung eines Autonomiestatutes in den Jahren 1972/73 bis hart an die Grenze des Zulässigen, um dem Jura die Möglichkeit zu bieten, im Kanton zu verbleiben. Es kann uns deshalb, gestützt auf diese Tatsache, nicht beeindrucken, wenn nun die Böcke sich zum Gärtner machen wollen mit dem Hinweis auf die Erhaltung dessen, was sie mit ihrem Tun ja selbst vollends zerschlagen haben.

Der Kanton Bern wird deshalb jede illegale Tätigkeit innerhalb der sich abzeichnenden neuen Grenzen pflichtgemäss, streng ahnden müssen. Die Berner Regierung wird alles Notwendige vorkehren, damit die Mehrheit und die Minderheit in unserer französischsprachigen Bevölkerung wieder friedlich und froh ihrer Arbeit nachgehen und ihr Leben leben kann. Nach allem, was ich aber erfahren musste, bleiben mir gewisse Sorgen für die Minderheit im nördlichen Teil. Ich möchte hier ebenfalls nachdrücklich betonen, dass in diesem Teil alles getan werden muss, ganz besonders in der Uebergangszeit, dass die Menschen wieder frei ihre Meinung äussern dürfen, was heute nicht der Fall ist. Der der Minderheit angehörende Arzt und der aus dem Süden kommende gleichdenkende Schulinspektor – um diese zwei Exponenten zu zitieren – müssen ihre Tätigkeit ungestört und unbelästigt ausüben können. Ich bin mir bewusst, dass auch hier, bis das Prozedere zur Schaffung des neuen Kantons abgeschlossen ist, der Kanton Bern *de jure* verantwortlich ist. Er wird sich dieser Verantwortung nicht entziehen. Ob aber seine Kräfte und Möglichkeiten ausreichen und «Bern» allein psychologisch die richtige Lösung wäre, um eine optimale Wirkung zu erzielen, ist für mich ein Fragezeichen.

Ich bin deshalb dem Bundesrat und ganz besonders auch Herrn Bundesrat Furgler und der Berner Regierung dankbar für die Stellungnahmen in den vergangenen zwei Wochen. Darin kommt klar der Wille zur Koordination und Zusammenarbeit zum Ausdruck. Der Regierungsrat des Kantons Bern wird sich bemühen, die ihm obliegenden Massnahmen unverzüglich zu ergreifen. Bereits in der Novembersession nächsthin wird der Grosse Rat das Dekret für die Wahl des Jurassischen Verfassungsrates behandeln. Das alles genügt aber nicht, wenn sich nicht alle Beteiligten, insbesondere aber die Autonomisten, der Situation bewusst werden und in Beachtung des Gesetzes des schweizerischen Rechtsstaates die Lösung der vor uns liegenden Aufgaben in Angriff nehmen.

Nachdem die Plebiszite, gestützt auf den bernischen Verfassungszusatz von 1970 bis auf das Laufental abgeschlossen sind, wird die Jurafrage aus meiner Sicht primär eine eidgenössische Angelegenheit, deren Bedeutung für unseren Bundesstaat nicht unterschätzt werden darf. Aus diesem Grunde richte ich ebenfalls den Appell an Sie, wemöglich über Ihre Parteien mitzuhelfen, auch im Nordjura unverzüglich das politische Klima so zu verbessern, dass die Menschen aller Richtungen sich wieder ihres Lebens freuen können.

**Präsident:** Der Herr Interpellant hat sich von der bundesrätlichen Auskunft befriedigt erklärt.

Erlauben Sie mir, dass ich sowohl dem Interpellanten als auch Herrn Bundesrat Furgler für die Begründung der Interpellation dann auch für deren Beantwortung recht herzlich danke und die Hoffnung ausdrücke, dass dieses heute noch kantonale Problem durch die wertvolle Diskussion, die wir jetzt gehabt haben, in Zukunft einer schweizerischen – ich möchte sagen: einer eidgenössischen – Lösung entgegengeführt werden kann.



vom 25. Juni 1976

Jura. Verfassungsbestimmungen

Am 1. März 1970 haben die Stimmbürger des Kantons Bern mit 90'358 gegen 14'133 Stimmen einen Verfassungszusatz über die politische Zukunft der sieben jurassischen Bezirke angenommen. Alle Parteien und alle interessierten Gruppierungen hatten mit oder ohne Vorbehalt die Annahme empfohlen.

Im Oktober 1970 erfolgte die Gewährleistung der neuen Bestimmungen der Berner Kantonsverfassung durch National- und Ständerat. 1974 und 1975 fanden dann die drei im Verfassungszusatz vorgesehenen Volksabstimmungen statt.

- Die Abstimmungen bestätigten frühere Entscheide und ergaben, dass die Bevölkerung des Nord- und des Südjuras über ihre Zukunft unterschiedlich bestimmt hatten: drei Bezirke des Nordjuras wollen die Trennung vom Kanton Bern und einen neuen Kanton, drei Bezirke des Südjuras bestätigten, dass sie weiterhin zum Kanton Bern gehören wollen.

Der Verfassungsrat des künftigen Kantons im Nordjura hat bereits mit seiner Arbeit begonnen; sein Büro hatte eine Unterredung mit der Jura-Delegation des Bundesrates, weitere gemeinsame Sitzungen sind vorgesehen.

Der Bundesrat legt Wert darauf, dass der Wille der befragten Bevölkerung peinlich genau beachtet und die Konsequenzen aus den Volksabstimmungen überall angenommen werden. Ist er nicht der Ansicht, dass diese Erklärung nicht nur von ihm oder seiner Jura-Delegation, sondern auch von den Verfassungsräten, den Führern und Verantwortlichen im eventuellen neuen Kanton abgegeben werden sollten?

Was gedenkt der Bundesrat gegen die Einnisierungen der Verfassungsräte in die Politik des Kantons Bern und gegen die Aufrufe zur Fortsetzung des Kampfes im Berner Jura zu tun?

- Was gedenkt der Bundesrat zu tun, damit die von den Räten gewährleisteten Verfassungsbestimmungen befolgt werden, insbesondere diejenige, welche die Zahl der von der Bevölkerung der Nordjurabezirke gewählten Verfassungsräte auf 50 begrenzt, aber keine Sonderbeobachter erwähnt, deren Teilnahme nach den Äusserungen des Verfassungsrats und Generalsekretärs des Rassemblement Jurassien "eine Notwendigkeit und ein Symbol ist und die sich mit Genehmigung des Verfassungsrats bei den Beratungen über sie direkt betreffende Angelegenheiten äussern können"?

Was sagt der Bundesrat zu der Haltung des Vizepräsidenten des Verfassungsrats, der am selben Tag, an dem das Communiqué über das erste Treffen zwischen der Jura-Delegation des Bundesrats und dem Büro des Verfassungsrats veröffentlicht wurde, an einer Demonstration in Moutier teilgenommen und unter Missachtung des Verbots der Behörden über Lautsprecher zu etwa vierhundert auf dem Bahnhofplatz versammelten Personen gesprochen hat?

11.8.1976



## Antwort des Bundesrates

Der Bundesrat hat keine Gelegenheit versäumt, zum Ausdruck zu bringen, dass die in Anwendung des kantonbernischen Verfassungsrechts getroffenen Volksentscheide, die einerseits die Gründung eines neuen Kantons und andererseits dessen Territorium betreffen, unbedingt zu respektieren sind. Seine Jura-Delegation hat bei der ersten Begegnung mit dem Büro des Verfassungsrates, der das Grundgesetz des künftigen Kantons vorbereitet, erneut auf diese Rechtslage aufmerksam gemacht. Indem das Büro erklärte, es werde alles daran setzen, um sich ausschliesslich dem Aufbau des neuen Kantons zu widmen, gab es zu erkennen, dass der Verfassungsrat seinen Auftrag nach dem Willen des Souveräns erfüllen werde.

Bei dieser Begegnung hat die bundesrätliche Delegation den Vertretern des Verfassungsrates nahegelegt, in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Organs, das den künftigen Kanton repräsentiert, sich jeder Art politischer Betätigung im Südjura zu enthalten, da eine solche Betätigung zu einer unzulässigen Einmischung in die Angelegenheiten des Kantons Bern führen könne. Dass der erste Vizepräsident des Verfassungsrates trotz dieser Empfehlung noch am selben Tage, da die Pressemitteilung über das Treffen veröffentlicht wurde, an einer behördlich verbotenen Demonstration in Moutier teilgenommen hat, ist höchst bedauerlich.

Der Beizug von Beobachtern zu den Verhandlungen des Verfassungsrates ist geeignet, die Beziehungen zum Kanton Bern unnötig zu belasten und den partnerschaftlichen Aufbau des neuen Kantons zu stören, auch wenn die Beobachter nach dem Ratsreglement bloss beratende Stimme haben. Der Bundesrat bedauert, dass diese schwerwiegenden politischen Bedenken den Verfassungsrat nicht zum Verzicht auf Beobachter zu bewegen vermochten.



76.812 Einfache Anfrage Péquignot

vom 29. November 1976

Kanton Jura

Der künftige Kanton Jura wird erst dann offiziell geschaffen sein, wenn die Bundesversammlung seiner Verfassung die Gewährleistung erteilt und Schweizer Volk und Stände die entsprechende Verfassungsänderung angenommen haben.

Die Möglichkeit einer Ablehnung gibt Anlass zu den unterschiedlichsten Stellungnahmen und Meinungen über die Zukunft, die in diesem Fall den Nordjura erwartet. Die einen sagen, er werde wieder dem Kanton Bern eingegliedert, andere sprechen von einem der Schweiz zugewandten Gebiet ohne Kantonsrang. Andere schliesslich denken sogar an eine klare Trennung von der Schweiz.

Zur Klärung der Lage bitte ich den Bundesrat zu sagen, was den Nordjura erwartet

1. wenn die Bundesversammlung die Gewährleistung verweigert
  - a. der ganzen Verfassung des neuen Kantons;
  - b. nur dem einen oder andern Verfassungsartikel;
2. wenn das Schweizer Volk oder die Stände den neuen Kanton nicht anerkennen.

Antwort des Bundesrates

Bundesrechtswidriges kantonales Verfassungsrecht erlangt aufgrund der derogatorischen Kraft des Bundesrechts nie rechtliche Verbindlichkeit. Es ist schon ungültig, bevor ihm die Bundesversammlung die eidgenössische Gewährleistung verweigert. Die Nichtgewährleistung hat die Bedeutung der verbindlichen Feststellung, dass das kantonale Verfassungsrecht nicht bundesrechtskonform ist.

Verweigert die Bundesversammlung der ganzen Verfassung des neuen Kantons die eidgenössische Gewährleistung, so wird es Sache des jurassischen Verfassungsrates sein, eine bundesrechtskonforme Verfassung auszuarbeiten, zur Abstimmung zu bringen und wiederum um die Gewährleistung nachzusuchen. Wie vorzugehen ist, wenn nur einzelne Artikel nicht gewährleistet werden, hat der Bundesrat in seiner Botschaft vom 6. April 1977 über die Gewährleistung der Verfassung des künftigen Kantons Jura ausführlich dargelegt; es darf hier darauf verwiesen werden.

Rechtlich entsteht der neue Kanton erst durch seine Aufnahme in die Eidgenossenschaft, d.h. im Zeitpunkt des Inkrafttretens der revidierten Bundesverfassung (Art. 1 und 30). Lehnen Volk und Stände eine solche Verfassungsrevision ab, so ändert sich an der bisherigen Rechtslage insofern nichts, als sich die Souveränität des Kantons Bern nach wie vor auch auf dessen nordjurassischen Landesteil erstreckt. Politisch entstünden aber schon deshalb sehr heikle Probleme, weil sowohl der Kanton Bern als Ganzes wie auch dessen nordjurassischer Landesteil unmissverständlich den Willen bekundet haben, einen neuen Kanton zu schaffen. Diese Probleme werden vom Bundesrat sorgfältig geprüft, damit, je nach der Entwicklung der Lage, rechtzeitig die erforderlichen Beschlüsse gefasst werden können. Es wäre verfrüht, heute schon Erklärungen darüber abzugeben.



77.635 Dringliche Einfache Anfrage Wilhelm

vom 17. März 1977

Revision der Berner Kantonsverfassung

Am 29. Oktober 1950 haben die Stimmbürger des Kantons Bern mit 69'089 gegen 7'289 Stimmen die Revision mehrerer Artikel der Kantonsverfassung gutgeheissen. Die Artikel 1 und 2 anerkannten die jurassische Bevölkerung als eigenständige Volksgruppe. Artikel 1 erhielt einen zweiten Absatz, der im Sinne einer historisch-kulturellen Erklärung festhält, der Kanton Bern umfasse das Volk des alten Kantonsteils und dasjenige des Jura. Ebenso hält Artikel 2 fest, dass der Kanton aus zwei Volksgruppen bestehe.

Am 28. März 1977 soll nun aber der Berner Grosse Rat eine revidierte Staatsverfassung behandeln, aus der jede Erwähnung des jurassischen Volks gestrichen ist. Mit einer solchen Streichung würde der Kanton Bern gegen das Recht auf historische und kulturelle Eigenständigkeit von Bezirken verstossen, die er 1975 wiedergewonnen hat. Es wäre ein schwerer politischer Fehler, diese Eigenständigkeit zu ignorieren, und es ist durchaus möglich, dass ein solcher Entscheid die Spannungen in den betroffenen Gebieten wieder erhöht.

Aus diesem Grund bitte ich den Bundesrat, unter Wahrung der Souveränität des Kantons in dieser Sache, seinen Einfluss geltend zu machen, damit die Erwähnung des jurassischen Volkes in der bernischen Staatsverfassung nicht gestrichen wird. Dies entspräche dem eidgenössischen Geist und der am 4.4.1951 vom Nationalrat und am 12.4.1951 vom Ständerat erteilten Gewährleistung für die bernische Staatsverfassung.

Antwort des Bundesrates

Es trifft zu, dass die Stimmberechtigten des Kantons Bern in der Volksabstimmung vom 29. Oktober 1950 eine Verfassungsänderung angenommen haben, die unter anderem die formelle Anerkennung der jurassischen Bevölkerung als besondere Volksgruppe innerhalb des bernischen Staates zum Gegenstand hatte. Es trifft ferner zu, dass die Bundesversammlung dieser Verfassungsänderung seinerzeit die eidgenössische Gewährleistung erteilt hat. Aus der Gewährleistung kann indessen nicht abgeleitet werden, dass die betreffenden Verfassungsbestimmungen nicht mehr geändert werden dürften. Es ist Sache des kantonbernischen Souveräns, darüber zu entscheiden, ob diese Bestimmungen nach der Loslösung dreier Bezirke des jurassischen Landsteils vom Kanton den veränderten Verhältnissen anzupassen seien.

20.4.1977

78.624 Einfache Anfrage Stähli

vom 28. Februar 1978

Wahlurnendiebstahl in Moutier

In den letzten Jahren haben politische Gruppen und Bewegungen mehrmals versucht - zuerst auf dem ganzen Gebiet des Juras und dann im Bernerjura - Wahlen und Abstimmungen zu stören, ja sogar zu verfälschen. Manchmal ist es ihnen gelungen.

Im Rundschreiben Nr. 198 vom 22. Februar 1974, welches das Rassemblement jurassien an seine Sektionen sandte und das von seinem Generalsekretär Roland Béguelin unterzeichnet war, stand zum Beispiel:

"Angesichts der Entwicklung der Lage bitten wir Sie, sofort alles zu unternehmen, dass die auswärtigen Jurassier, denen dies möglich ist, ihre Schriften vor dem 23. März 1974 in einer Gemeinde des Juras hinterlegen (im Text unterstrichen). Nach diesem Zeitpunkt können sie die Stimmberechtigung für die Abstimmung vom 23. Juni 1974 nicht mehr erlangen ..."

Heute muss man annehmen, dass viele auswärtige Separatisten, die im Jura nicht stimmberechtigt gewesen sind, ihre Schriften in der einen oder andern Juragemeinde hinterlegt, die erwähnte Empfehlung also befolgt und damit das Ergebnis der Abstimmung vom 23. Juni 1974 stark verfälscht haben.

Vor der Volksbefragung vom 16. März 1975 wurde mit ähnlichen Manövern versucht, das Ergebnis der Abstimmung zu beeinflussen. Dank rechtzeitiger Hinweise konnten die Behörden die Stimmregister bereinigen und hunderte von Betrügern entdecken.

In der Nacht vom Freitag, dem 24., zum Samstag, dem 25. Februar 1978, sind in einem Stimmlokal in Moutier Urnen gestohlen worden. Zu diesem schweren Vergehen haben sich die "Béliers" bekannt, die in einem Communiqué "die Perfidie der Berner Kantonsbehörden", "den kulturellen Mord am jurassischen Volk durch Bern" sowie "die jämmerliche Gleichgültigkeit des Bundesrates" anprangerten.

Diese erneute Verletzung der demokratischen Rechte des Volks und die anschliessenden lügenhaften und grotesken Behauptungen haben das politische Klima in der Stadt Moutier und im Bernerjura abermals belastet. Diese "gemeinen Machenschaften" - wie der Stadtpräsident von Moutier die Aktionen bezeichnete - zeigen, dass ihre separatistischen Urheber unsere Einrichtungen tief verachten und alle Beschwichtigungsversuche verhöhnen.

Wie in der Presse zu lesen war, hat man die Urnen mit den Stimmzetteln für die eidgenössischen Abstimmungen auf dem Friedhof von

10.5.1978



La Ferrière gefunden. Die Urnen mit den Stimmzetteln für die kantonale Abstimmung über die bernischen Verfassungsänderungen und jene mit den Stimmausweisen hingegen sind immer noch in den Händen der Diebe. Das Stimmgeheimnis ist wegen dieser Aktion der Separatisten nicht mehr gewährleistet.

Was meint der Bundesrat zu dieser schweren Verletzung der Volksrechte und wie sieht er die Lage in der Zukunft?

Antwort des Bundesrates

Schon in der Jura-Debatte der vergangenen Frühjahrssession hat der bundesrätliche Sprecher den Urnendiebstahl in Moutier als Ausdruck einer bedenklichen staatsbürgerlichen Gesinnung einiger Fanatiker und als Anschlag auf die freie Ausübung der Volksrechte scharf verurteilt. Die zuständigen kantonalen Behörden haben unverzüglich ein Strafverfahren eingeleitet. Inzwischen konnten die am Diebstahl beteiligten Personen unter Mitwirkung der Bundesanwaltschaft ermittelt werden. Sie werden sich vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

## NATIONALRAT

78.657 Einfache Anfrage Oehen vom 17. April 1978  
Rassemblement jurassien. Generalversammlung

Nach dem ungewöhnlichen Schauspiel, das eine 200köpfige Delegation des Rassemblement jurassien in Quebec am 4. Ethniekongress bot, soll am kommenden Wochenende eine neuerliche Provokation des Rassemblement jurassien ertragen werden. Das Rassemblement jurassien will im Hotel Bahnhof von Moutier eine Delegiertenversammlung abhalten. Die unter Ziffer 2 der Traktandenliste aufgeführte Statutenänderung soll dazu dienen, den Kampf zur Abtrennung des Südjuras vom Kanton Bern - gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit - zu institutionalisieren.

Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um diese offene Provokation gegen den Kanton Bern und die Eidgenossenschaft zu verhindern ?

### Antwort des Bundesrates

Am 23. April haben die Delegierten des Rassemblement jurassien eine Statutenänderung beschlossen, um der südjurassischen autonomistischen "Unité jurassienne" den Anschluss an das Rassemblement zu ermöglichen. Dieser Beschluss ist aufgrund von Artikel 56 der Bundesverfassung, der die Vereinsfreiheit gewährleistet, zu beurteilen.

Diese Verfassungsbestimmung schützt die Gründung und die Tätigkeit von Vereinen, sofern diese in ihrem Zweck oder in den dafür bestimmten Mitteln nicht rechtswidrig oder staatsgefährlich sind. Sie überlässt es in erster Linie den Kantonen, den Missbrauch der Vereinsfreiheit gesetzlich zu ahnden.

Im vorliegenden Fall wurde die Delegiertenversammlung mit Einwilligung der Gemeindebehörden in Moutier abgehalten. Der bernische Regierungsrat, der im ganzen Gebiet des Kantons für Ruhe und Ordnung verantwortlich ist, ergriff keine besonderen Massnahmen. Für den Bund bestand daher keinerlei Veranlassung, einzuschreiten.

Bei einem Meinungsaustausch zwischen der Berner Regierung und dem Bundesrat hat dieser den festen Willen des Bundes bestätigt, von seinen verfassungsmässigen Befugnissen Gebrauch zu machen, um die Grenzen, wie sie sich aus dem Selbstbestimmungsverfahren des Juras ergeben haben, zu garantieren und den Kanton Bern nach Artikel 5 der Bundesverfassung vor Angriffen auf seine Gebietsintegrität zu schützen.

24.5.1978



## NATIONALRAT

78.658 Einfache Anfrage Schwarzenbach vom 17. April 1978  
Kongress der Ethnie française in Delémont 1979

---

Wie Herr Béguelin in "Le Jura Libre" vom 13. April 1978 ankündigt, soll der nächste Kongress der ethnischen Gemeinschaften französischer Sprache (5e Congrès des communautés ethniques de langue française) anfangs September 1979 in Delémont stattfinden. Ausländische Gäste werden die kanadischen Quebecer und die belgischen Wallonen sein sowie die französisch sprechenden Einwohner des Aostatal. Die Quebecer und die Wallonen fühlen sich in ihrem Kampf um die Autonomie mit dem Rassemblement jurassien eng verbunden und haben an der jüngsten Jahreskonferenz in Quebec beschlossen, sich in ihren politischen und kulturellen Zielsetzungen gegenseitig zu unterstützen. Roger Schaffter, der Vizepräsident des Rassemblement jurassien, hat in seiner Ansprache in Quebec erklärt, dass die Wiedervereinigung des Nord-Jura mit dem von "Bern beherrschten" Süd-Jura, trotz der Streichung des Verfassungsartikels 138, nach wie vor Ziel und Aufgabe seiner Bewegung bleibe.

Hält der Bundesrat den für 1979 geplanten Kongress der "Ethnie française" von brisanter politischer Natur, die einer Einmischung nicht nur in schweizerische Belange, sondern auch einer direkten Einmischung einer auf Schweizerboden wirkenden Bewegung in die innenpolitischen Probleme Belgiens und Kanadas gleichkommt, mit den verfassungsmässigen Pflichten eines neu zu gründenden oder gegründeten schweizerischen Kantons und mit unserer aussenpolitischen Maxime der Neutralität für vereinbar ?

### Antwort des Bundesrates

Im Anschluss an die Resolution über den Jura am 4. Kongress der französisch-sprachigen Völkergemeinschaften, der vom 31. März bis zum 2. April 1978 in Quebec stattfand und an dem auch das Rassemblement jurassien teilnahm, wies der Bundesrat die bekannte These von der Völkerrechtswidrigkeit des Plebiszitverfahrens einmal mehr als unhaltbar zurück. Wie der Bundesrat im Parlament wiederholt erklärt hat, ist das im bernischen Verfassungszusatz vom 1. März 1970 festgelegte Verfahren in vollem Einklang mit dem Völkerrecht durchgeführt worden. Dieses Verfahren wird in seiner letzten Phase durch einen konstitutiven Entscheid des eidgenössischen Souveräns abgeschlossen. Das Schweizervolk wird nämlich in letzter Instanz darüber zu befinden haben, ob der Nord-Jura ein Kanton wird oder nicht.

Der Bundesrat ist daher der Auffassung, dass man der Sache im In- und Ausland einen schlechten Dienst erweist, wenn man die Rechtslage ständig und systematisch falsch darstellt.

24.5.1978

Zur Absicht der genannten Gemeinschaften, den nächsten Kongress 1979 in Delémont abzuhalten, wird sich der Bundesrat äussern, sobald er über die notwendigen Entscheidungsgrundlagen verfügt, vor allem über die Tagesordnung. Es ist allerdings zu bedenken, dass die Beschlüsse eines solchen Kongresses, der ausschliesslich privaten Charakter hat, für die Behörden des Herkunftslandes der Teilnehmer grundsätzlich nicht bindend sein können. Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, dem die Schweiz verpflichtet ist, steht somit nicht in Frage. Der erste Kongress ist übrigens im April 1971 in Genf abgehalten worden. Am 4. Kongress in Quebec hat die kanadische Regierung gegen die ausländischen Teilnehmer, die sich zu kanadischen Problemen geäussert haben, keine Massnahmen ergriffen.



## NATIONALRAT

78.702 Einfache Anfrage Hubacher vom 12. Juni 1978  
Jura

---

In der Zeitung "Volk + Heimat", Ausgabe 9. Mai 1978, wird über die Delegiertenversammlung der Nationalen Aktion berichtet. Da es sich bei dieser Zeitung um das offizielle NA-Organ handelt, darf diese Berichterstattung wohl als authentisch bezeichnet werden. Darnach soll Nationalrat V. Oehen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Jura-Abstimmung seine negative Haltung u.a. mit folgender Behauptung begründet haben: "Nationalrat V. Oehen lehnte die Gründung eines Kantons Jura unter den jetzigen Voraussetzungen ab. Er sprach von einem Kind der Gewalt. Die Béliers verfügten über einen Bestand von 2000 ausgebildeten Untergrundkämpfern, die in Kontakt zu modernen Anarchoterroristen stünden."

Da anzunehmen ist, dass die Jura-Abstimmung mit derartigen Behauptungen vergiftet werden soll, frage ich den Bundesrat an:

1. Bestehen Anhaltspunkte, dass die sogenannten Separatisten oder Béliers "2000 Untergrundkämpfer" ausgebildet und formiert haben sollen?
2. Gibt es irgendwelche Hinweise, dass vehemente Befürworter des Kantons Jura mit den sogenannten "Anarchoterroristen" in Verbindung stehen?
3. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass Separatisten oder Béliers, die als radikale Vorkämpfer für ihre Ideen bezeichnet werden können, weder als "Untergrundkämpfer" tituliert, noch in Verbindung mit "Anarchoterroristen" gebracht werden dürfen?
4. Teilt der Bundesrat ferner die Auffassung, dass es unangemessen und fahrlässig ist, staatspolitisch schwierige Entwicklungsprozesse zu kriminalisieren? Gehört es nicht zur Aufgabe und Stärke einer Demokratie, solche Auseinandersetzungen auf vernünftige Art zu bewältigen, statt sie auf unvernünftige Weise zu vergiften?
5. Ist der Bundesrat in der Lage zu bestätigen, dass die zitierten und meiner Meinung nach unverantwortlichen Verdächtigungen von Nationalrat V. Oehen masslos und unwahr sind?

### Antwort des Bundesrates

1. Nach den Feststellungen des Bundesrates bestehen keinerlei Anhaltspunkte für die Richtigkeit der Behauptung, wonach die jurassischen Separatisten, vor allem die Béliers, 2000 Untergrundkämpfer ausgebildet und formiert haben sollen.
2. Ebensowenig verfügt der Bundesrat über Hinweise darauf, dass vehemente Befürworter des Kantons Jura mit den sogenannten

16.8.78

Anarchoterroristen in Verbindung stehen.

3. Zwar ist allgemein bekannt, dass Mitglieder der Béliers auch zu illegalen Kampfmethoden gegriffen haben. Doch geht es zu weit, sie deswegen als Untergrundkämpfer zu bezeichnen. Sie können auch nicht mit Anarchoterroristen in Verbindung gebracht werden.
4. Der Bundesrat teilt die Auffassung, dass es undemokratisch und unschweizerisch ist, im politischen Meinungsbildungsprozess gegen eine ganze Bevölkerungsgruppe bewusst Misstrauen zu verbreiten und den Stimmbürger durch Zerrbilder zu verunsichern.
5. Der Bundesrat hat keine Gelegenheit versäumt, die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele in aller Schärfe zu verurteilen. Ebenso entschieden weist er aber auch Kampfmethoden zurück, die das gleiche Ziel durch haltlose Verdächtigungen und Verunglimpfungen des politischen Gegners zu erreichen trachten.



## NATIONALRAT

78.718 Einfache Anfrage Oehen vom 15. Juni 1978  
Gewalt in der Politik

---

Am 14. Fest der jurassischen Jugend in Pruntrut vom 9. Juni 1978 erklärten die Führer der Béliers u.a., dass der jurassische Staat als strategische Festung dienen werde, von wo aus die Kräfte mobilisiert würden für den Kampf um die Vereinigung des Jura. Ueber die dabei zur Anwendung kommenden - angeblich friedlichen - Mittel führte das Verfassungsratsmitglied und ex-Béliers-Chef J.C. Montavon folgendes aus:

"Getreu seiner Praxis des politischen Elektroschocks werden die Béliers Bern und seine Schergen dazu bringen, ihre imperialistischen Absichten zu bereuen. Bei jeder Gelegenheit werden wir ohne Wimpernzucken zuschlagen."

Zu diesen Erklärungen genossen die Béliers die Unterstützung des Rassemblement Jurassien, dessen Generalsekretär sich soeben äusserte:

"Le nouveau canton, c'est le Rassemblement Jurassien."

Verschiedene Untersuchungen und Gerichtsurteile belegen die bis heute und offenbar weiterhin vorgesehenen Kampfmethoden des Rassemblement Jurassien und der Béliers.

Die theoretische Basis hierzu wurde im Dokument "Le groupe Béliers et le phénomène de la violence" veröffentlicht. Die daraus folgenden Verhaltensmassregeln für die militanten Separatisten sind in den internen Weisungen "Conseils à un militant" festgehalten.

### Fragen an den Bundesrat

1. Wie beurteilt der Bundesrat die neuesten Erklärungen der Béliers zur Errichtung eines Kampfkantons?
2. Wie wertet der Bundesrat die Darlegungen der Béliers zum Phänomen der Gewalt in der schweizerischen Politik und die erwähnten internen Weisungen?
3. Ist der Bundesrat bereit, in Anwendung von Artikel 102 Ziffer 10 der Bundesverfassung in Zukunft für die Einhaltung klarer Rechtsverhältnisse, für Sicherheit und Ordnung auch im Jura zu sorgen?
4. Ist der Bundesrat bereit, der andauernden Brunnenvergiftung durch die verantwortlichen separatistischen Führer ein Ende zu setzen?

### Antwort des Bundesrates

1. Die Erklärungen, die am letzten Fest der jurassischen Jugend von Führern der Béliers zur Errichtung eines Kampfkantons

16.8.78

abgegeben wurden, vertragen sich nicht mit unserer Rechtsordnung. Es versteht sich von selbst, dass der künftige Kanton Jura diese Ordnung wie jeder andere Kanton zu respektieren hat. Der Präsident des jurassischen Verfassungsrates, François Lachat, hat sich übrigens von jenen Erklärungen in aller Form distanziert. An einer Aussprache vom 7. Juli mit den Jura-Delegationen des Bundesrates und der Berner Regierung hat auch das Büro des Verfassungsrates einstimmig bestätigt, dass es unsere demokratischen Spielregeln respektiere und jede Art von politischem Kampf verurteile, der nicht in den Schranken der Legalität geführt werde.

2. Der Bundesrat hat keine Gelegenheit versäumt, die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele scharf zu verurteilen. Unsere direkte Demokratie stellt dem Bürger genügend rechtliche Mittel zur Verfügung, um seine Meinung zum Ausdruck zu bringen und ihr zum Durchbruch zu verhelfen. Die Gewalt, woher sie auch komme, hat in unserem demokratischen Rechtsstaat keinen Platz.

Von internen Weisungen der Béliers, den "Conseils à un militant", hat der Bundesrat keine Kenntnis.

3. Der Bundesrat hat wiederholt auf die heutige Rechtslage aufmerksam gemacht, wonach es in erster Linie Sache des Kantons Bern ist, auf seinem Gebiet, also auch im Jura, für Ruhe und Ordnung und für die Respektierung des Rechts zu sorgen. Nach der Gründung des Kantons Jura fällt diese Aufgabe für das dortige Gebiet vor allem der neuen Regierung zu. Die politischen Bundesbehörden würden nicht zögern, von ihren verfassungsmässigen Befugnissen Gebrauch zu machen, falls sich dies als notwendig erweisen sollte.
4. Leider liessen sich gewisse Gruppierungen - auch separatistische - sowie Einzelpersonen immer wieder zu politisch schädlichen, ja kriminellen Kampfmethoden verleiten. Die meisten politisch Verantwortlichen haben sich aber öffentlich von diesen Methoden distanziert und die Anwendung von Gewalt verurteilt. Auch darf nicht übersehen werden, dass sich die grosse Mehrheit der Bevölkerung im Nordjura an die Spielregeln der Demokratie und an das Recht hält. Dass der Bund auch in Zukunft gegen Fehlbare einschreiten wird, wenn seine Zuständigkeit gegeben ist, versteht sich von selbst.